KURDISTAN REPORT

Für ein freies Kurdistan in einem demokratischen Mittleren Osten



Nr. 199 September / Oktober 2018 3,– €

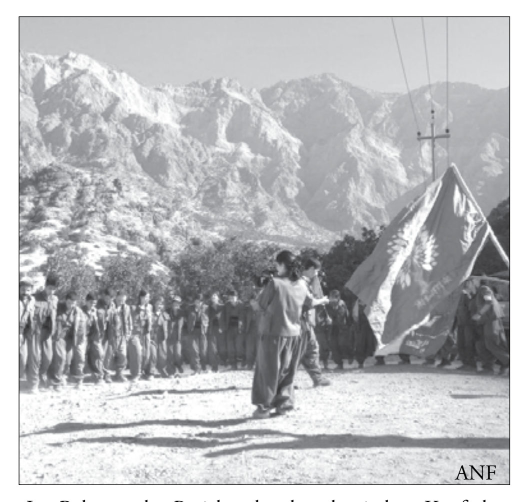
Kurdistan Report | Ausgabe 199 September/Oktober 2018



Die Nachrichtenagentur ANF News bietet nun ihren Service auch in deutscher Sprache an. Bereits 2005 gegründet verfügt die Agentur über ein breites Netzwerk von Journalist*innen, die von überall in Kurdistan, dem Mittleren Osten und Europa über die aktuellen Geschehnisse und Entwicklungen berichten. Neben der deutschen Sprache können die aktuellen Ereignisse auf der Homepage von ANF in kurdischer, türkischer, englischer, arabischer, persischer, russischer und spanischer Sprache verfolgt werden.
https://anfdeutsch.com | Twitter: @FiratNews_DE | Mail: info@anfdeutsch.com



Europaweit gehen Menschen für die Freiheit von Abdullah Öcalan auf die Straße.



Im Rahmen des Projekts des demokratischen Konföderalismus stellt KODAR ihre Roadmap für eine friedliche Lösung im Iran vor.



Wir schließen uns den Protesten gegen den Erdoğan-Besuch an: Ein Ticket nach Den Haag statt Tee in Berlin! Erdoğan Not Welcome!

Liebe Leserinnen und Leser,

im medialen Diskurs der vergangenen Sommermonate in Deutschland und Europa war das Sterben im Mittelmeer besonders präsent. Während die Herrschenden weiter Mauern um Europa bauen und mithilfe der »Das Boot ist voll«-Rhetorik den Rechtsruck EU-weit forcieren, kristallisiert sich in der Zivilgesellschaft eine Reaktion dagegen heraus. Aus Geflüchteten-, Antira- und Menschenrechtsgruppen hat sich eine internationale Bewegung »Seebrücke« gebildet, die sichere Einreisewege und offene Grenzen fordert. Wer diese Debatte verfolgt, stößt oft auf die Formel »Fluchtursachen bekämpfen«. Wenn wir jedoch in einer Welt leben möchten, in der Menschen ihre Heimat nicht aufgrund von Armut, Gewalt und Krieg verlassen müssen, brauchen wir einen radikaleren Blick für das weltweite Geschehen; eine Denk- und Handlungsweise, die der Sache an die Wurzel, auf den Grund geht. Die Revolution in Rojava kann in diesem Sinne als eine radikale Form der Bekämpfung von Fluchtursachen betrachtet werden. Trotz stärkster Angriffe dauert dieses größte staatenlose Demokratieprojekt mitten im Dritten Weltkrieg seit sechs Jahren unvermindert an und beweist, dass mit einem Politikansatz, der sich primär auf die Organisierung der Gesellschaft stützt und auf seine eigene Kraft vertraut, alles möglich ist!

Der Krieg in Syrien geht währenddessen gegen die dschihadistischen Gruppen in die letzte Runde. Die Anzeichen für eine nahende Operation des syrischen Regimes gegen die islamistische Hochburg Idlib, die unter türkischem Einfluss steht, verdichten sich zunehmend. Währenddessen gab es auch die ersten Treffen zwischen Vertretern der syrischen Regierung mit Vertretern der Demokratischen Föderation Nordsyrien. Dies zeigt uns, dass die Kurden im neuen Syrien und Mittleren Osten ein politischer Faktor geworden sind, der nicht weiter umgangen werden kann. Ihre Vorschläge für eine Dezentralisierung und Demokratisierung der Nationalstaaten beschränkt sich dabei nicht nur auf Syrien. Im Rahmen des Projekts des demokratischen Konföderalismus vertritt die kurdische Freiheitsbewegung spezifische Programme für die verschiedenen Probleme in der Region, wie wir der Roadmap der Demokratischen und Freien Gesellschaft Ostkurdistans (KODAR) für den Iran in dieser Ausgabe entnehmen können.

Die Angriffe gegen die Errungenschaften der kurdischen Gesellschaft und gegen die kurdische Freiheitsbewegung durch die Türkei und die schweigende Unterstützung der internationalen Staatengemeinschaft dauern hingegen an. Sei es die Besatzung von Efrîn, die die Türkei mit ihrer Kriegspolitik an den Rand des wirtschaftlichen Abgrunds gebracht hat, oder der Versuch des Iran, den Krieg gegen die kurdische Guerilla außerhalb des Landes zu tragen. Oder in Südkurdistan, wo die Türkei aufgrund des Widerstands der Guerilla bei Lêlîkan nicht weiter vorankommt. Ihre Drohungen gegen die Kantone in Nordsyrien hält sie dabei immer noch auf der Tagesordnung.

Die deutsche Bundesregierung rückt im Zeichen des 25. Jahrestags des Betätigungsverbots der PKK nicht von ihrer tatkräftigen Unterstützung für die Türkei und ihren Präsidenten Erdoğan, der wegen begangener Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit vor den Internationalen Strafgerichtshof gehört, ab. Ganz im Gegenteil wird Erdoğan am 28. und 29. September in Berlin mit militärischen Ehren und einem Staatsbankett empfangen. Wir schließen uns den Protesten gegen seinen Besuch an: Ein Ticket nach Den Haag statt Tee in Berlin! Erdoğan Not Welcome!

Die Redaktion

Aktuelle Bewertung

Der Krieg des US-Dollars

Nilüfer Koç

Im siebenjährigen Krieg in Syrien, an dem etliche globale und regionale Mächte beteiligt sind, haben sich bislang zwei Kräfte behaupten können: die Demokratische Föderation Nordsyrien und das syrische Regime.

Bis zur Befreiung der Regionen Mûsil (Mosul, Irak) und Raqqa (Syrien) vom Islamischen Staat (IS) im letzten Jahr wurde ein Stellvertreterkrieg geführt. Hinter dem IS hatten sich etliche Staaten versteckt. Die Türkei allerdings unterstützte neben dem IS eine Reihe anderer Gruppierungen der Islamisten sehr offensichtlich. Ihre Kurdenphobie veranlasste sie zu versuchen, mit allen erdenklichen Mitteln die Kurden von der Bühne zu treiben.

Spätestes mit der türkischen Besetzung Efrîns im März wurde das neue Bild des Krieges in Syrien um einiges klarer. Hier führte nicht der IS, sondern die Türkei den Krieg. Unterstützt von Russland und dem Iran, gedeckt durch passive Haltung der USA, EU, UN. In Efrîn ging es um die Machtpolitik einzelner Staaten, die bislang ihre Existenz in Syrien mit der Präsenz des IS legitimiert hatten. Hier erfuhren die Kurden die pure Barbarei staatlicher Interessenpolitik. Begriffe wie Menschenrechte, Genfer Konvention, Demokratie, Frieden, UN, mit denen viele ihre Präsenz in Syrien in den sieben Jahren rechtfertigten, waren in Efrîn nur verbaler Natur. Allerdings standen Millionen von Menschen rund um den Globus auf der Seite des Widerstands von Efrîn. Diese Solidarität war maßgebend, damit 58 Tage lang trotz unverhältnismäßiger Gewaltanwendung Widerstand geleistet werden konnte. Berücksichtigung müsste finden, dass die Türkei den Krieg ausschließlich über den Luftraum geführt hat. Die Gewalt, die die Menschen in Efrîn erfuhren, war im Wesentlichen nicht viel anders als die, die sie vom IS kannten.

Heute, acht Monate nach Beginn des türkischen Angriffskriegs gegen Efrîn, bietet die politische Situation in Syrien ein etwas anderes Bild. Als Russland und der Iran die türkische Invasion befürworteten, ging es ihnen um ihre eigenen Interessen. Beide hatten sich aufgrund ihrer Konzentration auf Syrien in den letzten sieben Jahren zu Schutzherren von Syrien entwickelt, was die USA vehement als Gefahr für ihren hegemonialen Anspruch sahen. Russland hatte sich erhofft, dass Efrîn durch den türkischen Angriff geschwächt und später, dem Geiste Astanas entsprechend, dem syrischen Regime überlassen werden könnte. Das ist auch der Grund dafür, warum das Regime, trotz des Aufrufs der kantonalen Selbstverwaltung von Efrîn, seine Staatsgrenze nicht gegen eine ausländische Invasion verteidigen wollte. Das Regime hatte Garantien aus Moskau erhalten. Die Türkei hatte jedoch eigene Pläne und besetzte Efrîn, um es für sich zu behalten. Dies schuf ein neues Problem sowohl für Russland als auch den Iran und das syrische Regime. Jenseits von Efrîn zeigt die Türkei mit mehr als hunderttausend Kämpfern aus den verschiedenen Banden eine starke Präsenz in Cerablus (Dscharabulus), Idlib, Al-Bab, was auch ein Problem für das russisch-iranisch-syrische Bündnis bedeutet. Im Konflikt Russlands mit den USA wird es jetzt darum gehen, ob sich die Türkei an die Moskau-kontrollierten Astana-Abkommen hält und diese Regionen dem syrischen Regime überlässt oder sie als NATO-Mitglied unter die eigene und indirekt unter NATO-, d. h. US-amerikanische, Kontrolle stellt. Die Gefahr einer neuen militärischen, politischen und diplomatischen Eskalation wird davon abhängen, wer die Türkei mehr überzeugen wird.

Offensive nach NATO-Gipfel

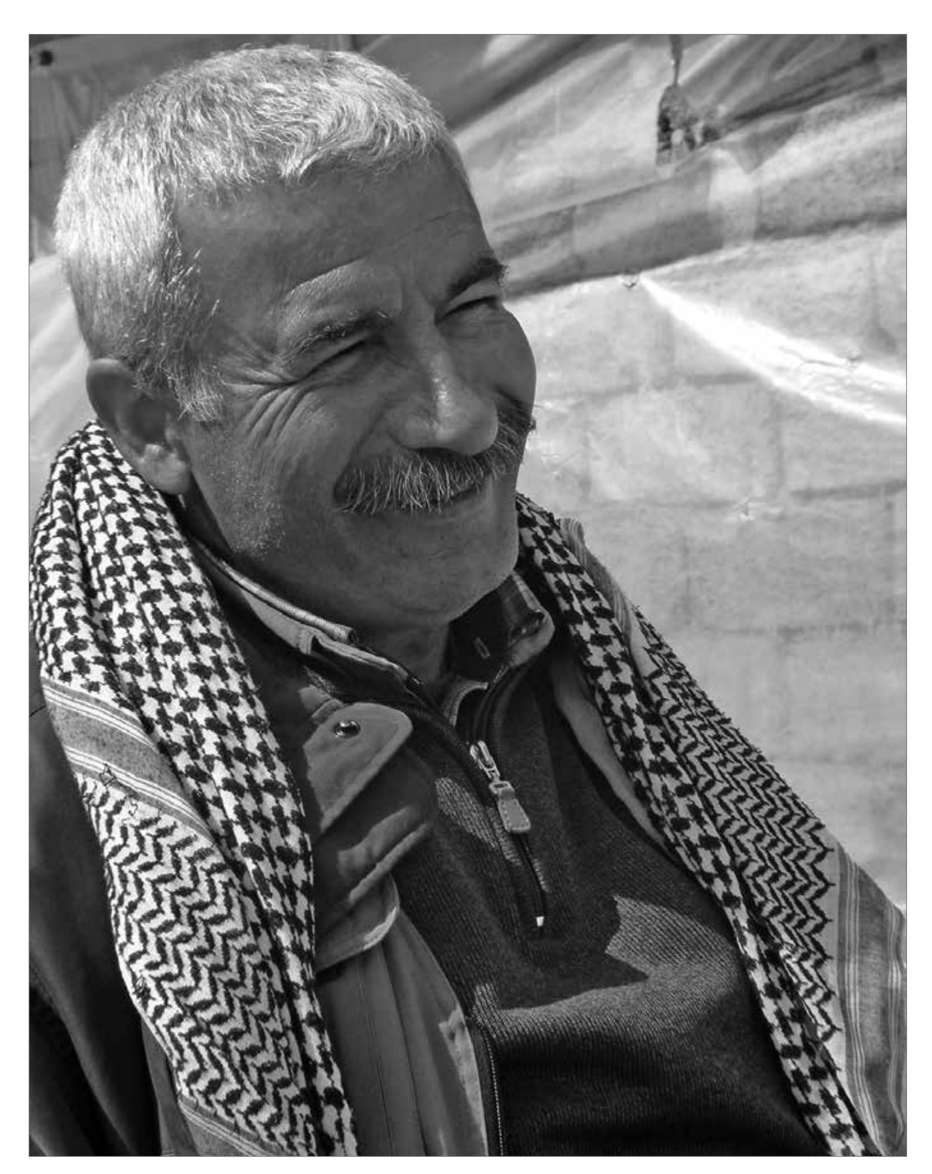
Gegenwärtig ist der Druck mit dem Dollar, also der Wirtschaftskrieg, die eigentliche Waffe, mit der die USA die Türkei wieder unter die Kontrolle der NATO bringen wollen. Einem der wichtigen Beschlüsse des NATO-Treffens am 11. Juli in Brüssel zufolge soll unter anderem die NATO die Türkei mit Verteidigungshilfe gegen die Gefahren an der Südflanke beschützen, womit der russische Einfluss gemeint war. Dabei würde die NATO der Türkei mit der Stationierung von Patriot-Raketen an ihrer Grenze helfen. Ferner forderte der

US-Präsident, die NATO noch mehr zu stärken, eine Entwicklung, die Grund zur Sorge bot. Seinen Äußerungen, die Verteidigungsausgaben der Partner seien zu niedrig und alle sollten eigentlich vier Prozent ihrer Wirtschaftsleistung ansetzen statt der versprochenen zwei Prozent, die noch nicht einmal von allen erreicht werden würden, folgt heute eine Politik, die erst im Nachhinein verständlich wird. Die USA, und mag man sich über ihren Präsidenten Donald Trump lustig machen, waren mit einem klaren Konzept auf dem NATO-Gipfel. Es geht um eine neue breit angelegte wirtschaftliche, politische und militärische Offensive in Richtung Asien. Nicht umsonst wird das 21. Jahrhundert das »asiatische Jahrhundert« genannt. Das heißt im politischen Klartext, dass sich politische und wirtschaftliche Gewichte vom europäisch-atlantischen zum asiatisch-pazifischen Raum verlagern werden. In diesem Verlagerungsprozess spielt der Nahe Osten gegenwärtig eine wesentliche Rolle. Die Schlachten hier werden den zeitlichen Rahmen der Verlagerung bestimmen.

Es ist das historische Schicksal dieser Region, stets zwischen Ost und West, Europa und Asien zu stehen. Viele Imperien in der Geschichte sahen das Gebiet als Sprungbrett für ihre Expansion an, von West nach Ost oder von Ost nach West. Der politische Begriff Mittlerer Osten, der von den Engländern stammt, drückt die Besonderheit dieser Region aus. Der Mittlere Osten, ein Name, den man ständig hört, ist geographisch gesehen kein Kontinent. De facto allerdings wird er wie ein Kontinent gehandhabt. Wollen die östlichen Mächte wie Russland, China und der Iran den Krieg in den Grenzen des Mittleren Ostens halten, dann wollen die USA, die EU weiter nach Osten, d. h. Asien. Parallel zum Krieg im Mittleren Osten verstärken die USA und die EU ihren Einfluss im asiatischen Raum, aber auch auf anderen Kontinenten, während Russland, der Iran und vor allem China auch auf dem europäischen, lateinamerikanischen, afrikanischen Kontinent ihre Macht ausdehnen. Entscheidend für ihre Expansion allerdings wird die Neuordnung im Mittleren Osten sein.

Handel und Wirtschaft als aktuelle Kriegsführungsinstrumente

Im Mittleren Osten haben die USA ihren Druck vor allem auf die Türkei und den Iran rapide erhöht. Mithilfe der Wirtschaft und des Handels soll der Iran geschwächt und die Türkei erneut unter Kontrolle gebracht werden. Wirtschaftssanktionen und neue Handelsregeln werden jetzt als aktuelle Waffe eingesetzt. Beide Staaten haben eine tief verwurzelte Staatsführungstradition im Nahen Osten von über 1000 Jahren und zählen damit zu den führenden in der Region. Sie sind wichtig



Zekî Şengalî (Ismail Özden), Mitglied der êzîdischen Koordination Şengal, wurde am 15. August bei einem gezielten Anschlag des türkischen Staates tödlich verletzt. Der Anschlag der türkischen Luftwaffe auf das Fahrzeug des êzîdischen Politikers ereignete sich auf der Rückfahrt von einer Gedenkveranstaltung im Dorf Koço. Das Dorf war am 15. August 2014 fast vollständig von der Terrormiliz Islamischer Staat (IS) ausgelöscht worden. Foto: ANF

als Sprungbrett für die globalen Mächte wie die USA, China und Russland.

Sowohl die Türkei als auch der Iran waren am Beispiel des Syrienkrieges daran interessiert, vom politischen Chaos Gebrauch zu machen, um ihre Macht auszudehnen. Nachdem es ihnen nicht so recht gelungen ist, bemühen sie sich jetzt um die Aufrechterhaltung ihres Nationalstaats ohne jegliche Veränderung. Ferner haben sie sich an fast allen Konflikten in der Region beteiligt, um sich selbst vor einer Schwächung zu bewahren. Sie beharren auf dem Status quo des 20. Jahrhunderts und wollen den extrem zentralistischen Staatscharakter beibehalten, um sich gegen den neoliberalen Druck vonseiten der »neuen Nationalstaaten« zu behaupten. Deshalb der Wandel zum faschistoiden Staatscharakter der Türkei nach den Wahlen am 24. Juni. Der radikale Rechtsruck und die Ein-Mann-Führung sollen das Land nicht nur politisch und wirtschaftlich, sondern auch gesellschaftlich homogenisieren. Extreme Zentralisierung und Homogenisierung dienen in diesem Zusammenhang dem Selbsterhalt.

Die USA wollen gegenwärtig mit ihrer Handelspolitik, den Sanktionen gegen türkische Minister, dem radikalen Kurswechsel des Dollars gegenüber der Lira etc. den staatlichen Neoliberalismus durchsetzen. Eine wirtschaftlich schwache Türkei wird wieder in eine starke Abhängigkeit von IWF und Weltbank geraten müssen.

Die Frage EU versus USA

Dagegen steht der etwas anders nuancierte politische Kurs der EU. Nicht nur im Falle der Türkei, sondern auch des Iran haben sich mehrere EU-Staaten gegen diese Politik aus den USA gewandt. Während die USA die Türkei über die Finanzkrise verändern wollen, pumpen deutsche Banken Gelder in die türkische Staatskasse. Obwohl Erdoğan durch die USA gegenwärtig zur Persona non grata erklärt wurde, will ihn die Bundesregierung trotz starker gesellschaftlicher Kritik im Land im September mit großem Bahnhof empfangen. Für deutsche Großmachtpläne hat die Türkei nach wie vor eine wichtige Be-



In Dutzenden Städten Europas haben am vierten Jahrestag des IS-Angriffs auf Şengal vom 3. August 2014 Kundgebungen und Gedenkveranstaltungen stattgefunden.
Foto: ANF

deutung. Aber auch die deutsche Unterstützung für den Iran signalisiert, dass die Regierung heute erreichen will, was der deutsche Kaiser mit der Berlin-Istanbul-Bagdad-Bahn bis in den Iran nicht geschafft hat. Damals hatte Großbritannien der deutschen Expansionspolitik einen Strich durch die Rechnung gemacht. Inwieweit die USA Deutschland heute den Rahmen einer Großmachtpolitik einräumen werden, bleibt abzuwarten.

Deutschland, Frankreich, aber auch China und Russland wollen den bisherigen Status quo des 20. Jahrhunderts ähnlich wie die Türkei und der Iran erhalten. Sie stehen nicht für Veränderung. Jedoch ist für die Macht der USA der Drang des Neoliberalismus zur Globalisierung im Gegensatz zu diesen Staaten vital.

Gegen die USA, die die Währungs- und Finanzkrise in der Türkei eskalieren lassen, hat sich Bundeskanzlerin Merkel für eine schnelle wirtschaftspolitische Stabilisierung der türkischen Regierung ausgesprochen. Niemand habe ein Interesse an »einer wirtschaftlichen Destabilisierung« des Landes, erklärte Merkel. Mit diesem Konfrontationskurs gegen die USA setzt Berlin auf eine »wirtschaftlich prosperierende Türkei«.

Den USA geht es jetzt vor allem darum, das türkisch-russische Bündnis zu schwächen und die Türkei damit wieder in den Rahmen der NATO zu holen. Mit diesem Schritt würde Russland einen herben machtpolitischen Verlust erleiden. Für die Machtpolitik Russlands im Nahen Osten reicht seine Präsenz in Syrien nicht aus. Für sie ist die Türkei aus geopolitischen und militärstrategischen Gründen um vieles wichtiger.

Während Russland und der Iran ein großes Interesse daran haben, den Krieg im Nahen Osten auf Syrien zu konzentrieren, planen ihn die USA auf andere Ebenen und in andere Gebiete zu verlagern.

Ein anderes Land, das gegenwärtig in die Enge getrieben wird, ist der Iran. Mit der Ansage, aus dem Atomabkommen mit dem Iran auszusteigen, verkündete der US-Präsident im Mai im Gegensatz zur EU und zahlreichen anderen Staaten seine Politik zur Isolierung des Iran. Bereits seit seinem Saudi-Arabien-Besuch im letzten Jahr hatten die USA gemeinsam mit Israel Schritt für Schritt die Grundlagen zur Schwächung des iranischen Einflusses vor allem im arabischen Raum zu legen begonnen. Mit der von Saudi-Arabien geführten Koalition ist eine arabische antiiranische Koalition gegründet worden. Vor allem setzten sich die USA dafür ein, sämtliche militärischen Gefahren für Israel aus dem Weg zu räumen. Mehrere Militärstandorte in Syrien entlang der Grenze zu Jordanien und Libanon, die de facto unter iranischer Kontrolle standen, wurden systematisch bombardiert.

Bekanntlich hatte der Iran in den letzten sieben Jahren viel investiert, um den »schiitischen Halbmond« als Kontrollzone für seine Mittelostpolitik auszubauen. Persische Macht mit regionalem Anspruch hatte zur Einmischung in etlichen Staaten der arabischen Welt geführt. Der schiitische Halbmond, der unter anderem den Iran, den Irak, Syrien, den Libanon, Bahrain, einen Teil des Jemen und Aserbaidschan einschließt, sollte Irans Interessenpolitik in der Region festigen.

Die immer härtere antiiranische Strategie der USA bezweckt, den Iran mithilfe der arabischen Koalition zu umzingeln und zu isolieren, ferner mit Sanktionspolitik Druck für innere Unruhen zu erzeugen, um der im Ausland geförderten iranischen Opposition an die Macht zu verhelfen. Auch in dieser Hinsicht finden die USA keine große Rückendeckung. Denn sowohl die EU als auch Russland und China sind gegen diese Politik. Dennoch sieht es so aus, als würden die USA keinen Rückzieher machen. Immerhin haben sie einen großen Erfolg mit Nordkorea erzielt. Über militärischen und diplomatischen Druck war es Washington gelungen, Nordkorea in eine für sie akzeptable Lage zu manövrieren.

Washington: Ja zu arabischen Staaten – Nein zum türkischen und zum iranischen Staat

Mit der Stärkung der arabischen Koalition (Saudi-Arabien, Jordanien, Vereinigte Arabische Emirate, Ägypten) bemühen sich die USA und Israel, den Iran unter Druck zu setzen. Pläne zur Schaffung einer »arabischen NATO« als Zusammenschluss von Saudi-Arabien, Ägypten, Jordanien, Bahrain, Oman, Kuwait, Qatar, VAE sind auf der Agenda.

Bereits jetzt wurden die Kräfte der arabischen Koalition motiviert, in Syrien sehr aktiv zu werden. Damit soll der iranische Einfluss in Syrien geschwächt werden. Deshalb organisiert vor allem Saudi-Arabien die arabischen Stämme in Syrien, vor allem in Nordsyrien. Denn die Koalitionskräfte sind vor allem gegen das kurdisch geführte Projekt der Demokratisierung in Nordsyrien äußerst aktiv. Es handelt sich bei ihnen um theokratisch-monarchistisch-diktatorische Regime, denen es um den sunnitisch geführten Panarabismus geht. Mit der arabischen Koalition soll in der Region eine nationalistisch-liberale arabische Politik gefördert werden, um den iranisch-schiitischen Einfluss einzudämmen. Diese Politik dient zugleich auch als Schutz für Israel, das den Iran als Erzfeind betrachtet. Die USA wie auch Israel üben starken Druck auf Russland aus, um den Iran aus Syrien zu werfen. Es ist ungewiss, wie Russland sich verhalten wird. Bekannt ist, dass Russland bislang eine pure machiavellistische Politik des Pragmatismus verfolgt hat. Im Falle eines Kompromisses könnte Russland die Existenz des Iran in Syrien einschränken und die iranische Interessenszone

unter die eigene Kontrolle bringen. Was es als Gegenleistung von den USA und Israel verlangen würde, wird sich mit der Zeit klären.

Irak – Schauplatz des Machtkampfes zwischen Iran und USA

Im Irak wird sehr deutlich sowohl das Chaos als auch der Krieg zwischen den regionalen und globalen Kämpfen des Mittleren Ostens reflektiert. Er ist gewissermaßen ein Spiegelbild der gesamten Region.

Neben Syrien ist vor allem der Irak ein offenes Schaufenster für den US-amerikanisch-iranischen Machtkampf geworden. Für den Iran war der Irak wichtig, um sich von hier aus bis nach Syrien und damit zum Mittelmeer ausbreiten zu können. Das Mittelmeer bedeutet Kontrolle über den Energietransport, was einen Staat wirtschaftlich sehr mächtig machen kann.

Trotz der Wahlen am 12. Mai konnte bislang keine Regierung gebildet werden. Sie ist in Kürze auch nicht in Sicht und wenn, dann wird sie vom Machtkampf zwischen den USA und dem Iran abhängen. Millionen Menschen haben im Irak gewählt. Bei der Regierungsbildung werden nicht ihre Stimmen, sondern außenpolitische Machtbelange entscheiden. Konkret der Krieg zwischen Iran und USA. Es ist den USA gelungen, den arabischen Nationalismus zu aktivieren. Nach dem Sturz Saddams hatten die arabischen Schiiten des Irak zum ersten Mal in ihrer Geschichte die Möglichkeit, an die politische Führungsspitze zu gelangen. Den Iran als Zentrum des Schiitentums sahen sie als eine Art natürlichen Bündnispartner an. Unter den arabischen Schiiten war lange Zeit eine einheitliche, zumindest übereinstimmende politische Einigkeit ersichtlich. Doch hat sich auch diese Einheit in den letzten zwei Jahren aufzulösen begonnen. Die Förderung des Panarabismus, also des arabischen Nationalismus, durch die globalen Mächte führte zur Spaltung unter den schiitischen Arabern im Irak. Längst fühlen sich dort nicht alle schiitischen Araber bei ihren Glaubensgenossen im Iran zuhause. Im Irak hat diese Spaltung zwei Zentren des Schiitentums hervorgebracht: des persischen Schiitentums in Qum und des arabischen in Nadschaf. Letzteres ist jetzt zum ideologischen Zentrum des arabischen Schiitentums avanciert, setzt die Priorität auf das Arabische und ebnet damit den Weg, sich auch mit sunnitischen Arabern zu einigen. Führend ist dabei der Wahlsieger Al-Sadr. Der iranische Einfluss ist durch diese Spaltung maßgeblich geschwächt worden.

Was tun?

Für uns Kurden ist es wichtig, im Chaos des Dritten Weltkriegs, der parallel mit wirtschaftlichen und militärischen Mitteln geführt wird, uns im Klaren zu sein und auf die Strategie des »Dritten Weges« zu setzen. Die politische Polarität zwischen Russland, China, Iran, Türkei, Syrien, USA, arabischer Koalition, Israel und zum Teil EU wird schwanken. All diesen globalen wie Regionalmächten geht es um Interessenpolitik. Zeitweilige Überscheidungen mit kurdischer Politik mögen sich ergeben. Daher ist jedem geraten, die Kurden nicht gleich als Kollaborateure mit regionalen oder globalen Kräften zu beschimpfen. Es wird noch ein heftiger Krieg auf uns zukommen. Wir alle, die wir jenseits staatlicher Politik agieren, sollten alles daransetzen, Wege und Möglichkeiten für den Frieden in Erwägung zu ziehen, und uns alle als die Dritte Kraft verstehen. Die Kraft des Friedens.

In den komplizierten gegenwärtigen Verhältnissen war es eine historische Maßnahme, dass die größte kurdische Bewegung in Ostkurdistan (Iran), nämlich die PJAK (Partiya Jiyana Azad a Kurdistanê – Partei für ein Freies Leben in Kurdistan), dem iranischen Regime eine Roadmap für den Frieden im Iran vorgelegt hat (s. S. 22). Man mag annehmen, dass all die Staaten aufgrund ihrer materiellen Möglichkeiten viel mächtiger seien als man selbst. Wir können nur stark sein, wenn wir die Alternative durchsetzen. Das Beispiel Syrien hat gezeigt, dass sich im Chaos des Krieges zwischen den globalen wie regionalen Mächten zwei Kräfte behaupten konnten: das syrische Regime mit der vehementen Unterstützung des Iran und Russlands und das kurdisch geführte Modell der Demokratie in Nordsyrien, das mehrheitlich von Menschen aus dem zivilen Bereich in Form von internationaler Solidarität unterstützt worden ist.

Konkret wird sich die kurdische Politik im Iran darauf konzentrieren, mit demokratischen Kräften eine Alternative zum theokratischen Regime zu entwickeln. Eine ausländische Invasion liegt weder im Interesse der Kurden noch all derjenigen, die sich vom Mullah-Regime befreien wollen. Ein Krieg im Iran wird andere schwerwiegendere Folgen mit sich bringen als im »kleinen« Syrien. Welche Gestalt die Zukunft annehmen muss, müssen die Völker und Frauen des Iran bestimmen. Die Entwicklungen signalisieren jedoch, dass nach Syrien der Iran mit Krieg an die Reihe kommt. Die Kurden hier müssen vorbereitet sein und sich wie in Syrien als Motor und Dynamik der Demokratie begreifen. Daher ist der Aufruf der PJAK sowohl an kurdische Parteien in Rojhilat (Ostkurdistan) als auch an iranische progressive Kräfte sowie den iranischen Staat sehr wichtig. Nicht zu vergessen ist, dass in Rojhilat als dem Norden des Iran fünfzehn Millionen Kurden leben. Sie haben für die Revolution in Rojava/Nordsyrien große Sympathien

empfunden und viele Frauen und Männer sind zur Hilfe geeilt, als es um Kobanê und Efrîn ging. Das Modell des demokratischen Konföderalismus in Nordsyrien ist auch die bislang beste Lösung für das zentralistisch-theokratische Regime, das die Vielfalt der Kulturen, Religionen und Ethnien des Landes unterdrückt.

Der Iran sollte von der Türkei lernen

Auch die Türkei stand mit Beginn des Syrienkrieges am Scheideweg. Einerseits war ihr Machthunger geweckt. Der neoosmanische Traum rückte in den Bereich des Machbaren. Aber andererseits hatten die Entwicklungen um Syrien die Türkei in Angst versetzt, da ihr klar war, dass der westliche Liberalismus in Form des Neoliberalismus alle alten Typen der Nationalstaaten aus dem 20. Jahrhundert durch Liberalisierung neugestalten würde. Im Bewusstsein dessen hatte Abdullah Öcalan die Initiative ergriffen und von Ende 2012 bis April 2015 den türkischen Staat zu überzeugen versucht, den »alten« Nationalstaat durch politische und gesellschaftliche Eigendynamik ohne ausländische Intervention über die Lösung der kurdischen Frage zur Demokratie zu bewegen. Erdoğan erklärte Öcalans Konzept für null und nichtig und ließ sich von den Elementen des »Tiefen Staates« vom Neoosmanismus überzeugen. Der Traum einer Großtürkei auf dem Erbe des Osmanischen Reiches und die Betrachtung der Kurden als Erzfeinde haben die Türkei heute in eine Lage gebracht, die äußerst schwer zu bewältigen sein wird. Hätte aber Erdoğan Öcalans Friedensangebot und Friedenskonzept angenommen, so hätte die Türkei heute ein führendes Land für den Frieden in der Region werden können. Ich sehe schwarz für die Türkei. Auch wenn die Bundesregierung Erdoğan Ende September mit allen staatlichen Ehren empfangen will, wird es die Türkei schwer haben.

Wenn wir aber die Welt vor den brutalen Kriegen schützen wollen, müssen wir eine globale Kraft des Friedens schaffen. Aus der Sicht von uns Kurden wissen wir, dass Demokratie und Frieden keinen Platz in der grossen Politik haben. Weder bei den USA, dem Iran, Russland, China oder der Türkei noch bei Israel, den arabischen Staaten oder der EU. Noch vor kurzem, im März, haben wir es am Beispiel von Efrîn erlebt.

Eine Chance, den totalen Konkurs der Türkei abzuwenden, kann die Zusammenarbeit progressiver Kräfte mit den Kurden sein. Denn immerhin haben sich fünfzig Prozent der Menschen bei den Wahlen gegen Erdoğans Diktatur und türkischen Faschismus ausgesprochen. Neben der Politik der Militärputsche gibt es auch eine Tradition der revolutionären Bewegungen in der Türkei. Der Druck aus dem Westen wird diese Tradition zur Aktivität zwingen. Dabei fällt den Kurden eine führende Rolle zu, da sie sich trotz staatlicher Gewalt bislang behaupten konnten und ihr gesellschaftliches Demokratiemodell entwickelt haben. Und dies trotz des permanenten Ausnahmezustands. Die Ergebnisse der Wahlen in Nordkurdistan (Türkei) sprechen die Sprache der kurdischen Stärke.

Es wird unter anderem auch im Iran davon abhängen, ob der Staat mit all den Kräften, die er verfolgt, Frieden schließen will oder nicht. Ein erster Schritt wäre der Frieden mit den Kurden. Denn ähnlich wie in Nordsyrien werden sie über die Zukunft des Iran maßgeblich mitentscheiden. Die Kurden stehen für Frieden und Demokratie. Der Iran muss jetzt eine Entscheidung treffen und sollte den Fehler der Türkei nicht wiederholen.

Zeit, den Frieden zu globalisieren

Eine schwere Kriegszeit kommt auf uns alle zu. Eine Alternative zu der schrecklichen Machtpolitik zwischen den regionalen wie globalen Mächten sollten wir alle aufstellen, die kein Interesse am Krieg haben. Das kann aber nicht geschehen, wenn wir uns für eine der Seiten entscheiden und uns spalten. Die Großen streiten sich heute und können morgen wieder zusammenkommen. Machiavelli oder der Großmeister des Pragmatismus Nizam Al-Mulk würden heute staunen, könnten sie die pure Praxis des Pragmatismus erleben.

Wenn wir aber die Welt vor den brutalen Kriegen schützen wollen, müssen wir eine globale Kraft des Friedens schaffen. Aus der Sicht von uns Kurden wissen wir, dass Demokratie und Frieden keinen Platz in der großen Politik haben. Weder bei den USA, dem Iran, Russland, China oder der Türkei noch bei Israel, den arabischen Staaten oder der EU. Noch vor kurzem, im März, haben wir es am Beispiel von Efrîn erlebt.

Gegen die Globalisierung des Krieges ist es heute an der richtigen Zeit, den Frieden zu globalisieren. Frieden im Mittleren Osten kann dazu führen, diese Region auch als Sprungbrett für den Frieden in den asiatischen Raum zu nutzen. Die Kurden als staatenlose Gemeinschaft und Opfer staatlicher Gewalt eignen sich bestens für den Frieden. Da sie staatliche Gewalt sowohl regional als auch global erfahren. Kriege gehen von den Staaten aus. Frieden sollte von uns ausgehen. ♦

Die türkische Republik am Scheideweg

Demokratie statt Despotie

Mustafa Karasu, Mitglied des Exekutivrats der Gemeinschaft der Gesellschaften Kurdistans (KCK)

Um an die Macht zu gelangen, stellten Erdoğan und die AKP (Partei für Gerechtigkeit und Aufschwung) ihrer Rhetorik Freiheit und Demokratie voran und kündigten 2002 den Kampf gegen Korruption an. Die Sehnsucht der Menschen nach Demokratie wurde in der Türkei immer größer, schließlich lasteten vom Militärputsch des 12. September 1980 bis in das Jahr 2000 Kriegspolitk und Unterdrückung auf ihren Schultern. 2002 nutzte die AKP bei den Wahlen zudem die Zersplitterung der demokratischen Kräfte und gelangte so an die Macht. Hätte es damals ein demokratisches, politisches Bündnis gegeben, so wäre es der AKP sicherlich anders ergangen. Sie machte sich jedoch den Kampf der demokratischen Kräfte untereinander zu eigen und nutzte gleichzeitig das Verlangen der Gesellschaft nach Demokratie. Die CHP (Republikanische Volkspartei) von Baykal ebnete der AKP den Weg zum Sieg wie heute die CHP unter Kılıçdaroğlu.

Bekanntlich ist Erdoğan gegen die sogenannte Erste Republik, also die Gründungsrepublik, da sie den politischen Islam ablehnte und dessen Kreise ausschloss. Dies beunruhigte diese zuvor jahrhundertelang einflussreiche Gruppe, doch auch wenn sie den Staat so nicht akzeptierten, erklärten sie ihm auch nicht offen den Kampf. Denn obwohl er sie außen vor ließ, so verfolgte er sie doch nicht so gewalttätig wie die Kurden oder die Sozialisten. So wurde das Präsidium für Religionsangelegenheiten (Diyanet) gegründet, um die Religion in den Dienst des Staates zu stellen. Die neue Republik hielt die Kreise einerseits aus dem Staat heraus, akzeptierte auf der anderen Seite den sunnitischen Islam als Staatsreligion. Es wurde zwar vom Laizismus gesprochen, aber gleichzeitig der sunnitische Islam als Staatsreligion geschützt und genutzt. Das Verhältnis beider Seiten zueinander hat somit jeweils einen doppelten Charakter. Die politischen Islamisten kontrollierten den Staat nicht und befanden sich so in Opposition. Aus den genannten Gründen war diese Opposition jedoch nie wie jene der Kurden und der Sozialisten.

Sehnsucht nach Demokratie benutzt

Hauptziel der Kreise des politischen Islams war die Übernahme des Staates, dessen Demokratisierung sie ausschlossen. Denn in einer Demokratie gibt es keine Vorherrschaft nur eines Glaubens oder einer Ethnie über die Gesellschaft, weshalb sie immer im Widerspruch zu ihren Zielen gesehen wurde. Somit war eine wirkliche Demokratisierung auch nie in ihrem Sinne, als sie 2002 die Macht übernahmen. Es sollte nur zusammen mit den Anhängern Fethullah Gülens die Sehnsucht der Menschen nach Demokratie ausgenutzt werden, um die Staatsmacht zu übernehmen. An diesem Punkt nahmen sie die Unterstützung der EU und der USA in Anspruch und verdrängten den bisherigen Machtblock. Stück für Stück nisteten sie sich im Staatsapparat ein und schufen ihnen angebundenes Kapital. Als die bisherigen Machthaber zurückgedrängt waren, begann zwischen AKP und Gülen der Kampf darum, welcher Flügel des politischen Islams den Staat komplett in die Hände bekommt. Aus diesem Kampf gingen Recep Tayyip Erdoğan und die AKP als Sieger hervor, indem sie sich mit Teilen des klassischen Machtblocks verbündeten. Schließlich nahmen sie den Putschversuch vom 15. Juli 2016 als Vorwand, um die Feindschaft gegen die Kurden auszunutzen und endgültig herrschende Kraft im Staat zu werden.

Solange die Türkei nicht demokratisiert wird, bleibt es das Gesetz der Macht, die Kurden zu unterdrücken und eine Völkermordpolitik zu verfolgen. Erdoğan hat genau dies erkannt und seine Macht bewahrt, indem er die Kurden und anderen demokratischen Kräfte einschüchterte. Als er jedoch sah, dass er sie nicht hinhalten kann, erklärte er ihnen den Krieg, um seine Macht zu erhalten. Der Vorsitzende Öcalan selbst hat niemals geglaubt, dass die AKP Schritte in Richtung Demokratie unternehmen werde. Er versuchte jedoch, einige Schwierigkeiten, mit denen sich die Regierung konfrontiert sah, auszunutzen, um sie zu diesen Schritten zu bewegen. Diese Bemühungen wurden jedoch nicht genügend von Widerstandsaktivitäten der demokratischen Bewegung unterstützt und erbrachten somit keine positiven Resultate.

Liberale Version des 12.-September-Faschismus

Abdullah Öcalan hat den wesentlichen Charakter der AKP in seiner Verteidigungsschrift »Kürt Sorunu ve Demokratik Ulus Çözümü-Kültürel Soykirim Kiskacinda Kürtleri Savunmak« (Die kurdische Frage und die Lösung der Demokratischen Nation – Unter der Bedrohung des Genozids die Kurden verteidigen) im Kapitel »Die hegemoniale Machtverschiebung in der türkischen Republik« eindrücklich dargelegt.

So wie schon die Gründungsphase der Republik autoritär geprägt war, so ist auch in der Phase ihres Niedergangs ein solches autoritär-faschistisches Regime entstanden. Ungelöste Probleme bildeten die Grundlage für das AKP-Regime, das jedoch keine Lösungen dafür anbietet. Stattdessen vertieft es die Probleme und führte die Republik in eine Sackgasse. Der Vorsitzende definiert die AKP-Regierung als eine liberale Version des 12.-September-Faschismus, die den Kampf gegen die Freiheitsbewegung unter neuen Bedingungen fortsetzt. Es war der Faschismus des 12. Septembers, welcher der AKP-Regierung den Weg freimachte, der anschließend mit Unterstützung der NATO und der Einbeziehung des politischen Islams beschritten wurde. Doch der kurdische Freiheitskampf durchkreuzte diese Pläne. Als Öcalan im Rahmen des internationalen Komplotts verschleppt worden war, folgte eine Waffenruhe. Die herrschenden Klassen dachten, dass die PKK unter diesen Bedingungen nicht wieder auf die Beine kommen würde. Somit hätte der Restauration der Republik durch die Aufnahme des politischen Islams nichts im Wege gestanden.

In einer Phase, in der die Republik in einer Sackgasse steckt, sollte der politische Islam ins System integriert werden und ein neuer Staat entstehen, der auf einen Genozid an den Kurden abzielt. Die Übernahme der Macht durch die AKP diente hauptsächlich diesem Zweck und sollte mit dem Übergang zum Präsidialsystem bis 2023 vervollständigt werden. Die Religion soll Teil dessen sein, was mit »eine Nation, ein Vaterland, ein Staat und eine Fahne« symbolisch ausgedrückt wird. Auch wenn »eine Konfession« so nicht erwähnt wird, steht sie über allem. Nur würde die offene Nennung zu viel internationale Reaktion provozieren.

Um die Republik nach diesen Prinzipien umzugestalten, schloss Tayyip Erdoğan ein Bündnis mit Devlet Bahçeli *[seit 1997 Vorsitzender der Partei der Nationalistischen Bewegung, MHP]*. Zur Zeit der Gründung der ersten Republik in den 1920er Jahren hatte der Staat einen großen Teil seines Territoriums verloren. Eine aus diesen Bedingungen erwachsene Re-



Die Demokratisierung lässt sich nicht allein in der politischen Arena erkämpfen, denn AKP und MHP werden alles tun, um dies mit reaktionären und faschistischen Mitteln zu verhindern ... Foto: ANF

publik ist in gewissem Sinne eine traumatisierte und aus Angst vor noch mehr Landverlust wurde sie zu einem kurdenfeindlichen, autoritären Staat. Selbstverständlich fand diese Entwicklung gemeinsam mit den Gegnern der Demokratie statt. Doch diese Art von Politik konfrontiert die Türkei auch immer wieder mit politischen Krisen. Zu Zeiten des Kalten Krieges wurde versucht, mit Feindseligkeit gegenüber den Sowjets und in Kooperation mit äußeren Mächten zu reagieren. Diese Haltung wurde jedoch vom kurdischen Freiheitskampf, dem jahrzehntelangen revolutionären Kampf der demokratischen Kräfte und dem Ende der bipolaren Weltordnung gebrochen.

Die Demokratisierung lässt sich nicht allein in der politischen Arena erkämpfen

In welche Richtung wird es nun weitergehen? Wird die Republik durch die Integration des politischen Islams endgültig erneuert? Oder werden die Probleme und Krisen nun durch die Demokratisierung gelöst werden?

Die Demokratisierung lässt sich nicht allein in der politischen Arena erkämpfen, denn AKP und MHP werden alles tun, um dies mit reaktionären und faschistischen Mitteln zu verhindern. Auch wenn Erdoğan die Auftaktsitzung zum Präsidialsystem im historisch ersten Parlamentsgebäude der Republik abhielt, um zu zeigen, dass er eine neue Türkei schaffen und ihr Gründer sein werde, ging es ihm nur darum, die Gesellschaft zu täuschen. Das von ihm aufgebaute System hat weder einen Zusammenhang mit dem ersten republikanischen Parlament, noch wird es in irgendeiner Weise die Republik retten können. Stattdessen wird er damit fortfahren, die Türkei mit einer religiös-nationalistischen, faschistischen Mentalität und Struktur in die Sackgasse zu manövrieren. Es wird nichts bringen, die 1923 gegründete autoritäre Republik unter den Bedingungen der heutigen Welt, der Türkei, des Mittleren Ostens und Kurdistans in ein neues autoritäres System zu verwandeln.

Wer sich eine tiefgreifende Erneuerung der Republik gemäss Recht, Gerechtigkeit, Freiheit und Gleichheit ersehnt, muss die Demokratisierung zum Ziel haben.

Mit der antikurdischen und antidemokratischen Politik der AKP-MHP-Regierung, welche die Türkei permanent in einer Krise verharren lässt, wird man weder Stabilität noch Frieden erreichen können. Da diese Politik die Probleme nicht löst, wird ständig von einem »nationalen Fortbestandsproblem« gesprochen. Weil die Regierung und ihre Politik die Probleme nicht lösen werden, gilt es ihre Existenz in Frage zu stellen. Sie werden ihre Macht verlieren, sollten sie ihre Politik der Unterdrückung nicht weiter verfolgen. Somit müssen sie vom Fortbestandsproblem der Türkei sprechen und Repression anwenden, um sich an der Macht zu halten.

Doch auch mit der Einführung des Ein-Mann-Systems und der Mehrheit im Parlament wird es für sie schwer werden, bis 2023 an der Macht zu bleiben. Diese Ausweglosigkeit, welche die Republik in die Krise geführt hat und ihre Macht gewährleistet, bildet gleichzeitig auch die Basis für den Sturz ihrer Macht. Die demokratischen Kräfte und die kurdische Gesellschaft kämpfen seit Jahrzehnten, seit fast hundert Jahren. Die Kampfbereitschaft und das Potential der demokratischen Kräfte sind stärker als die Möglichkeiten der faschistischen Kräfte. Denn Letztere stützen sich auf Grundlagen, die nur zu Misserfolgen führen, während die demokratischen Kräfte über die Mentalität verfügen, die Probleme der Türkei lösen zu wollen. Keine ideologische und politische Kraft kann ihre Zukunft nur mit eigenen Mitteln schaffen. Nur diejenigen, die auch Antworten für die Bedürfnisse und den Zeitgeist haben, können erfolgreich sein. Diese Dialektik gilt in der heutigen Welt umso mehr.

Wenn gegen die faschistische AKP-MHP-Regierung gekämpft wird, dann werden sie 2023 nicht mehr erleben. Auch wenn sie ihre Macht durch Zwang, Gewalt und Geld erhalten wollen, werden sie von den politischen und gesellschaftlichen Problemen und die dadurch geschaffenen Krisen gestürzt werden, solange darum gekämpft wird. Die Gegenwart und die Zukunft der Türkei werden den demokratischen Kräften gehören. Diese werden durch gemeinsamen Kampf mit der kurdischen Gesellschaft das Jahr 2023 zu dem Jahr machen, in dem nicht eine despotische religiös-nationalistische, sondern eine demokratische Republik verwirklicht wird. Die bei der Gründung der ersten Republik geschaffenen Werte werden nur durch eine Demokratisierung an Sinnhaftigkeit gewinnen. Wer sich aus der heutigen Ausweglosigkeit befreien will, wer sich eine tiefgreifende Erneuerung der Republik gemäß Recht, Gerechtigkeit, Freiheit und Gleichheit ersehnt, muss die Demokratisierung zum Ziel haben.

Wir möchten nochmals unterstreichen, dass die historischen und gesellschaftlichen Werte zeigen, dass die Ziele der demokratischen Kräfte und der kurdischen Gesellschaft verwirklicht werden und nicht die von Erdoğan und Bahçeli. Alle Gesellschaften der Türkei werden 2023 die Demokratisierung der Republik feiern. ♦

Der Kampf um die Einheit

Qendîl – das Herz Kurdistans

Seyit Evren

Qendîl ist ein Gebiet, in dem steile Felsen, Schluchten, dicht bewachsene Wälder, tiefe Täler und Plateaus aufeinandertreffen. In dieser geographischen Struktur gibt es hunderte zerstreute Dörfer, Kleinstädte, dutzende Landkreise und einige Provinzen. Auch wenn es in diesem Gebiet bisher keine offiziellen Volkszählungen gab, kann mit Gewissheit gesagt werden, dass hunderttausende Kurd_innen in Qendîl leben.

Die türkische Regierung hat eine Wahrnehmung geschaffen, bei der Qendîl nur mit einem einzigen Berg assoziiert wird. Dahingegen hat Qendîl eine Gesamtfläche von mehreren hundert Quadratkilometern. Das Gebiet liegt im Dreiländereck der Kolonialstaaten Iran, Irak und Türkei, das dutzende Bergketten, Wasserläufe und tausende tiefe Täler beheimatet.

Die geographische Struktur

Die Region dieses Dreiländerecks ist an manchen Stellen bis zu tausend Meter hoch und umfasst eine Fläche von 500 Quadratkilometern. Aufgrund dieser geographischen Lage ist das Gebiet sowohl für die Kolonialstaaten als auch für das kurdische Volk von enormer strategischer Bedeutung.

Aufgrund der Beschaffenheit der Region Qendîl, die gebirgig und bewaldet ist, betreibt die ansässige Bevölkerung vor allem Landwirtschaft und Viehzucht und sichert sich damit ihren grundlegenden Lebensunterhalt. Viele Dörfer wurden von der Regierung verbrannt, und es gibt nicht viele Waren auf den Märkten, also deckt die Lokalbevölkerung ihre Bedürfnisse durch Eigenanbau. Durch die kriegsbedingte Wirtschaft und die fortwährenden feindlichen Angriffe sind die Einheimischen von anderen Produktionsketten abgeschnitten. Zu erwähnen ist dabei vor allem die PDK (Demokratische Partei Kurdistans), die maßgeblich die Geschicke der regionalen Regierung lenkt und in den Bereichen Produktion und Außenpolitik ihren Beitrag hierzu leistet.

Das Zentrum des historischen Widerstands

Qendîl ist im Laufe der Geschichte für die Kurd_innen und für die gesamte Region aufgrund der geostrategischen und politischen Lage zur Widerstandsregion geworden. So gut wie alle kurdischen Parteien und Organisationen aus dem Irak und dem Iran haben hier Zuflucht gefunden. Es handelt sich dabei nicht ausschließlich um kurdische Gruppen: In Qendîl haben auch andere kommunistische und sozialistische Parteien ihren Platz, die sich gegen die Regime im Irak und dem Iran stellen.

Nach einigen Aufständen entstanden nach und nach Parteien, die sich für die Kurdenfrage einsetzten. Eine dieser Parteien ist die PDK-I (Demokratische Partei Kurdistans-Iran), die sich in Ostkurdistan (Rojhilat) entwickelt hat und in Qendîl von Anfang an ihre Basis aufbaute. Qendîl ist einer der Orte, an dem die Vorreiter der PDK-I und deren Parteigründer wie z. B. Suleyman Moini agierten.

Letzterer und viele weitere wurden vom iranischen Regime gezielt verfolgt und umgebracht. In Qendîl befindet sich auch die Hauptzentrale, die nach Dr. Abdurrahman Qasimlo benannt wurde, der als Generalsekretär der PDK-I fungiert hatte und in Wien einem Mordanschlag zum Opfer gefallen war. Dr. Qasimlo stationierte seine Kräfte einst in einem Gebiet, das in Zelê beginnt und sich weitläufig zwischen Diyana und Ranya erstreckt. Von dort aus begann der fortwährende Kampf gegen das iranische Regime. Die YNK (Patriotische Union Kurdistans) hatte ihre Parteigründung in Qendîl, genauer gesagt im Tal Balayan im Dorf Xezînê verkündet. Später im Jahr 1978 ließ man die Gebiete Zelê und Nokan hinter sich, um sich der sozialistischen Partei Kurdistans und deren Kampf anzuschließen. Kurze Zeit nach dem Zusammenschluss griffen der Irak mit einer Bodenoffensive und der Iran aus der Luft an. Aufgrund dessen verließen rund 700 Peşmerge Zelê in Richtung Şemzînan (Şemdinli). Diese Einheit stand unter der Leitung der führenden Köpfe der sozialistischen Partei Elî Eskerî, Şengalli Êzîdî, Hussein Babaşêx und Dr. Seîd Xalid. In Elkê (Beytüşşebap) wurden Elî Eskerî und die 700 Peşmerge ermor-

det. Dieses Ereignis ist in die kurdische Geschichte als das »Ereignis von Elkê« eingegangen.

Der Widerstand ist über Jahrzehnte hinweg Teil des Lebens der Bevölkerung in Qendîl geworden. Die älteren Menschen, die den Konflikt seit Kindestagen kennen, geben ihn mündlich an die folgenden Generationen weiter. Schon im Jugendalter sahen sie sich unweigerlich mit dem Konflikt konfrontiert. Sie wurden Teil des Widerstands gegen Saddam und den Iran.

Nicht nur die PDK-I oder YNK haben in Qendîl Zuflucht gefunden, sondern auch viele andere politische Parteien wie die irakisch-kommunistische Partei Pasok, die von dort aus ihren Kampf gegen den Irak führte.

Qendîl ist aus zwei Gründen zum Angriffsziel des Iraks und des Irans geworden: Es ist die Keimzelle des Widerstands, und alle oppositionellen Kräfte finden hier ihren Platz. Im Zuge der Angriffe wurden die Dörfer Zelê, Alîreşê, Şênê, Bestê, Soregulê, Elkê, Meredo, Bêpalan, Suredê, Kaskan, Qirnekê, Sinemokê und viele weitere Dörfer zum Ziel. Außerdem wurden in Xakurkê 36 Dörfer und in Xinêre 86 Dörfer zur ständigen Zielscheibe. Im Jahr 1978 wurden die Genozid-Operationen von Saddam Hussein eingeleitet. In den drei Phasen der Operationen zwischen 1982 und 1986 sind in der beschriebenen Region die meisten Opfer zu beklagen. Das Balista-Tal, das heute im Landkreis Soran liegt und zu Qendîl zählt, ist der Ort, an dem Saddam Hussein in den dort gelegenen Dörfern zum ersten Mal chemische Waffen einsetzte. In der genannten Region wurden durch die drei Angriffsphasen hunderte Dörfer wiederholt verbrannt und zerstört. Die lokale Bevölkerung wurde in eigens eingerichteten Camps rund um Hewlêr (Erbil) und Silêmanî (Sulaimanya) untergebracht. Die Bevölkerung von Qendîl verließ die Camps trotz der drohenden Gefahren Tod, Völkermord und Gefängnis und kehrte in ihre Dörfer zurück. Der Irak und der Iran versuchten, den Widerstand zu brechen, doch Qendîl als Ganzes gab nicht auf. Die bewaffneten Kräfte leisteten an jeder Front erbitterten Widerstand. Trotz der militärischen Überlegenheit des Irans und des Iraks hielt der Widerstand von Qendîl an und wurde zum Zentrum des iranisch-irakischen Krieges, der Ende 1979 begann und acht Jahre lang anhielt. Auch in diesem Krieg wurden die Dörfer von Qendîl erneut zum Angriffsziel. Trotzdem flüchtete die Bevölkerung nicht, sie verließ ihre Heimat nicht auch nur für einen Moment.

Obwohl der Iran wie auch der Irak über Jahre hinweg die Angriffe gegen die Widerstandskämpfer_innen fortsetzte, konnten beide keinen wirklichen Zugang zur Region erkämpfen. Der Widerstand der Bevölkerung hat dazu geführt, dass die Besetzungspläne nicht durchgesetzt werden konnten. Aus diesen Gründen ist Qendîl die Festung des Widerstands geworden und ist es noch heute.



Anfang Juni hatten die südkurdische Jugendbewegung und die Bewegung der Jungen Frauen mit einer Demonstration nach Qendîl die Aktion »lebende Schutzschilde« organisiert, um gegen den türkischen Kriegskurs zu protestieren. Daraufhin waren aus vielen anderen Städten Südkurdistans sowie aus Rojava und Europa zahlreiche Menschen Richtung Qendîl aufgebrochen, um ebenfalls Haltung gegen die von der türkischen AKP-MHP-Regierung angedrohte Militärinvasion zu zeigen. Foto: ANF

Die Dörfer von Qendîl

Die Bevölkerung von Qendîl ist von Generation zu Generation mit diesem Widerstand groß geworden. Die jüngeren Generationen haben ihn von ihren Großeltern, Müttern und Vätern überliefert bekommen, die wiederum von klein auf mit den Auseinandersetzungen konfrontiert waren. Schon im jugendlichen Alter fanden sie sich inmitten des Widerstands gegen Saddam und den Iran. Sobald sie zur Waffe griffen, waren sie

als Kämpfer_in auch Teil des bewaffneten Widerstands. Sucht man das Gespräch mit der Lokalbevölkerung, so lassen sich viele Widerstandsgeschichten finden.

Eine dieser Geschichten ist die von Şivanê İbrahim. Er war von 1963 bis 2003 YNK-Peşmerga und wohnt im Dorf Qalatuka. Denjenigen, die ihn aufsuchen, erzählt er die Geschichte des Widerstands des Dorfes Qalatuka, der sich von dort über den Berg Mamendê ausbreitete bis nach Pilingan, das hinter Ranya liegt und wiederum einen verlängerten Arm der Berge Qendîls bildet. Eine andere ist die Geschichte von Mam Ebubekir aus dem Dorf Bolê. Er berichtet Interessierten über seine gemeinsame Zeit mit Dr. Qasimlo. Mam Ebubekir kann nicht nur von Qasimlo selbst erzählen, sondern auch von anderen widerständigen kurdischen Organisationen, Parteien und Strukturen in Qendîl. So berichtet er auch über die Zeiten des Hauptquartiers von Qasimlo und die damaligen Angriffe auf die Dörfer.

Der mittlerweile 70-jährige Enzê Mam Mihemed sagt über die Angriffe auf Qendîl und den geleisteten Widerstand: »Als ich noch ein Kind war, kamen von den Bergen Schussgeräusche. Ich wuchs mit diesen Schüssen auf, und so nahm auch ich später meine Waffe und schloss mich dem Widerstand an. Die Schüsse, die ich damals in meiner Kindheit gehört hatte, hörten nun auch meine neu geborenen Kinder. Sie sind damit aufgewachsen genau wie ich. Davon geprägt schlossen auch sie sich dem Widerstand an. Nun bin ich 70 Jahre alt und immer noch höre ich die Schussgeräusche von den Bergen. Solange wir nicht frei sind, werden sie zu den Bergen gehören.«

Hecî Elî, der im Dorf Lewcê lebt, hat die Ereignisse zu Beginn der 80er Jahre hautnah miterlebt. Er hat mit eigenen Augen die kurdischen, kommunistischen und sozialistischen Organisationen gesehen, die von der Basis Qendîl aus Widerstand gegen das Saddam-Regime und den Iran leisteten. Ihm ist auch nicht entgangen, dass es unter den Gruppen Konflikte gab. Von der Freiheitsbewegung wurden deshalb in diese Region Guerillaeinheiten und deren Kommandeur_innen entsandt, um beiderseitigen Frieden zu stiften. Das war für Hecî Elî der erste Kontakt mit der Guerilla.

Ömer Hamid ist 70 Jahre alt und wohnt im Dorf Silê in Xakurkê. Als er die Geschichte erzählt, füllen sich seine Augen mit Tränen. Er musste miterleben, wie die Dörfer in den Tälern Xakurkê, Lolan und Xinêre durch den damaligen irakischen Staatspräsidenten Hasan Bekir gewaltsam entvölkert wurden. Hasan Bekir wurde 1978 durch Saddam an der Macht beteiligt und später von selbigem weggeputscht. Mittlerweile sind die Dörfer nicht mehr bewohnt, erzählt Ömer Hamid, aber er versuche, jeden Frühling auf die umliegenden Almen zu gehen, um diese zu beschützen.

Die kurdische Freiheitsbewegung in Qendîl

Die kurdische Freiheitsbewegung ging zu Beginn der 80er Jahre nach Qendîl. Den ersten Kontakt zu Dr. Qasimlo knüpfte Hilvan Siverek über Ostkurdistan. Der Kommandant des Widerstands Mehmet Karasungur war der erste Guerillakämpfer, der nach Qendîl ging. Die kurdische Freiheitsbewegung baute im Jahr 1982 in Lolan, zwischen Xinêre und Xakurkê, ihr erstes Camp auf. 1983 ist Yaşar Organ in dem beschriebenen Camp gefallen. Der Kommandant der Guerilla Mehmet Karasungur und sein Freund Ibrahim Bilgin waren mit den Vorbereitungen beschäftigt, der kurdischen Freiheitsbewegung den Zugang zu Qendîl zu ebnen, indem sie Infrastruktur schufen. Am 3. Mai 1983 fielen auch Karasungur und Bilgin, als sie in Cengê, der Hauptschlagader Qendîls, zwischen kurdischen und anderen Kräften vermitteln wollten. Die Gräber beider blieben zwanzig Jahre lang im Dorf Bergirkê, das zu Qendîl gehört. Genau zwanzig Jahre später, im Jahre 2003, verlegte man die Gräber von Begirkê nach Qendîl, wo eine Grabstätte für gefallene Kämpfer_innen errichtet worden war, die nach ihnen benannt ist.

Die kurdische Freiheitsbewegung hat mit ihrer Verankerung in Qendîl im Laufe der Zeit dazu beigetragen, dass sich der Kampf qualitativ maßgeblich verändert hat. Der Kampf begann nationale Ausmaße anzunehmen. Allen voran die USA, aber auch andere internationale Kräfte wollen den Konflikt klein, zersplittert und regional begrenzt halten. Im Zuge dessen haben sie auch andere kurdische Kräfte dazu bewegt, gegen die kurdische Freiheitsbewegung vorzugehen. Unter anderem war dies ein Grund für den sogenannten Bruderkrieg in Südkurdistan (Başûr), der 1992 ausbrach. Mit kriegerischen Mitteln konnte die kurdische Freiheitsbewegung nicht in die Knie gezwungen werden, doch wurde weiterhin auf einer Kapitulation beharrt. Aufgrund eines verräterischen Abkommens mussten die Kräfte der kurdischen Freiheitsbewegung aus Xakurkê nach Zelê verlegt werden. Daraufhin griffen 52 türkische Kampfflugzeuge Zelê an, wo sich die Guerilla der kurdischen Freiheitsbewegung befand. Mit diesem Angriff trat die Türkei neben Irak und Iran als dritte Besatzungskraft in der Region auf. Später systematisierte sie ihre Angriffe auf Qendîl. Die kurdische Freiheitsbewegung verstärkte ihre Bestrebungen, den Kampf auf eine nationale Ebene zu bringen. Aus diesem Grund wurde 1999 das internationale Komplott gegen den Vordenker des kurdischen Volkes, Abdullah Öcalan, initiiert. Zu Beginn der 2000er Jahre wurde weiter versucht, den wachsenden Widerstand zu sabotieren. Dies sollte zur Zerschlagung der Freiheitsbewegung führen. Im Jahr 2000 war die YNK verantwortlich für die Vertreibung der kurdischen Freiheitsbewegung aus Qendîl. Das damit erhoffte Ergebnis trat nicht ein, ganz im Gegenteil schaffte es die Bewegung, sich in Qendîl mehr denn je zu festigen. Auch unter der Bevölkerung

in Südkurdistan konnte sie Prestige und Sympathie gewinnen. Die Rolle der kurdischen Freiheitsbewegung im nationalen Kampf wurde von der südkurdischen Bevölkerung anerkannt.

Trotz der Angriffe nimmt der Kampf zu

Trotz internationaler wie auch regionaler Pläne, bei denen die Türkei die Vorreiterrolle übernimmt, und trotz anhaltender systematischer Angriffe der türkischen Besatzungskräfte auf Qendîl setzt die kurdische Freiheitsbewegung ihren Widerstand fort. Der Widerstand dieser Region wird für die Selbstverteidigung aller vier Teile Kurdistans und um die nationale Einheit geführt. Der Kampf entwickelt sich hin zu einem gemeinsamen Kampf um politische Einheit der Kurd_innen.

Die Freiheitsbewegung und die Widerstandsregion sind nun zum Ziel der faschistischen AKP-MHP-Regierung geworden. Die türkische Regierung versucht, das umzusetzen, was die kolonialen Besatzungskräfte Irak und Iran bisher nicht geschafft haben. Deswegen bleiben die Geräusche der Kampfflugzeuge, Bomben und Raketen der gesamten Region und ihrer Bevölkerung auch weiterhin nicht erspart. Die Bevölkerung von Qendîl bleibt entschlossen und sagt: »Bisher konnte uns keine Kraft aus unserer Heimat vertreiben, die Türkei wird das auch nicht schaffen. Wir werden bis zuletzt auf unserem Land bleiben und gegen sie kämpfen.« Vor kurzem wurde in Qendîl von der patriotischen Jugend die Aktion »lebende Schutzschilde« initiiert, wofür ein Zelt errichtet wurde. Ein alter Peşmerga war dort zu Besuch und sagte: »Die Türkei greift jeden Tag mit ihren Kampfflugzeugen an. Sie können auch ihre Soldaten mit Helikoptern hier absetzen. Wie die aber von hier wegkommen sollen, weiß ich nicht.« Was dieser Peşmerga damit zum Ausdruck bringen wollte, ist der Umstand, dass das Ende aller Besatzungskräfte mit einer Niederlage und Frustration besiegelt ist.

Die internationalen als auch regionalen Pläne für die Region und die anhaltenden systematischen Angriffe der türkischen Besatzungskräfte halten an. Die kurdische Freiheitsbewegung führt hier ihren Widerstand für die Selbstverteidigung aller vier Teile Kurdistans und für die nationale Einheit fort. Der Kampf beginnt immer mehr an nationaler Bedeutung zu gewinnen. Die Entwicklungen haben dazu geführt, dass die politische Einheit unter den Kurd_innen Fahrt aufgenommen hat. ♦



Bücherstand in Qendîl. Foto: KR

Der Dritte Weltkrieg und die imperialen Ambitionen der Türkei

Gesellschaftliche Organisierung und Selbstverteidigung

Evindar Cudi

Während sich der Dritte Weltkrieg im Allgemeinen global weiter verschärft, wirkt er sich im Besonderen am intensivsten auf den Mittleren Osten aus. Die Folgen dieses Krieges gemäß der »Neuen Weltordnung« der US-Hegemonie werden auch die globale Entwicklung bestimmen. Trotz aller Zerstörungen und Katastrophen wird die unterdrückte Menschheit dabei den Weg in ein neues Leben weisen.

Die Maßnahmen der USA, Chinas, Europas und Russlands wie Strafzölle und Embargos sind Zeichen einer Zuspitzung der Krise. Sehr wahrscheinlich wird diese sich dialektisch entwickelnde Situation zu vermehrten Spannungen und Konflikten führen. Insofern ist es unrealistisch, kurzfristig eine Lösung in Syrien oder einem anderen Land im Mittleren Osten zu erwarten. Das bedeutet nicht, dass Politik und Diplomatie wirkungslos seien, doch den entscheidenden Faktor machen die gesellschaftliche Organisierung und die Kraft der Selbstverteidigung aus.

Als erster Schritt auf dem Weg zu diesem Krieg gilt das Bestreben der USA, nach dem Niedergang des Realsozialismus Anfang der 1990er das Machtvakuum im Mittleren Osten und auf dem Balkan zu füllen und die damit zu Tage tretenden Widersprüche und Konflikte durch neue Bündniskonstellationen zu bewältigen.

Insbesondere im Mittleren Osten sind die USA dabei auf die Hinterlassenschaften des Realsozialismus gestoßen. Man kann sagen, dass die Trümmer des Realsozialismus auf die USA herabgestürzt sind, die sich für solch eine strukturelle Rolle vorbereiteten. Die realsozialistische Welt ist sprichwörtlich über der kapitalistischen Welt zusammengebrochen. Wie immer haben sich die USA mit dem Irrtum, dass ein Ausweg aus der Krise mit einer Neuaufteilung der Welt möglich sei, an den Dritten Weltkrieg geklammert und ihn als »Hoffnung« aus der Krise gesehen.

Der Irakkrieg bzw. der Erste Golfkrieg, der am 17. Januar 1991 mit den Luftangriffen der USA und ihrer Verbündeten begann, war der Startschuss des Dritten Weltkriegs, der heute im Mittleren Osten andauert, die spätere militärische Besetzung am 20. März 2003 war seine Fortsetzung. Doch diese Angriffe waren nicht auf den Irak begrenzt. Mit denselben Begründungen wurden Länder wie Libyen und Syrien zur Zielscheibe ihrer Kampagne. Im Jahr 2011 wurde Libyen angegriffen und das Regime von Gaddafi gestürzt, 2012 dann mit der Intervention in Syrien begonnen.

Doch sowohl in Libyen als auch in Syrien verliefen die Operationen nicht wie geplant. Mit der Zeit wurden sie ausgedehnt und intensiviert.

Die USA und ihre Verbündeten führten in Libyen und Syrien militärische Interventionen durch und trotz der neuen Situation wurden auch Methoden des Kalten Krieges aus dem 20. Jahrhundert angewandt. Nach innen versucht man politische, soziale, wirtschaftliche und kulturelle Verwirrung und Verwüstung zu stiften oder direkt Militärputsche zu inszenieren. Von außen werden offene militärische Besetzungen unternommen, die Nachbarstaaten zum Angriff angestiftet oder es werden bewaffnete Gruppen aufgebaut. Mit all diesen Mitteln will man die politische, gesellschaftliche und kulturelle Struktur verändern. Doch damit wurden bei den Interventionen im Irak und in Afghanistan nicht die gewünschten Ergebnisse erzielt. Im Gegenteil wurden den schon vorhandenen gravierenden Problemen neue künstliche Probleme hinzugefügt. Obwohl sie an allen Punkten in einer Sackgasse gelandet sind, halten sie an den Zielen fest. Da sie diese in Libyen und Syrien nicht erreichen konnten, können sie offensichtlich keine Lösung vorweisen. Ihre fruchtlose Suche nach Wegen aus der Ausweglosigkeit in Libyen und Syrien ist ein offenkundiger Beleg dafür. Ihre Bemühungen gehen nicht über eine Revision des Bestehenden hinaus und sind nur die Wiederholung des Alten, ein Zeugnis ihrer Verzweiflung.

Doch die Form und der Kurs dieses Krieges weisen Unterschiede zu früheren Kriegen auf. Die imperialistisch-kapitalistischen Hegemonialkräfte bleiben mehr im Hintergrund und beteiligen sich an einem solchen Stellvertreterkrieg über Dritte (mithilfe regionaler oder lokaler Strukturen). Mit den Veränderungen im Kriegsniveau hat sich ihre Position etwas verschoben. Die mehrdimensionalen Widersprüche des Krieges haben ihre aktivere Beteiligung am Krieg notwendig gemacht. Sie sind gezwungen, sichtbarer mitzuwirken.

Im Syrienkrieg sind die wesentlichen Beteiligten die USA und ihre Verbündeten sowie Russland und der Iran. Doch sie haben sich im Krieg eher über eine dritte Kraft positioniert, die sie unterstützten. Obwohl sie die Anstifter der krebsartigen Probleme in der Region sind, führen sie sich als unschuldige Vermittler auf, die eine »Lösung« suchen. Sie spielen eine Rolle, nehmen die regionalen Gesellschaften buchstäblich auf den Arm. Praktisches Beispiel sind die Gespräche in Genf, die sie als Lösungsplattform darstellten. Die Show war nicht erfolgreich. Erstens sind die Genf-Gespräche trotz aller Mühe ihrer Beteiligten bedeutungslos geworden, da sie nicht die Gesellschaften in der Region vertreten, welche die Lasten des Krieges tragen. Zweitens sind ihre eigene Darstellung als »Lösungskraft« und ihre Glaubwürdigkeit am Ende, denn sie sind als hegemoniale Kräfte die eigentlichen Anstifter und Kriegsakteure. Sie sind hinreichend bloßgestellt worden. Die Gespräche in Genf wurden zu einem Fiasko. Ebenso der Astana-Gipfel mit Russland, dem Iran und der Türkei – auch hier war ein Bankrott wie bei den Genf-Gesprächen unumgänglich.

Aufgrund dieser Ereignisse haben die verschiedenen Akteure die Entwicklung des Krieges und ihre eigene Position überdacht. Insbesondere die USA haben dabei Änderungen angestoßen. England und Frankreich wurden als Aktivposten positioniert und Deutschland und Italien als logistische Unterstützung eingebunden. Saudi-Arabien wurde in den Konflikt eingebracht, auf die syrischen Regimekräfte wurden Luftangriffe geflogen. Russland, der Iran und die Türkei haben die Botschaft verstanden. Sie haben ihre Position im Krieg reflektiert und sich neu aufgestellt. Im öffentlichen und nicht öffentlichen Dialog und mit Verlautbarungen wollten sie die Atmosphäre lockern und ihre Interessen schützen.

Die praktische Folge im Kriegsgebiet ist, dass sie nicht mehr mithilfe Dritter agieren, sondern selbst direkt Position beziehen und infolgedessen die verschiedenen Kriegsparteien nun auf dem Schlachtfeld miteinander konfrontiert werden. Die nach den Astana-Gesprächen entbrannten Konflikte haben diesen Trend bestätigt. Die bis dahin über assoziierte Gruppen am Krieg partizipierenden Kräfte haben nun begonnen, höchstpersönlich am Kriegsschauplatz zu erscheinen.

Es ist erkennbar, dass Russland aus dieser neuen Situation – den direkten Luftangriffen der USA und ihrer Verbündeten und ihrer direkten Einmischung – Lehren gezogen hat. Das Treffen zwischen Trump und Putin ist in diesem Zusammenhang zu sehen. Auch wenn bei den Details zum Thema Iran unterschiedliche Ansichten bestehen, gibt es eine prinzipielle Vereinbarung, den Umfang des Krieges auszudehnen. Russland spielt eine aktive Rolle, um seine Interessen zu wahren und bei der Aufteilung Syriens eine bestimmende Kraft zu werden. Anlässlich der neuen Etappe werden neue Argumente formuliert, wie ein Rückzug aus dem Gebiet. Auch der Iran nutzt eine ähnliche Rhetorik und Praxis, um sich zu schützen, seinen Status zu erhalten sowie still und gründlich seine Hegemonie über die schiitischen Strukturen im Mittleren Osten auszudehnen.

Die USA und Russland haben sich in der Region festgesetzt und versuchen das zu legitimieren. Beide zeigen an bestimmten Punkten die Tendenz, gemeinsam zu agieren. Wichtig ist, zu erkennen, dass dies die regionalen Kräfte wie die Türkei und den Iran strapaziert. Die Annäherung der beiden globalen Hegemonialmächte hat keine positiven Folgen für die regionalen Kräfte. Der Einfluss des Iran und der Türkei soll dadurch gebrochen, die Position Israels zudem gestärkt werden. Dort, wo heute Konflikte bestehen, wird eine relative Stabilität geschaffen. Durch die USA wurde der Fokus auf den Iran gerichtet. Aus Sicht der Hegemonialkräfte repräsentieren die Türkei und der Iran die Mittelostkrise und beide müssen überwunden werden. Es wird ein Konzept erkennbar, das den Iran zum Ziel hat. Doch die Umzingelungspolitik erfasst auch die Türkei. Unter verschiedenen Vorwänden kam der Iran auf die Agenda. Trotz unterschiedlicher Argumente der verbündeten Kräfte bestehen da keine grundlegenden Differenzen.

Beim Thema Iran sind sich die USA und Russland einig, beide wollen einen »Change«, aber beim Timing und der Methode sind sie unterschiedlicher Ansicht. Die Wahrscheinlichkeit ist hoch, dass sie dabei Kompromisse eingehen könnten. In diesem Sinne wird sich das Zentrum der Konflikte in Zukunft auf die Linie Iran-Irak verschieben.

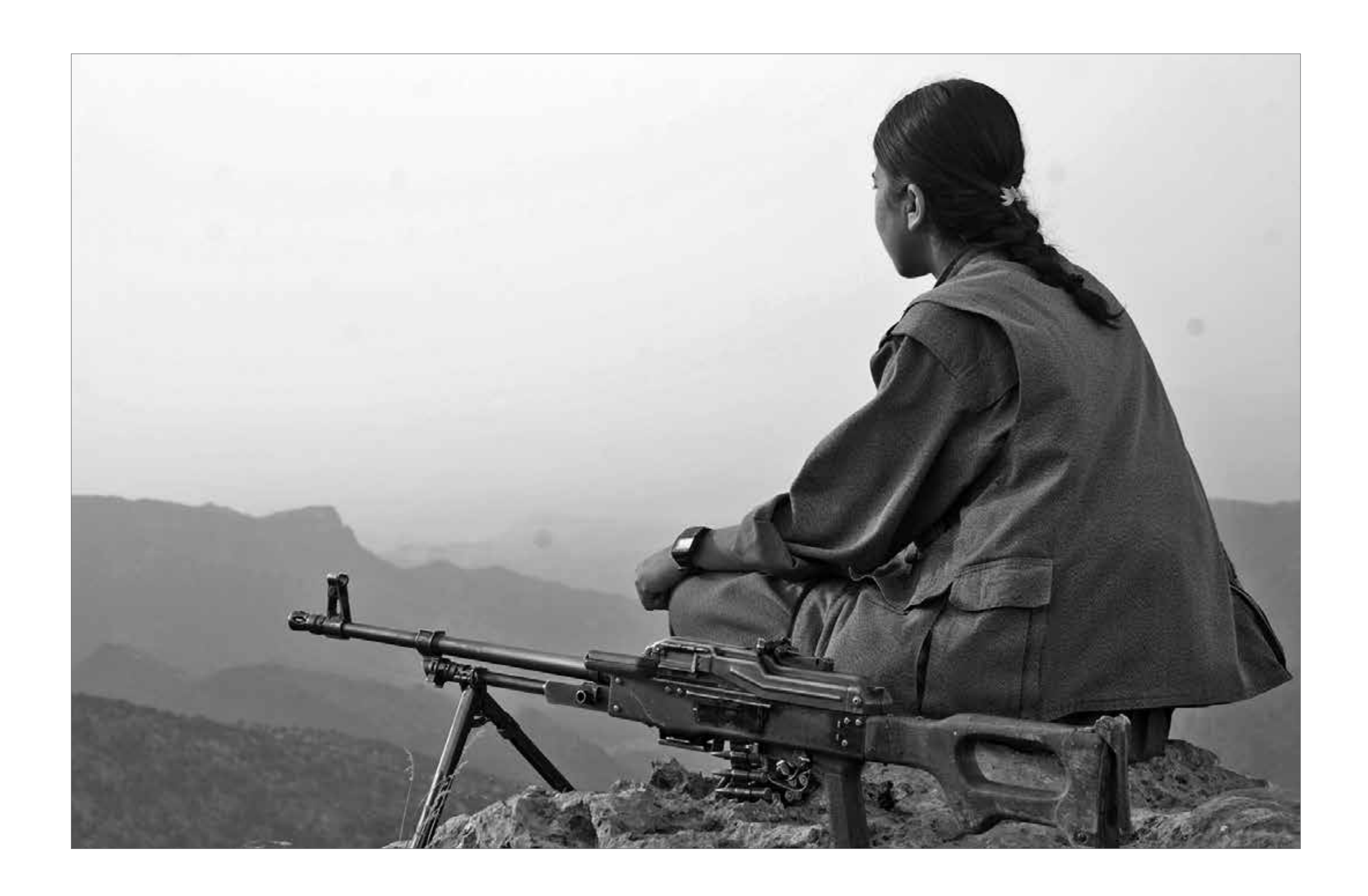
Die USA und ihre Verbündeten haben bereits begonnen, ihre Kräfte und Beziehungen zu nutzen, um das Embargo gegen den Iran auszuweiten. Japan hat seine Ölimporte aus dem Iran gestoppt. Die Politik des internationalen hegemonialen Systems gegen den Iran hält weiter an. Zuvor hatten die USA erklärt, aufgrund des Islamischen Staates (IS) in Syrien präsent zu sein, in letzter Zeit sind sie zu dem Punkt gelangt, das Land nicht zu verlassen, wenn der Iran es nicht tue. Es ist offensichtlich, dass die USA jetzt stärker gegen den Iran mobilisieren wollen. Es ist auch klar, dass die Kurden vorerst nicht auf Konfrontationskurs gegen den Iran gehen werden, wie es die

USA gern hätten. Denn sie werden für eine Demokratisierung des Iran und die Lösung der kurdischen Frage kämpfen. Bei einer ausbleibenden Demokratisierung des Iran ist eine konfliktreiche Situation absehbar. Der Iran wird die Kurden angesichts einer solchen Umzingelung nicht gegen sich aufbringen wollen. Die USA werden weiterhin eine Politik verfolgen, die Menschen im Iran zu mobilisieren und ihn außenpolitisch einzukreisen. An diesem Punkt wollen sie auch die Türkei auf ihre Seite ziehen. Doch die wird kaum vorbehaltlos einsteigen, sie wird keine militärische Option gegen den Iran erwägen,dafür aber eine Balancepolitik verfolgen. Doch der Iran wird, um die Türkei an seiner Seite zu wahren, beim Thema Kurden Kompromisse eingehen können.

Die Annahme, die Krise im Irak werde sich nach den Wahlen vertiefen, hat sich bewahrheitet, das politische Klima kommt nicht zur Ruhe. Faktoren, die die Entwicklungen im Irak bestimmen können, sind die Proteste der armen Volksschichten, die immer noch nicht gegründete Regierung und der zersplitterte politische Wille.

Die Schiiten befinden sich größtenteils im Aufstand. Die Demokratieforderungen und Aktionen zur Überwindung der Wirtschaftsprobleme der irakischen Gesellschaften halten weiter an. Die USA und der Iran versuchen dies auszunutzen, um die irakische Regierung unter Kontrolle zu bekommen. Auch die Türkei und die PKK wollen Nutzen aus der Situation ziehen. Mit dem Ansatz des Iran – z. B. die Stromzufuhr einzustellen – werden die Proteste weiter angefacht.

Darüber hinaus erklärte der kolonialistische irakische Staat nach der Niederlage des IS in Mûsil (Mosul) den Sieg der irakischen Zentralregierung. Dass dies nicht stimmt, ist mit den IS-Angriffen in der letzten Zeit jedem klargeworden. Deshalb finden in diesen Tagen im Irak heftige Gefechte statt. Es wurden intensive Luftangriffe auf die Stellungen des IS im Irak geflogen, die weiter andauern. Die Unterstützung der Türkei für den IS und die Besatzungsoperation in Südkurdistan mithilfe der PDK (Demokratischen Partei Kurdistans) sind Vorzeichen für eine neue Phase, mit der das irakische Regime konfrontiert sein wird.



Nach dem Unabhängigkeitsreferendum in Südkurdistan vom 25. September 2017 ist fast die Hälfte der Region von der irakischen Zentralregierung annektiert worden. Die Angriffe des türkischen Staates in Südkurdistan, von Zap bis nach Xakurkê und ins Innere des Landes, zeigen den Umfang möglicher Entwicklungen.

Die Türkei ist nach den Wahlen auf der Suche nach einer neuen Phase in ihren Beziehungen mit Russland und der NATO. Doch eine langfristige Politik, die auf eine Balance zwischen beiden ausgerichtet ist, scheint schwer realisierbar. Während Russland bestrebt ist, die Widersprüche der Türkei mit der NATO zu vertiefen, unternimmt die NATO neue Schritte, um die Türkei an sich zu binden. Die Kompromisse im Falle von Minbic (Manbidsch) zugunsten der Türkei hängen damit zusammen. Die Verlegung von 30.000 Soldaten an die Grenze des NATO-Landes und die Gipfelerklärung der NATO, die Türkei vor den Gefahren aus dem Süden zu schützen, spiegelt diese Politik wider. Die NATO will die Türkei wieder unter ihre zerrüttete Hegemonie holen und sich dort neu institutionalisieren. In diesem Rahmen hofft sie die Beziehungen mit Verlautbarungen und konkreten Schritten zu erneuern. Wegen der Kurden ist es schwer, die Türkei vollständig gegen Russland zu positionieren. Deshalb ist es nicht sehr wahrscheinlich, dass sich die Türkei ganz der NATO zuwendet und gegen Russland stellt. Der vollständige Zusammenschluss der Türkei mit den USA könnte zu einer antitürkischen Politik Russlands in Efrîn und anderswo führen. Die von der Türkei im Syrienkrieg unterstützen Gruppen sind nun eine Plage für sie geworden. Sie hat Schwierigkeiten, sie zu kontrollieren, und ist sich unsicher über die Folgen dieser fehlenden Kontrolle. Deshalb ist es für die Türkei nicht mehr so einfach wie früher, ihre Politik zu verfolgen. Die USA wollen in diesem Moment die Türkei auf ihre Seite ziehen und Russland eindämmen bzw. auf Syrien beschränken. Denn ohne die Unterstützung der Türkei hat Russland außerhalb Syriens in der Region keinen Einfluss. Deshalb wird die Türkei eher eine Balancepolitik verfolgen, aber nur bis zu einem gewissen Punkt.

Das alles bedeutet aber nicht, dass die dritten Kräfte außen vor gelassen werden. Es wurde ihnen sogar eine neue Mission aufgetragen, um tief verstrickt in diesen Krieg im Mittleren Osten mitzuspielen. Die Türkei als eines dieser Länder ist im Syrienkrieg de facto und offiziell zu einem Akteur geworden. Das beweist die Besetzung von Efrîn.

Der faschistische türkische Staat hat mit der Besetzung von Efrîn offen seinen »Vorstoß« zur Rückkehr zu den Grenzen des Osmanischen Reiches begonnen. Diese Angriffe sind nicht nur auf Efrîn beschränkt, sondern betreffen ganz Rojava und darüber hinaus auch Südkurdistan. Damit nicht genug, hat sie auch begonnen, einige Gebiete und Inseln Griechenlands in diesem Zusammenhang zu nennen. Alle diese Angriffe zeigen auf der einen Seite den Verfall und Niedergang des türkischen Staates und auf der anderen Seite auch die staatlichen Ambitionen zum Hundertjährigen Bestehen.

Der faschistische türkische Staat eskaliert – durch die Unterstützung internationaler wie regionaler Kräfte sowie geheime Vereinbarungen und die Zurückhaltung lokaler kollaborierender Strukturen wie der PDK – die kolonialistischen genozidalen Angriffe in den vier Teilen Kurdistans und im Ausland. Mit der Besetzung Efrîns wird versucht, Rojava zu annektieren. Der begonnene Angriff infolge der Vereinbarung des türkischen Staates mit der PDK nach dem »Referendum« vom 24. September 2017 dauert unvermindert an. Gegen diese brutalen Angriffe leistet nur die Guerilla Widerstand, um Kurdistan und die Gesellschaft zu verteidigen.

Der kolonialistische türkische Staat will mit seinen Angriffen, bei denen er all seine (technischen) Möglichkeiten ausschöpft, im Wesentlichen die Arbeit der Freiheitsbewegung torpedieren, die Beitritte zur Guerilla verhindern sowie die Bildungs- und Propagandaarbeit angreifen. Das wird alles auf schmutzige Politik und Propaganda gestützt.

Als wichtige Details müssen noch benannt werden: Der Beginn der Besetzung Efrîns durch die Türkei bedeutet die Ablehnung der nach dem Ersten Weltkrieg gezogenen Grenzen und die Rückkehr zu den Grenzen des Osmanischen Reiches, die Ablehnung des Status quo nach dem Ersten Weltkrieg und damit verbunden auch der entscheidenden Rolle Englands und Frankreichs.

Der türkische Staat nutzt die Widersprüche in der internationalen Arena, wo im 21. Jahrhundert das globale Gleichgewicht entsprechend der Neuen Weltordnung geschaffen werden soll, um von Neuem eine bestimmende Kraft im Mittleren Osten zu werden. In solcher Atmosphäre haben Frankreich und England ihre Rolle im Dritten Weltkrieg im Mittleren Osten gemäß dem US-Bündnis neu bestimmt. Ein Anzeichen dafür ist, dass Frankreich nach diesen Schritten der Türkei seine Präsenz in Syrien stärken und England auf internationaler Ebene seine Rolle bei der Bestimmung der Mittelostpolitik sichtbarer machen wird. All diese Entwicklungen bedeuten für den türkischen Staat, seine Beziehungen mit den Regionalstaaten, den internationalen Hegemonialkräften und den dynamischen Kräften in der Region neu zu bestimmen.

Seit längerer Zeit halten die Spannungen in seinen Beziehungen zu den USA an. Dasselbe gilt auch für die europäischen Länder. Die Probleme sind dabei noch nicht gelöst. Dagegen sind die Bemühungen erkennbar, die Beziehungen mit China und anderen Ländern auszubauen, das Bündnis

mit Russland zu verstärken und andere Bündnisbestrebungen mit starken Strukturen in der Region. Auch die Aktivitäten zur Stärkung der türkischen Position im Irak, in Syrien, dem Libanon, Jemen und den Turk-Republiken sind Schritte zur Überwindung der Probleme. Die Türkei sucht nach Auswegen und Strohhalmen und folgt hegemonialen Ambitionen. Sie will den politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Niedergang im Inneren mit außenpolitischen, diplomatischen Anstrengungen und vor allem durch Kriegspolitik (mit der Zustimmung internationaler und regionaler Kräfte) kaschieren.

Der türkische Staat versucht sich in diesem Kontext als zentraler Akteur. Die vorgezogenen Parlaments- und Präsidentschaftswahlen am 24. Juni, die normalerweise im November 2019 stattfinden sollten, sind eine Folge davon. Im Zusammenhang mit diesen Entwicklungen und den historischen Ereignissen und Vereinbarungen des letzten Jahrhunderts wäre es unzureichend, den türkischen Staat nur als Spezialkriegsregime zu sehen, das sich innerhalb seiner politischen Grenzen gegen die Völker organisiert. Denn mit seinen gegenwärtigen Staatsgrenzen ist er eine Gefahr für alle »Nachbar«-Staaten und -Völker. Deshalb ist er nicht nur für unsere Gesellschaft in den Teilen Kurdistans, sondern auch für Länder wie den Iran, den Irak, Syrien und Griechenland eine Bedrohung.

Der türkische Staat, der wirtschaftlich bankrott ist, politisch keine Lösungen anzubieten hat, die Gesellschaft fügig zu machen sucht, um sich auf den Beinen zu halten, und dem nichts anderes außer Krieg bleibt, dieser Staat hat für die Region nichts anderes übrig als einen Spezialkriegsapparat. Es gibt keinen Unterschied zu den Kräften, die sich mit kolonialistischer, imperialistischer Politik am Leben zu erhalten versuchen.

Aus diesem Blickwinkel heraus muss unsere Gesellschaft, die nicht in Nordkurdistan lebt, den türkischen Staat nicht als sekundären, sondern als Hauptfeind betrachten. Denn dieser Hauptfeind ist nichts anderes als ein Staat, der die Heimat der kurdischen Gesellschaft zertrümmert, ihre Reichtümer zerstört, die Errungenschaften raubt, zur Aufgabe zwingt und Massaker anrichtet. Dagegen muss sich der Widerstand richten.

In einer solchen Phase ist die Arbeit für die nationale Einheit und einen nationalen Kongress von historischer Bedeutung und lebenswichtig. Es ist eine historische und gesellschaftliche Pflicht, zusammen mit den revolutionären, demokratischen und freiheitlichen Kräften in den jeweiligen kolonialistischen Ländern eine gemeinsame Widerstandsbasis zu schaffen und auf internationaler Ebene solidarische Einheiten und Bündnisse aufzubauen.

Auf der einen Seite richtet der türkische Staat seine Existenz und Zukunft vollständig gegen unsere Gesellschaft und die regionalen Völker aus. Seinen Krieg führt er dabei zur Erhaltung des Staates. Auf der anderen Seite ist die Politik der hegemonialen Kräfte darauf ausgerichtet, die Freiheitsbewegung zu isolieren, von sich abhängig zu machen, sie ständig im Kampf mit dem IS zu halten und stellenweise dem IS den Weg freizumachen.

Aus all diesen Gründen wird die Offensive der Demokratischen Kräfte Syriens (QSD) einige Gleichgewichte erschüttern und die Türkei dazu zwingen, ihre Politik entsprechend auszurichten.

In den letzten sechs Jahren verkörperte Syrien das Zentrum der Konflikte im Dritten Weltkrieg und diese Konflikte dauern weiter an. In naher Zukunft eine nachhaltige Lösung für Syrien zu erwarten ist unrealistisch. Es ist sogar möglich, dass der Krieg neu beginnt. Bündnisse und Einheiten zwischen den Gesellschaften sind von großer Bedeutung.

In dieser Etappe ist es ein wichtiger Ansatz der Freiheitskräfte aus dem Norden und Osten Syriens, die Probleme in Syrien ganzheitlich mit der Perspektive der demokratischen Nation zu lösen. Ebenso wichtig sind eine lösungsorientierte Politik dieser Kräfte und der Dialog mit allen Kreisen. Alle Initiativen bedeuten jedoch nur dann etwas, wenn der gesellschaftliche Aufbau vorankommt. Der gemeinsame Kampf der Kurden und Araber sowie der regionalen Gesellschaften wird eine Lösung direkt beeinflussen. Auch die Selbstverteidigung der Revolution wird von nun an noch mehr Bedeutung haben. Der Ansatz bestimmter internationaler Kräfte, die Kräfte des gesellschaftlichen Aufbaus und der Selbstverteidigung für sich auszunutzen, ist bekannt. Auch die wechselnden Äußerungen des Regimes von Dialogangeboten und Drohungen sind offensichtlich. In dieser Hinsicht ist ein Ansatz des Selbstvertrauens und der gesellschaftlichen Organisierung unumgänglich.

Infolgedessen verfügen die demokratischen Kräfte zur Politikgestaltung in der ganzen Region über mehr Möglichkeiten als zuvor. Die von uns als »dritte Kraft« bezeichnete Linie der demokratischen Nation ist das Gegenmittel zur gegenwärtigen Krise und dem Chaos. Ein Ansatz, der sich vom Stil zwischenstaatlicher Politik verabschiedet und auf dem gesellschaftlichen Kampf gründet, kann zu großen Erfolgen führen. Mit dem von der kurdischen Führungspersönlichkeit Abdullah Öcalan vorgelegten Paradigma der Demokratie, Ökologie und Frauenbefreiung und der damit verbundenen Art und Weise, Politik zu betreiben, kann die von der kapitalistischen Moderne geschaffene Krise überwunden und für die unterdrückten Völker die Tür zur Lösung geöffnet werden. ♦

Das Demokratisierungsprojekt von KODAR und PJAK für den Iran

Priorität hat die Gesellschaft

KODAR/PJAK, 12.07.2018

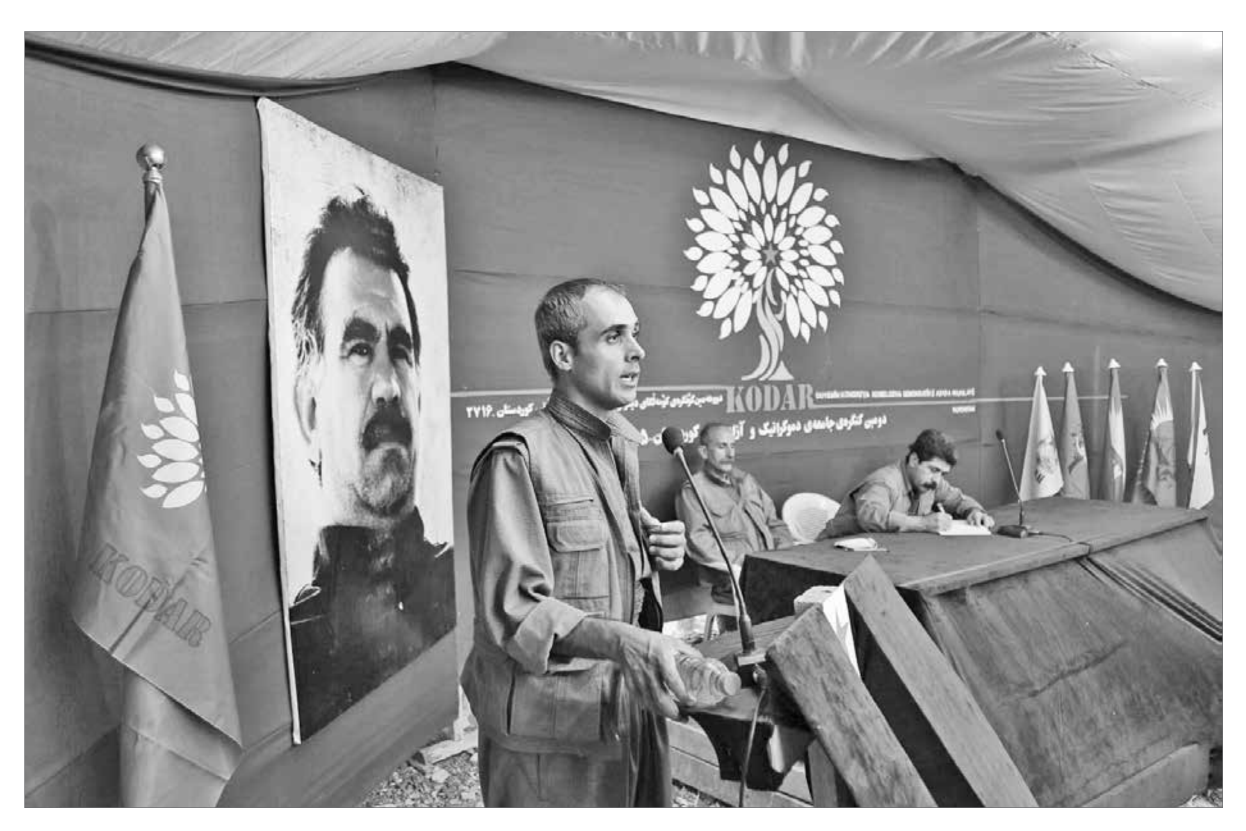
Die Demokratische und Freie Gesellschaft Ostkurdistans (Komelgeya Demokratîk û Azad a Rojhilatê Kurdistanê – KODAR) und die Partei für ein Freies Leben in Kurdistan (PJAK) haben ein umfassendes Demokratisierungsprojekt für den Iran bekannt gegeben, in dem nach einer theoretischen Betrachtung die grundlegenden Probleme des Landes festgestellt und Lösungen vorgestellt werden.

Eine theoretische Betrachtung

Der Iran ist eines der Länder des Mittleren Ostens, in denen die Geschichte der freien Gesellschaften begann, die Wiege der Gesellschaft und des Kampfes um Freiheit. Die Völker des Iran haben in diesem Zusammenhang seit jeher ein konföderales Leben gelebt. Die Geschichte dieser Geographie ist reich an mutigen Kämpfern und Kämpfen um gesellschaftliche Freiheit. Die Völker des Iran und die Kurden haben seit der Ära der natürlichen Gesellschaft bis heute eine gemeinsame Geschichte des Kampfes gegen Ungerechtigkeit und Unterdrückung. Ohne Zweifel haben sie sich in ihrer gemeinsamen Geschichte, Kultur und Mentalität in den Kämpfen gegenseitig beeinflusst. Vom Konföderalismus der iranischen und kurdischen Stämme gegen die Unterdrückung durch das Assyrische Reich in der Antike bis hin zu ihrer zeitgenössischen Verkörperung in der Revolution von 1979 sind dies eindeutige Beispiele dafür. Dieses konföderale Leben ist die wahre Essenz einer unleugbaren Einheit der Geschichte der iranischen Nationen und baut auf die gemeinsame reiche Kultur, die so untrennbar ist wie die Einheit von Zagros und Elburs.

In der zeitgenössischen Geschichte war der Iran stets ein Feld des demokratischen und linksgerichteten Kampfes. Gerade hier waren die Gesellschaftlichkeit und die Kämpfe darum sehr ausgeprägt und volksbasiert. Die Revolution von 1979 als Resultat des Kampfes aller Völker und vielfältigen Bewegungen hat eine derartige reichhaltige kämpferische Geschichte und sie hat durch die Rolle des Volkes dem 20. Jahrhundert ihren Stempel aufgedrückt. Dass die Nationen des ganzen Iran das Fundament dieser Revolution bildeten, ist Beweis dafür, dass dieser Weg heute von den gleichen Völkern weitergegangen werden muss. Essenz dieser Revolution der Völker waren Gerechtigkeit und Gleichheit, somit war es ihr möglich, die geeignetste Position gegenüber dem damaligen Regime einzunehmen. Doch mit dem Aufkommen und Einfluss der kapitalistischen Moderne hat das jetzige Regime zweifellos einen von diesen Ursprüngen (der Revolution) weit entfernten Weg eingeschlagen. Und das, obwohl sich die Revolution der Völker der kapitalistischen Moderne entgegengestellt und einen schweren Kampf geführt hatte. Das iranische Regime ließ sich jedoch auf den Krieg mit dem Irak ein, entfernte sich Schritt für Schritt von seiner gesellschaftlichen Realität und vermischte sich mit der Macht des Nationalstaats. Diese zentralistische und machtverliebte Perspektive ist die Ursache für die Verleugnung der Kulturen der Völker und ihrer Vielfalt. Wobei es sich doch beim Iran um ein Land handelt, in dem Gesellschaftlichkeit entstanden ist, in dem die Wiege des menschlichen Fortschritts stand. Aus dieser Perspektive ist in dieser Phase ein demokratisches System nötig, das alle politische, kulturelle und gesellschaftliche Vielfalt und ihren Reichtum einbinden kann, um wieder eine Volksrevolution zu ermöglichen. Fest steht, dass im Zentrum der Gesellschaftsgeschichte des Iran die Rolle der Frauen und ihrer Kämpfe entscheidend war und ist. Heute müssen die demokratischen Werte der Frauen und des Iran ihre Einheit finden, um die Weichen zu stellen für eine auf der Gesellschaft gründende Demokratie. Um diese Geschichte, diese Mentalität und diesen großartigen gemeinsamen Kampf wiederzubeleben, bedarf es unweigerlich des Geistes der demokratischen Nation als einziges, Menschlichkeit bildendes Ziel.

Damit ist der Iran nach vierzig Jahren in eine Phase des Wandels getreten. Die zerstörerischen wirtschaftlichen, politischen und gesellschaftlichen Krisen, die aus der fehlerhaften Politik des Regimes resultieren, setzen Impulse frei, deren Konsequenzen die Völker des Landes und Kurdistans zu tragen haben. Die starke Konzentration der Politik und ihre absolu-



Die Demokratische und Freie Gesellschaft Ostkurdistans (Komelgeya Demokratîk û Azad a Rojhilatê Kurdistanê – KODAR) und die Partei für ein Freies Leben in Kurdistan (PJAK) haben ein umfassendes Demokratisierungsprojekt für den Iran bekannt gegeben.
Foto: rojnews.news

te Vereinnahmung durch die Herrschenden, der Prozess der kulturellen Verwischung zwischen den kurdischen, aserbaidschanischen, belutschischen, arabischen und anderen Volksgruppen, die ungleiche Verteilung des materiellen Reichtums, die militaristische Herangehensweise unter der Führung der Revolutionsgarden in außenpolitischen wie militärischen Angelegenheiten, das alles ist ein Resultat des Chaos in den Mentalitäten und hat weit über die Krise hinaus den wirtschaftlichen, politischen und gesellschaftlichen Verfall hervorgerufen und wird unweigerlich eine explosive Volksrevolution und demokratische Transformation mit sich bringen. Dies führt zu folgenden Gefahren:

Erstens: Die Gesellschaft wird in eine Krise der Arbeitslosigkeit, des Hungers, des moralischen Verfalls, der Armut, des Niedergangs der wirtschaftlichen Produktion, des Erstarkens des Faschismus, Patriarchats und der Staatsmentalität gestürzt. Dazu kommen die Abwanderung des Intellektuellenpotenzials der Gesellschaft, die Entpolitisierung und Identitätslosigkeit der Jugend, die Verbreitung des Liberalismus, Kapitalflucht, Import- statt Produktivwirtschaft, die Konzentration des Reichtums durch das Regime und die Revolutionsgarde und die Privatisierungen mit dem Ziel wirtschaftlichen Untergangs.

Zweitens: Zerstörung der Umwelt durch Wüstenbildung und unkontrollierten Dammbau, Vernachlässigung der Wälder, Entstehung überbevölkerter Großstädte, Ausbreitung der Drogensucht und ein ineffizientes Gesundheits- und Bildungssystem.

Drittens: Die »Ein Staat, eine Fahne, eine Religion, ein Vaterland«-Politik gegen die Völker im Iran, die Zerstörung des kulturellen Mosaiks, die Herrschaft der monistischen Mentalität, die in der Grenzregion lebenden Völker wie Kurden, Belutschen und andere als Sicherheitsproblem zu behandeln, sich politischer Öffnung zu verschließen, der staatliche Druck auf zivilgesellschaftliche Einrichtungen, physische und kulturelle Angriffe auf Volksaufstände und Demonstrationen und die Verschärfung der Gewalt- und Repressionspolitik.

Insgesamt muss mit radikaler Logik gesagt werden, dass die genannten Krisen nicht nur vom Regime und der Regierung zu verantworten sind. Unter Einbeziehung der externen Di-

mension, des kapitalistischen Systems und der globalen liberalen Mentalität muss festgestellt werden, dass diese genauso schuldig und menschenfeindlich sind. Genauso sehr wie das kapitalistische System weltweit, das die Völker in die Sklaverei getrieben hat, spielt das Regime im Iran als Erscheinungsform dieses Systems im Inneren eine ähnliche Rolle. Das kapitalistische System und das iranische Regime sind gleichermaßen Täter.

In diesem Chaos wird im Mittleren Osten, mit Kurdistan im Zentrum, zwischen den Mentalitäten der kapitalistischen und der demokratischen Moderne der Dritte Weltkrieg ausgefochten. Die Regional- und Weltmächte spielen die kurdische Karte aus, um die Völker des Iran, Syriens, des Irak, der Türkei und Kurdistans auszunutzen. Aus diesem Grund bekämpft der Iran aus eigenem Interesse die Kräfte des globalen Kapitalismus und die Kräfte des dritten Weges, also die Völker Kurdistans, des Iran und der Region, mit dem Projekt des »schiitischen Halbmonds«, der vom Jemen bis zum Libanon reicht. Dieser Krieg steht im Begriff, nach Afghanistan, Syrien und dem Irak nun auch in den Iran überzuschwappen. Das iranische Regime begegnet diesem Risiko mit den außerhalb des Landes operierenden Al-Quds-Einheiten und innerhalb des Landes mit Repressionspolitik. Der Dritte Weltkrieg ist in seinen psychologischen, wirtschaftlichen, politischen und gesellschaftlichen Dimensionen längst im Iran angekommen und es zeichnet sich eine Perspektive des Krieges und zerstörerischer Militärinterventionen ab. Es gibt kein Zurück außer durch eine vernünftige humane Praxis der Islamischen Republik, die sich durch eine Akzeptanz der Forderungen der Bevölkerung abzeichnen muss. Ostkurdistan wird wie auch der Iran zum Schauplatz dieses Kampfes der Regional- und Großmächte werden. Die Völker des Iran dürfen die massenmörderischen und ausbeuterischen Szenarien ausländischer und inländischer Kräfte in keinster Weise tolerieren.

Im Inland unterdrückt und verführt der Nationalstaat und im Ausland warten die amerikanischen und europäischen Supermächte nur darauf, den Iran in ein zweites Syrien zu verwandeln und sich Energieressourcen und Einflusssphären zu sichern. Die iranischen Oppositionskräfte, links wie rechts, streben nur einen Umsturz an und haben keine klaren Programme für die Zukunft. All dies vernichtet das Aufstandspotenzial der Völker. Die Weltmächte schreiben gerade mit psychologischem und realem Krieg ihre Rezepte für die Völker.

Angesichts dessen steckt Kurdistan in den Krallen eines kulturellen Genozids und steht auf dem Schlachtfeld eines von westlichen und konservativen regionalen Staaten geführten Krieges. Das kurdische Volk führt einen Aufstand für die Erfüllung seiner Rechte und die demokratische Autonomie und steht entschieden Seite an Seite mit den Völkern des Iran. Die Freiheitsbewegung Kurdistans verfolgt einen Lösungsansatz und eine Transformation, die die Dinge radikal und an den Wurzeln ändern. Der iranische Staat, die Opposition und die Weltmächte haben jedoch kein demokratisches Projekt ohne Krieg. Ihre Optionen sind Embargos und Krieg. Die Folgen und Lasten dieser zutiefst opportunistischen Optionen wird nur die Gesellschaft zu tragen haben.

Der demokratische Aufstand des Volkes

a) Die Völker: Um die Krise des Iran und Kurdistans zu bewältigen, bedarf es interner wie externer Projekte, doch darf weder die Gesellschaft noch die Freiheitsbewegung zerstörerische, zentralistische und undemokratische Projekte von innen oder außen akzeptieren. Im Verlauf der Transformation im Iran werden die internationale Gemeinschaft und das jetzige Regime gewiss eine Rolle spielen, die Initiative muss jedoch bei den Kämpfen des Volkes liegen. Die amtierende Regierung, die sich dem konservativen Lager gegenüber als Unschuldige darstellen will, wird angesichts des Volksaufstandes nur als Verliererin dastehen. Die Krisen haben dazu geführt, dass das Potenzial für eine demokratische Lösung vorhanden ist, die Regierung versucht diese jedoch auszubremsen. Für die Völker des Iran sind die demokratische Nation und die demokratische Selbstverwaltung die grundlegendste Unausweichlichkeit. Eine Demokratie der Gesellschaft und der Völker ist ohne lokale Demokratie inakzeptabel.

b) Der Aufstand der Völker ist der wichtigste Schritt für die Demokratie: Die landesweiten Aufstände vom Frühjahr, die noch in Form von Streiks und Protestaktionen von verschiedenen Schichten, Arbeitern, Frauen und Jugendlichen anhalten, sind eine demokratische Politik und ein wirklicher Kampf, der in der Kontinuität der Kämpfe vergangener Jahrzehnte steht und nun eine radikale Erhebung erlebt. In diesem Volksaufstand ist sehr wohl verstanden worden, dass das Problem in den Mentalitäten des Staates und der Opposition zugleich liegt, und so wird dafür gekämpft, zu sich selbst und seiner wahren Identität zurückzufinden. Keine aus- oder inländische Kraft kann einem solchen Aufstand trotzen. Er ist eine gemeinsame Erhebung, um eine gemeinsame und freie Mentalität der Völker zu schaffen, für ein freies, schönes und gutes Leben. Die Organisationen des Volkes, die Frauen und die Jugend sind die rechtmäßige und aktive Avantgarde dieses Aufstands. Die Entscheidungen des Volkes müssen dabei radikal sein, denn weder kann das iranische Regime so wie in der Vergangenheit bleiben noch die Opposition. Nur die Bevölkerung und die Straße können die gesellschaftlich-politischen Krisen lösen. Sogar eine politische Öffnung ist nur durch die Gesellschaft praktizierbar. Denn weder hat der Staat die Kraft zu fliehen noch das Volk, sich vor der Pflicht des Aufstands zurückzuzie-

hen. Das Subjekt der Transformation im Iran und in Kurdistan sind die Völker selbst, somit sind weder begrenzte Proteste der Bevölkerung ausreichend noch verlogene Zugeständnisse des Staates. Um die Kämpfe der Völker zu verfälschen und auszubremsen, ist der Staat zu allem bereit.

Und doch ist es möglich, eine Lösung und eine demokratische Transformation ohne Staat und ausländische Kräfte zu erreichen: Wenn der Staat die Rechte und Freiheiten der Völker nicht akzeptiert, sind sie es selbst, die sich für die Demokratisierung ihres Landes erheben werden. Die Völker werden nicht beim Staat um Demokratie betteln, sie wird das Resultat ihres harten Kampfes sein.

c) **Aufklärungskommission:** Um die Probleme des Landes friedlich zu lösen, bedarf es einer Aufklärungskommission, die sich aus der Bevölkerung und der Gesellschaft zusammensetzt. Ihre Aufgabe wird es sein, ausländische Interventionen zu verhindern und die Krise demokratisch zu bewältigen. Damit sich nicht ein Szenario wie in Syrien wiederholt, wo die Kämpfe der Völker bedroht sind.

d) **Zivile demokratische Organisationen:** In einem demokratischen Prozess gehören die zivilen demokratischen Organisationen zur gesellschaftlichen Opposition. Sie dürfen sich nicht als Gefolgschaft oder Parallele des Staates begreifen. Sie sind selbstverwaltete und wirksame Existenzen, die das Fundament gesellschaftlicher Arbeit bilden. Eine Gesellschaft, die sich mit dem Staat verbindet, verliert ihre Realität. Die Einheit der Völker auf den Straßen, bei den Protesten und Streiks, ist eine praktische Übung in demokratischem und Selbstverwaltungswillen der Gesellschaft. Die jetzigen Kämpfe repräsentieren die Suche nach der demokratischen Moderne als Alternative zur kapitalistischen Moderne. Gegenüber dem iranischen Staat und dem globalen Kapitalismus verkörpert die Gesellschaft eine dritte, nicht eingliederbare Kraft. Sollte dies dennoch geschehen, wird uns ein Schicksal wie in Syrien, dem Irak und Afghanistan erwarten. Der einzige Weg sind die demokratische Autonomie und die Selbstverwaltung der Völker im Iran und in Kurdistan.

e) **Die Frauen:** Die Frauen, die sich im Januaraufstand radikal erhoben haben, bilden den Kern demokratischer und autonomer Kämpfe in der Gesellschaft. Die Frauenfeindlichkeit des Regimes nimmt ungeahnte Züge an. Die Geschichte der Revolutionen im Iran jedoch beweist die große Rolle der Frauen und macht eine demokratische und freie Zukunft ohne ihre Freiheit undenkbar.

f) **Die Jugend:** Die Jugend ist nach den Frauen das größte Opfer des herrschenden Regimes, sie ist die treibende Kraft für den Kampf und den Aufstand gegen die Krisen. Sie wird



Der Aufstand der Völker ist der wichtigste Schritt für die Demokratie … Foto: rojnews.news



sich nicht von projektlosen Strömungen verführen lassen, die nur einen Umsturz im Sinn haben. Die Jugend ist der zentrale gesellschaftliche Faktor für die Lösung der Probleme und darf keine zerstörerischen Szenarien des Auslands akzeptieren.

Lösungswege von KODAR und PJAK

Die Demokratische und Freie Gesellschaft Ostkurdistans (KODAR) als Teil der revolutionären Welle des Iran und Ostkurdistans ist sich der Missstände im Lande, der Bedrohungen und Perspektiven bewusst. Unser System besteht aus dem Körper des demokratischen Konföderalismus und dem Geist der demokratischen Nation. Demokratische Selbstverwaltung und lokale Demokratie können damit umgesetzt werden. KODAR kämpft für die Freiheit der Völker im Iran und in Ostkurdistan. Dieses System hat ein demokratisches Projekt jenseits von Krieg. Somit sind Bekenntnisse des herrschenden Regimes ungenügend, dass eine nationale Frage bestehe, im Besonderen die kurdische Frage. Wir fordern von ihm praktische radikale Schritte, doch haben wir eine kämpferische Haltung, wir werden um nichts betteln. Die PJAK (Partei für ein Freies Leben in Kurdistan) als Avantgarde der Realisierung demokratischer Politik ist bereit, für die Freiheit der Völker im Iran und in Ostkurdistan demokratische Lösungswege zu beschreiten. KODAR und PJAK fordern von der Regierung eine politische Öffnung und sind bereit, eine friedliche Lösung für die Frage der Völker und der Kurden im Rahmen der demokratischen Nation und demokratischen Autonomie anzustreben.

Erstens: primär die Gesellschaft

Jede Kollaboration in den Fragen von Freiheit, Demokratie und Gesellschaft wird als Verrat gewertet.

Der Kern des Widerstands ist die Gesellschaft. KODAR bietet ihren Lösungsvorschlag als richtigen Weg des Kampfes weniger dem Staat als vielmehr der Gesellschaft und den Völkern an. Priorität hat die Organisierung der Gesellschaft; jedes Projekt, bei dem nicht die Völker im Fokus stehen, wird als Ablenkungsversuch gewertet. Die Gesellschaft hat dabei etliche grundlegende Probleme: Staat und Macht, Politik und Moral, Mentalität, Wirtschaft, Industrialismus, Ökologie, Familie, Frauen, Bevölkerung und Sexismus, Verstädterung, Klasse und Bürokratie, Bildung und Gesundheit, Militarismus, Frieden und Demokratie. Diese gemeinsamen Probleme bestehen alle im Iran, in Kurdistan und sonst wo auf der Welt. Der kulturelle Islam als Kontrast zum nationalstaatlichen Islam hat in der iranischen Gesellschaft einen hohen Stellenwert und vereint sich mit den gesellschaftlichen Werten von KODAR, denen Freiheit und lokale Demokratie zugrunde liegen.

Zweitens: KODARs Projekt der demokratischen Nation

Die Kämpfe von Nationen, die einen eigenen Staat anstreben, oder von Staaten, die eine Nation konstituieren wollen, sind die blutige Realität unseres Zeitalters. In dieser Situation bildet die demokratische Nation eine Zusammenkunft von Menschen gleicher Mentalität. In einer solchen Nation sind Sprache, Religion, Kultur, Markt und politische Grenzen unbedeutend. Die Mentalität ist die entscheidende Grundlage. Das Bewusstsein für »Solidarität und Freiheit« ist das Wichtigste. Die Mentalität bedarf jedoch einer Körperschaft, in der demokratischen Nation wird sie durch die demokratische Autonomie gewährleistet, weil sie auf Freiheit und Solidarität baut. Gesellschaften, die sich aus freiem Willen, basierend auf einer gemeinsamen Mentalität, selbst organisieren, erreichen die demokratische Autonomie. Die politische Autorität der Verwaltung der Völker ist die autonome demokratische Verwaltung, KODAR ist der Anteil der Kurden an diesem Modell. Das Wichtigste dabei ist, dass die demokratische Nation mehrere Dimensionen abdeckt – Kultur, Politik, Wirtschaft, Gesellschaft, Recht, Diplomatie, demokratische Kommunen,

freie Individuen, gemeinschaftliches freies Leben und natürliche Selbstverteidigung.

Drittens: KODARs Positionen zum Kampf

Das Ziel von KODAR ist die Realisierung von lokaler Demokratie und Freiheit auf der Grundlage der demokratischen Autonomie. Somit werden der Iran und sein Regime in der jetzigen Verfasstheit nicht akzeptiert. KODAR wird den eigenen Kampf nicht nach dem Machtstreben anderer richten. Die Perspektive des Projekts sind die Kämpfe der Völker, sie können nicht Objekt von Kompromissen und Opfer sinnloser Kriege werden. Allerdings ist die Option der legitimen Selbstverteidigung und der demokratischen Aktion der Gesellschaft unausweichlich, sollte sich das herrschende Regime nicht auf eine friedliche Lösung einlassen. Die Gesellschaft wird selbst zur Akteurin, implementiert ihr System der demokratischen Autonomie und demokratisiert das Land. KODAR ist mehr als die Struktur einer Partei, es ist ein System, mit einem iranisch-kurdischen Projekt für alle Völker.

Viertens: die Lösung der kurdischen Frage

Die Kurden haben keine Ausweichmöglichkeit vor der »greifbaren Freiheit«. Weder kann das Regime im Iran vor der konfliktreichen Situation flüchten noch können die USA und der westliche Block die Rolle der Kurden verleugnen und ignorieren. Diese bilden ein Potenzial für die Errichtung der demokratischen Moderne als Gegenentwurf zur kapitalistischen Moderne, KODAR will keine Parteien und zivilgesellschaftlichen Organisationen davon ausschließen. Mit ihrer nationalen Einheit werden sich die Kurden im Einklang mit der Einheit aller Völker des Iran befinden.

KODAR ist den demokratischen Forderungen der Gesellschaft verpflichtet. Es werden niemals kurdische Projekte akzeptiert werden, die zur Spaltung und einer Einschränkung der demokratischen Partizipation des Volkes führen, sie ist jedoch offen für lösungsorientierte Projekte. KODAR steht ein für eine grundsätzliche Veränderung anstatt Mäßigung und Reformismus oder Konservatismus.

Dadurch ist die Politik von KODAR dynamisch geblieben, die Vorhersagen und Stellungnahmen richtig und weitsichtig. Die nationale Einheit der Kurden und die Einheit der Völker im Iran zur Lösung der historischen Probleme bedarf nach Ansicht von KODAR eines gemeinsamen Projekts, gemeinsamer Philosophie und Mentalität. Somit stellt sich KODAR gegen Alleingänge und nimmt die demokratische Partizipation iranischer und kurdischer Kräfte zum Ausgangspunkt. Die zivilgesellschaftlichen Organisationen spielen eine den Parteien gleichwertige Rolle, um an den Lösungsprozessen mitzuwirken. Sie sind Teil der Opposition und Grundlage der föderalen Zivilgesellschaft im Gegensatz zu staatlichen Organen.

Nach der Ansicht von KODAR sind die legitimen Selbstverteidigungskräfte eine transparente Kraft, die der Demokratisierung dient; sie sind keine Kriegstreiber und arbeiten nur für die Verteidigung und den Dienst am Volk.

Fünftens: praktische Dimensionen des Lösungsweges von KODAR

KODAR wird sehr transparent und radikal Dimensionen anführen, die für die Lösung der Probleme Kurdistans und des Iran unumgänglich sind. Die einzige wirkliche Lösung liegt in »der Demokratie und Demokratisierung des Iran, der Verfassung, ihrer Demokratisierung und dem Übergang zur demokratischen Nation«. KODAR erklärt sich für eine friedliche Lösung der Probleme im Rahmen eines für die Demokratie offenen Staates bereit, das angestrebte Modell wird die politisch-kulturelle Gesamtheit des Iran erhalten. Garanten der Demokratisierung sind die folgenden Aspekte:

1) **Rechtlich:** Die aktuelle Verfassung muss in eine demokratische Verfassung umgewandelt werden. Die Rechte der Völker, Religionen, Frauen und anderen Vielfalt müssen garantiert sein. Die Rechte des Einzelnen und des Kollektivs sind in der Gesellschaft untrennbar. Jede Separation transportiert Unterdrückung und Ausbeutung, dementsprechend müssen die individuellen und kollektiven Rechte klar und transparent definiert werden.

2) **National-indigen:** Die gemeinsame Heimat und ihre Gesamtheit müssen so definiert werden, dass sie nicht nur einer religiösen oder ethnischen Gruppe dienen. Sie müssen alle Religionen, Ethnien, freien Individuen und demokratischen Bürger beinhalten. Aus nationaler und indigener Sicht ist die gemeinsame Heimat der Lebensraum einer ökologischen, ökonomischen und demokratischen Gesellschaft, und alle Diversitäten müssen sich darin frei am politischen Leben beteiligen und partizipieren können.

3) **Gesellschaftlich:** Die Gesellschaft hat notwendige Bedürfnisse: bei Bildung, Gesundheit, Sport, Kultur und Recht. In diesen Bereichen positioniert sich die Gesellschaft in Beziehung und Konkurrenz zum Staat. Es ist klar, dass die bestehenden Institutionen ineffizient sind. In diesen Bereichen sind Sprache und Ethnizität kein Problem. Die Kurden werden die kurdische Sprache und ihre Bildungsinstitutionen im Rahmen der demokratischen Nation entwickeln. Sie und die Völker

des Iran gehören zur kulturellen Gesamtheit des Landes und Kurdistans; ohne sie wäre jede Bestrebung unvollständig, also muss es gemeinsame Lösungen geben.

4) **Die Freiheit der Frau:** Im Iran werden Frauen im rechtlichen, politischen, wirtschaftlichen und Verwaltungsbereich diskriminiert. Die patriarchale Mentalität und der Staat tragen dafür Verantwortung. Ohne die Abschaffung dieser Diskriminierung ist keine Demokratie möglich. Die Rechte der Frauen wie Organisierungs- und Redefreiheit und ihre Forderungen müssen rechtlich garantiert werden. Ohne die Lösung der Frauenfrage kann von einer Lösung keine Rede sein.

5) **Sicherheitspolitisch:** Dieser Bereich beeinflusst auch alle anderen. Die Kurden sind von Vernichtung bedroht und ihre Freiheiten wurden ihnen genommen. Deshalb muss eine Sicherheitsgarantie gegeben werden, die an sich jedoch nicht ausreicht. Sollte die Lösung der kurdischen Frage akzeptiert werden, müssen die Sicherheitsorgane radikal umgewandelt werden. Das bedeutet nicht, dass es keine legitime Selbstverteidigung geben soll. Die natürlichen (legitimen) Verteidigungskräfte stellen eine Möglichkeit zur Koexistenz dar und keine Bedrohung für die gesellschaftliche Sicherheit der Indigenen und die Demokratisierung von Iran und Kurdistan.

6) **Wirtschaftlich:** KODAR verteidigt die Gesellschaft und die Natur mit einer Perspektive der kommunalen Wirtschaft gegen die Eliten und Monopolisten. Die Vergesellschaftung kollektiver Arbeit zur Bedürfnisbefriedigung ist die wahre Wirtschaft. Notwendige ökonomische Beziehungen stehen anstelle von Profitgier und Konsumismus. Die Diskriminierung der Peripherie muss aufhören und der gesellschaftliche Reichtum gerecht verteilt werden.

7) **Ökologisch:** Industrialismus, Monopolkapitalismus und profitgierige Ausbeutung der Umwelt führen uns zu einer unwiderruflichen Katastrophe. Unkontrollierter Dammbau, Wüstenausbreitung, Zerstörung der Wasserquellen usw. bedürfen der demokratischen Bestrebung einer moralischen Entscheidungsfindung auf gesellschaftlich-staatlicher Ebene. KODAR hat dazu ein ökologisches und demokratisches Paradigma, das eine strukturelle Veränderung fordert.

8) **Diplomatisch:** KODAR ist ein gutes Beispiel für einen demokratischen Lösungsweg im Iran. Ohne Beachtung der ethnischen Unterschiede können die Probleme im Iran nicht gelöst werden. Von jeher war der Blick auf die Kurden und Kurdistan mit Separatismus verbunden, was einer Antipropaganda gleichkommt. Ganz im Gegenteil, KODAR ist ein System, das ohne Grenzveränderung, ohne Krieg und Militarismus eine konvergierende und alle Völker einschließende Organisierung zu schaffen versucht. Dieser Lösungsweg richtet sich nicht gegen den Staat, der demokratische Konföderalismus ist eine Gemeinschaft der Zivilgesellschaft.

Resultat:

Um die gesellschaftlichen Probleme zu lösen, muss in der gesellschaftlichen Administration zwischen Machtstreben und demokratischer Autonomie differenziert werden. Bei der Lösung gesellschaftlicher Probleme muss zwischen einer Leitung der Gesellschaft mit machtbasierten Methoden und der demokratischen Selbstverwaltung differenziert werden. Es sind zwei verschiedene Leitungsvarianten und zwei verschiedene Paradigmen. Die machtbasierte Leitung nimmt den Individualismus zur Grundlage, zerstückelt die Gesellschaft und vertieft die Krise. Mit dem Paradigma der demokratischen Nation nimmt KODAR alle Völker und ihre Unterschiedlichkeiten in den Blick und ist auf einen Kampf für gesellschaftliche Freiheit orientiert. Jeder Bürger der demokratischen Nation hat dabei drei Pflichten: 1. intellektuelle, 2. moralische, 3. politische. Mit diesen drei Eigenschaften können die oben genannten Probleme gelöst werden. Jenseits dessen ist der Übergang zu einer demokratischen Verfassung notwendig. Die Verfassung muss ganz klar den Iran als gemeinsame Heimat aller Völker, Geschlechter, Religionen und Identitäten erklären und dafür praktische Garantien benennen. Totalitarismus ist inakzeptabel. Die Avantgarde sind die Völker des Iran und das Recht auf Aktion ist ihnen vorbehalten. Nur mit dem Fokus auf die Gesellschaft und die Umsetzung ihrer Forderungen kann eine Lösung möglich sein.

KODAR ist eine Repräsentanz des Volkes unter der Führung der gesellschaftlichen Gruppen und der Intellektuellen. Das Problem von KODAR mit dem herrschenden Nationalstaat ist eines von »Legalisierung« und »Anerkennung«. Obwohl die Priorität bei der legalen und demokratischen Organisierung liegt – wenn die Nichtanerkennung autoritäre Eingriffe des Nationalstaates zur Folge haben sollte, wird es zu Spannungen und Auseinandersetzungen kommen. Sollte den genannten Forderungen des Volkes nach Legalisierung und Anerkennung nicht nachgekommen werden und sollten ganz im Gegenteil Ignoranz, Verleugnung, Vernichtung und Unmenschlichkeit zum Einsatz kommen, dann steht außer Frage, dass KODAR zur Durchsetzung der Autorität und Verwaltungsstrukturen keine Form des Kampfes unterlassen wird. ♦

Das nahende Ende des Status quo in Südkurdistan

Eine Entscheidung für oder gegen die Gesellschaft steht an

Rojbin Ekin

In jedem Teil Kurdistans, das seit Jahrhunderten geteilt ist, gab es einen lange währenden Widerstand gegen die Politik des Genozids und der Assimilation. Auch in dem Teil, den man Südkurdistan nennt, hat der Freiheitskampf der kurdischen Gesellschaft viele Jahre eingenommen und kostete viele Opfer. Sowohl das irakische Baath-Regime als auch der kontinuierliche interne Krieg und Ausnahmezustand haben tiefe Wunden gerissen und für hohe Verluste gesorgt. Doch in den letzten 26 Jahren, also seit dem 19. Mai 1992 bis heute, wurde das Parlament aufgebaut und begonnen, sich selbst zu verwalten. Das Selbstbestimmungsrecht jedes Volkes und die damit verbundenen Phasen waren und sind zweifellos sehr schmerzhaft. Ich habe zwei Jahre lang als Journalistin in Südkurdistan gearbeitet. Ich bin vertraut mit der politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Struktur. Ich hielt mich in einer Phase vor Ort auf, als die inneren politischen Auseinandersetzungen sehr intensiv waren, die wirtschaftliche Krise sich permanent vertiefte und die Proteste der Gesellschaft gegen die irakische Zentralregierung und die kurdische Regionalregierung mit jedem Tag zunahmen. Die seit 2015 zu verzeichnenden Protestkundgebungen und Reaktionen dauern immer noch an.

Die politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Instabilität führt in der regionalen Gesellschaft zu Zukunftsängsten und Hoffnungslosigkeit, die die Menschen zum Verlassen ihrer Heimat veranlassen. Die Wut richtet sich nun gegen die Regionalregierung. Wenn die wechselnde Regierung sich nicht auf Demokratie, Freiheit, Gleichheit und Gerechtigkeit stützt, führt das zur gegenteiligen Entwicklung. Es wird die gefährlichste Form der Macht und verursacht große Verluste in der Gesellschaft. Der emotionale Bruch und die Hoffnungslosigkeit werden verstärkt. Wir wollen nun eine kurze Zusammenfassung der momentanen politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Situation in Südkurdistan angehen.

Südkurdistan ist geographisch und politisch zwischen zwei großen politischen Parteien aufgeteilt. Der historische Widerspruch und Konflikt zwischen der PDK (Demokratische Partei Kurdistans) und der YNK (Patriotische Union Kurdistans) haben die kurdische Gesellschaft in zwei und in den letzten Jahren sogar in noch mehr Teile gespalten. Die Innen- und Außenpolitik der YNK und PDK haben die Menschen in Südkurdistan diesen politischen Strukturen erheblich entfremdet. Deshalb entstehen neue politische Gebilde und die alternative Politik organisiert sich an der Basis. Gorran, Neveya Nû, Tevgera Azadî und etliche weitere politische Strukturen haben sich einer alternativen Politik zugewandt. Dabei ist die Politik von PDK und YNK sehr einflussreich, nicht gesellschaftsbasiert, sondern mehr auf engstirnigen Familien- und Stammesinteressen beruhend.

Die Selbstbehauptung dieser beiden Kräfte in Südkurdistan ist bis heute problematisch. YNK und PDK haben die militärische Organisierung aller politischen Strukturen mit kriegerischen Mitteln zerschlagen. So wurden sie zu den beiden zentralen Kräften im politischen und wirtschaftlichen Bereich. Diese beiden wesentlichen Stützen der föderalen kurdischen Regionalregierung haben sich bis zum Jahr 1997 heftig bekriegt. Die PDK, die bis dahin Hewlêr (Erbil) unter Kontrolle hatte, verdrängte die YNK von dort. So wurde der Entstehung der als »grün« und »gelb« bezeichneten Gebiete, in die das kurdische Regionalgebiet politisch, militärisch und gesellschaftlich gespalten ist, der Weg bereitet. Das »grüne« Gebiet untersteht der Kontrolle der YNK, das »gelbe« der PDK. Auch wenn in Letzterem andere politische Strukturen zum Teil die Möglichkeit finden, sich zu organisieren, ist die Region militärisch und politisch vollständig PDK-kontrolliert. Folglich kann keine Struktur oder Einzelperson, die gegen die Regierung gerichtet ist, Lebens- und Organisationsraum finden, um sich zu artikulieren. Das YNK-kontrollierte »grüne« Gebiet ist im Vergleich zum »gelben« flexibler, so dass andere politische Ausrichtungen Raum zur eigenen Organisierung und Entfaltung finden können.

Nach dem Ende der Präsidentschaft von Mesud Barzanî am 20. August 2015, der aber de facto immer noch diese Tätigkeit ausübt, und der Einstellung der Auszahlung der der Autono-

men Region offiziell zustehenden Transferzahlungen der irakischen Zentralregierung wurde eine schwere politische und wirtschaftliche Krise eingeleitet. Danach breiteten sich Proteste der Beamten in der »grünen« Region aus.

Der Parlamentspräsident Yusuf Mohammed von Gorran konnte seine Aufgabe nach Beginn der Proteste im August 2015 seit dem 17. Oktober desselben Jahres aufgrund der Intervention der PDK nicht mehr erfüllen und das kurdische Regionalparlament ist außer zu einigen wenigen spezifischen Sitzungen nicht mehr zusammengekommen. Da die PDK die Gorran-Partei für die Proteste, die mit der politischen Krise begannen, verantwortlich machte, wurde Gorran mit nicht legalen Methoden aus der Regierung gedrängt. Einschließlich Parlamentspräsident wurden fünf Gorran-Minister ihres Amtes enthoben.

Die Widersprüche zwischen den Parteien und die undemokratischen, despotischen und hegemonialen Ansätze der PDK wurden zum Hindernis für die Lösung der politischen Krise. Trotz regelmäßigen Austauschs zwischen den Parteien und Versöhnungsbestrebungen haben die weiterhin bestehende Kontrolle der PDK über das Präsidentenamt und den Regierungsvorsitz sowie ihre Bemühungen, Gorran politisch unwirksam zu machen, zur Verschärfung der andauernden Krise geführt. Im September 2018 werden die Parlamentswahlen erwartet.

Die politische und wirtschaftliche Krise hat sich am stärksten auf die Gesellschaft ausgewirkt. Die zunehmend verarmende und von Zukunftsängsten geprägte Bevölkerung will ihr Land, für das sie so viele Opfer gebracht hat, verlassen. Seit dem Jahr 2015 herrscht eine starke Migration aus dem kurdischen Autonomiegebiet. Vor allem Jugendliche sind davon betroffen und bewirken eine Dynamik zur Veränderung. Sie verlieren ihr Zugehörigkeitsgefühl. Die Verschärfung der politischen und wirtschaftlichen Krise führt zu einer großen gesellschaftlichen Krise. Die Frauen sind vollständig aus dem politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Bereich verdrängt. Sie sind mit großer Ungleichheit, Gewalt und Massakern konfrontiert. Die Selbstmordrate steigt und der gesellschaftliche Druck auf Frauen und Jugendliche wächst stetig.

Die Region verfügt über große Ölreserven und landwirtschaftliche Flächen, doch die Menschen bekommen keinen Anteil aus den Gewinnen. Auch wenn sie die landwirtschaftlichen Flächen nutzen, können sie die Produkte weder auf dem Binnenmarkt verkaufen noch exportieren. Denn die kurdische Regionalregierung importiert alle Waren aus der Türkei und dem Iran. Nur zwei Jahre zuvor konnte sie mit Eigeninitiative eine Tomatenfabrik in Helepçe (Halabdscha) eröffnen. Dass der Markt in der Autonomen Region Kurdistan nur aus iranischen und türkischen Waren besteht, hat ohne Zweifel auch politische Gründe. Es hängt genauso mit den politischen und wirtschaftlichen Abkommen zusammen, die PDK und YNK mit den beiden Ländern geschlossen haben. Die Politik der YNK im Schatten des Iran und die der PDK im Schatten der Türkei haben sich auch auf den wirtschaftlichen Bereich ausgewirkt.

Diese Beziehungen haben eine lange Vergangenheit, im Falle der Türkei reichen sie bis zur Phase 1989 bis 1993 zurück. Die Beziehung, die begann, um die PKK zu zerschlagen, dauert heute noch an. In dieser Zeit wurde die Region Kurdistan für die Besetzung durch den türkischen Staat geöffnet, um die PKK zu vernichten. Später haben die PDK und der türkische Staat zu diesem Zweck politische und militärische Operationen durchgeführt. Diese Schicksalsgemeinschaft wurde im Jahr 2007 nochmals vertieft.

Die Beziehungen wurden über enge wirtschaftliche Interessen gestärkt. Waren wie Kleidung, Lebensmittel und Getränke, die auf dem Markt in der Region angeboten werden, sind alle aus der Türkei importiert. Von 3013 Firmen in der Region gehören 1351 zur Türkei. Die Zahl der Arbeiter aus der Türkei übersteigt die 30.000. 70 Prozent von ihnen arbeiten im Privatsektor und sind türkische Staatsbürger. Das Handelsvolumen zwischen der Türkei und der Autonomen Region Kurdistan betrug im Jahr 2013 8 Milliarden Dollar. Nach 2013 stieg es auf aktuell 12 Milliarden. Zwischen der Türkei und der kurdischen Region gibt es in der Woche 78 Flüge. Die noch sehr guten Beziehungen zur irakischen Zentralregierung haben die Türkei noch näher an die kurdische Region gerückt. Mit der Stärkung der Wirtschaftsbeziehungen zur Regionalregierung hat die Türkei begonnen, Erdöl auf dem Weltmarkt anzubieten. In der Region, in der täglich 600.000 Barrel Öl auf den Markt kommen, wurde zwischen dem Ministerpräsidenten der Autonomen Region Kurdistan, Nêçîrvan Barzanî, und der Türkei ein Ölabkommen über 50 Jahre geschlossen. Weil der Gewinn aus dem Ölgeschäft nur zur Barzanî-Familie fließt, protestiert die Gesellschaft seit dem 17. Februar 2011 auf den Straßen gegen die Armut.

So wie die PDK die Region völlig der wirtschaftlichen Besetzung durch den türkischen Staat ausliefert, so auch auf der militärischen Ebene. Die Besatzung dauert seit 1991 an. Die 1300 türkischen Soldaten, die im Jahr 1990 mit Zustimmung des Irak als Beobachter geschickt worden waren, hatten begonnen, langfristig Basen aufzubauen. An den Grenzen zu Duhok, Zaxo, Hewlêr und Silêmanî in Südkurdistan sind Spezialkräfte und Mitglieder des Geheimdienstes MIT stationiert, deren Zahl offiziell nicht bekannt ist. Diese Militärstützpunkte sind stark befestigte Basen mit schweren Waffen, Panzern, Kanonen und Hubschraubern. Auch wenn im Jahr 2008 im kurdischen Regionalparlament ein Beschluss gegen die Militärpräsenz des

türkischen Staates und die Besatzung gefasst wurde, ist er niemals umgesetzt worden. Trotzdem es durch Luft- und Artillerieangriffe immer wieder zu Schäden unter der Zivilbevölkerung kommt und dies Reaktionen hervorruft, hat sich noch nie genügend Entschlossenheit und Organisierung entwickelt, um der türkischen Besatzung ein Ende zu bereiten.



Lehrerinnenstreik in Silêmanî/Südkurdistan. Foto: iraqicivilsociety.org

Die jüngsten Militäroperationen des türkischen Staates dauern seit März 2018 an. Mit intensivierten Angriffen in Behdinan und Bradost werden für die Erweiterung und die Nachhaltigkeit seiner militärischen Präsenz auch neue Stützpunkte gebaut. Obwohl als Grund für die Besatzung die PKK genannt wird, ist das eigentliche Ziel der Traum von den Grenzen zu Zeiten vor dem Vertrag von Lausanne. Die Besetzungsoperation ist also nicht nur ein Plan zur Zerschlagung der PKK, sondern richtet sich genauso gegen die Errungenschaften der kurdischen Gesellschaft in Südkurdistan. Der türkische Staat erkennt, dass er nicht wieder einen Bruderkrieg zwischen PKK und PDK entfachen kann, unterstützt die PDK verdeckt, kollaboriert mit ihr und führt Operationen durch. Zuvor hatten auch Bombardierungen durch die Luftwaffe stattgefunden. Dass die PDK der PKK nicht offen den Krieg erklärt, hängt zweifellos mit den Reaktionen der Menschen in Südkurdistan zusammen, die keinen Bruderkrieg mehr wollen. Die kurdische Gesellschaft demonstriert ihre Reaktion immer wieder öffentlich. Sie wirft der PDK Mitschuld an der türkischen Besatzung vor. Die militärische, politische und ideologische Präsenz der PKK in dem Gebiet hat die PDK beunruhigt. Denn PKK und PDK haben verschiedene ideologische Strukturen und Paradigmen. Das von der PKK geschaffene System, das sich am demokratischen, ökologischen und frauenbefreienden Paradigma orientiert, hat die PDK sehr gestört. Deshalb sieht sie die PKK als eine große Gefahr an.

Wie oben kurz zusammengefasst, ist der grundlegende Faktor, der die Region in eine komplizierte Sackgasse führt, die falsche Innen- und Außenpolitik der PDK, die den gesellschaftlichen und nationalen Interessen diametral entgegensteht. Die PKK spielt für die Lösung der Probleme eigentlich eine alternative Rolle. Doch da die Entwicklung der Wirkung der PKK in der Region den Einfluss der anderen politischen Strukturen brechen wird, beabsichtigen die anderen politischen Parteien, vor allem die YNK und die PDK, die PKK einzugrenzen und wenn möglich zu vernichten.

Das aufgrund der praktizierten Innen- und Außenpolitik abnehmende Vertrauen der Gesellschaft in die bestehenden politischen Vertreter bringt sie immer näher an die PKK heran. Die Menschen sehen die PKK als ihre Garantie für die Zukunft. Sie vertrauen ihr als bestimmende und zentrale Kraft für den Aufbau der nationalen Einheit. Deshalb werden die Öffnung südkurdischen Territoriums durch die kurdische Regionalregierung für den türkischen Staat und die Besetzungsoperationen der Türkei nicht ausreichen, um die Existenz der PKK zu beenden. Denn diese wird in allen vier Teilen Kurdistans als die Kraft verstanden, der die kurdische Gesellschaft am meisten vertraut.

Deshalb werden von nun an die Kollaboration mit dem türkischen Staat und dessen Besatzung die PDK selbst schwächen und zu ihrer Niederlage führen. Die PKK kämpft seit vierzig Jahren als Widerstandsbewegung und wird von dieser widerständigen Haltung nichts aufgeben. Deshalb ist die PDK an der Reihe zu entscheiden, welchen Weg sie ab jetzt verfolgen wird. Sie wird entweder die nationale Einheit wählen, sich von der für ihren Völkermord an der kurdischen Gesellschaft bekannten Türkei distanzieren und sich mithilfe demokratischer Transformation um die Probleme im Land kümmern – oder sie wird wie alle anderen Kräfte des Status quo überwunden werden. ♦

Interview zur Lage in Südkurdistan

Fehlverhalten und Misswirtschaft

Seyit Evran, Journalist in Silêmanî und Hewlêr, im Gespräch mit dem Kurdistan Report

Wie würdest du die Situation der Gesellschaft in Südkurdistan nach dem Unabhängigkeitsreferendum vom vergangenen Jahr und dem traumatischen Verlust von Kerkûk und den anderen umstrittenen Gebieten beschreiben?

Der Angriff der irakischen Armee und der Al-Haschd-asch-Scha'bi-Milizen auf Diyala, Mendeli, Xaneqîn, Xurmatu, Dohuk und Kerkûk (Kirkuk) am 17. Oktober nach dem Unabhängigkeitsreferendum hat die südkurdische Gesellschaft äußerst negativ beeinflusst. Die übernommenen Regionen sind kurdische Gebiete. Der irakischen Verfassung vom Jahr 2005 zufolge wurden sie als »umstrittene Gebiete« definiert und es war vorgesehen, nach zwei Jahren mithilfe eines Referendums ihre Zugehörigkeit zu klären. Dieses Referendum wurde aber nicht durchgeführt. Sowohl die kurdische Regionalregierung als auch die irakische Zentralregierung haben sich nicht dafür eingesetzt. Denn keine der beiden Seiten hat akzeptiert, dass diese Gebiete für sich selbst eine Entscheidung treffen. Beide erheben Anspruch auf die Gebiete. Nach den Angriffen des Islamischen Staates (IS) auf Mûsil (Mosul), Şengal (Sindschar), Tel Afar und Tikrit im Jahr 2014 geriet die Verwaltung der Region de facto unter die Kontrolle der kurdischen Regionalregierung, ebenso wie alle Ölgebiete. Die Regionalregierung der PDK (Demokratische Partei Kurdistans) hat infolge einer Vereinbarung mit der AKP und Erdoğan das Öl in die Türkei exportiert. Die Moral der Bevölkerung der Region war nach dem von hohen PDK-Funktionären angeordneten Rückzug der Peşmerge aus Şengal gebrochen. Nachdem es auch in Kerkûk einen Rückzug gab, haben sie ihr Vertrauen in die PDK und die YNK (Patriotische Union Kurdistans) vollständig verloren. Nach der Übergabe Kerkûks und der umstrittenen Gebiete an die Zentralregierung machten sich PDK und YNK gegenseitig dafür verantwortlich, Kerkûk und die Gebiete verkauft zu haben. Doch die Übergabe bzw. der Rückzug war zwei Tage zuvor, also am 15. Oktober, auf einer Sitzung im Bezirk Dukkan in Silêmanî (Sulaimaniyya) beschlossen worden, an der auch Mesûd Barzanî teilgenommen hatte. Beide Parteien waren sich bei dem Thema einig. Doch trotzdem schoben sie aufgrund des merklichen Vertrauensverlustes die Schuld auf die anderen, um die Gesellschaft weiter abhängig von sich zu machen. Die Gesellschaft vertritt die Ansicht, PDK und YNK hätten mit der Entscheidung auf der Dukkan-Sitzung Verrat begangen. Es heißt, PDK und YNK hätten sie für ihren eigenen Machterhalt und ihre eigenen Interessen verkauft. So geht es allen Menschen in Südkurdistan. Denn auch wenn die Regionen als umstrittene Gebiete bezeichnet werden, werden sie von der südkurdischen Gesellschaft als kurdische Gebiete betrachtet, für die sie viele Opfer gebracht haben. Aus all diesen Gründen sehen sie nur noch die PKK und ihre Guerilla als Hoffnungsschimmer. Da die PKK und ihre Guerilla sowohl in Şengal als auch in Südkurdistan während der Angriffe des IS die Gebiete verteidigten und während der Angriffe auf Kerkûk und die umstrittenen Gebiete Widerstand leisteten, haben sie bei den Menschen Vertrauen gewonnen.

Praktisch besteht die Autonome Region Kurdistan aus zwei Polen bzw. Gebieten. Was sind die historischen Gründe für diese Konkurrenz und Differenzierung zwischen PDK und YNK?

Im Jahr 1942 entstand in Ostkurdistan eine politische Organisation namens »Komelay Jiyanewey Kurd« mit einer ernstzunehmenden politischen Praxis. Diese Organisation, abgekürzt »Komel« oder »Jekaf«, organisierte sich nicht nur in Ostkurdistan, sondern nahm auch Beziehungen zu politischen Strukturen und Persönlichkeiten aus den anderen Teilen Kurdistans auf. Ibrahim Ahmed baute in Silêmanî in Südkurdistan einen Ableger auf, der seinen Einfluss über die ganze südkurdische Region ausbreitete. Ibrahim Ahmed wurde der Südkurdistan-Verantwortliche von Jekaf. An seiner Seite stand auch ein gewisser Hamza Abdullah aus Wan (Van), geboren während des Ersten Weltkriegs in Elbak (Başkale). Sein Vater war Offizier der osmanischen Armee und starb im Krieg. Der Rest seiner Familie wanderte nach Südkurdistan aus. Hamza Abdullah begann seine Schulausbildung und trug sich in die Rechtsfakultät ein. Dort machte er die Bekanntschaft des gleichaltrigen

Ibrahim Ahmed. Beide studierten in der Rechtsfakultät und wurden Anwälte. Beide schlossen sich der Republik von Mahabad an.

Hamza Abdullah lernte während der Zeit der Republik von Mahabad Mustafa Barzanî kennen und kehrte nach Südkurdistan zurück, um die PDK zu gründen. Er war eine der kurdischen Persönlichkeiten, die sich der von Rafiq Hilmi gegründeten kurdischen Hīwā-Partei anschlossen. Nach deren Spaltung aufgrund interner Konflikte entstanden die Gruppen Rizgarî und Şoreş. Hamza Abdullah kehrte auf Wunsch von Mustafa Barzanî nach Südkurdistan zurück und führte die beiden Gruppen zur »Partiya Demokrata Kurdistanê« (PDK) zusammen. Am 16. August 1946 wurde durch seine Bemühungen der Gründungskongress der »Demokratischen Partei Kurdistans« abgehalten. Mustafa Barzanî wurde Parteivorsitzender und Hamza Abdullah sein Sekretär. Nach dem Ende der Republik von Mahabad schloss sich Ibrahim Ahmed 1947 der PDK an.

Hamza Abdullah war eine kurdische Persönlichkeit, die an den Kommunismus glaubte. Aufgrund seiner politischen und ideologischen Überzeugungen stand er der Kommunistischen Partei des Irak sehr nahe. Ibrahim Ahmed repräsentierte innerhalb der PDK mehr den »nationalen Flügel«. Im Jahr 1948 begann die irakische Regierung mit breit angelegten Operationen und Festnahmen gegen die Kommunistische Partei des Irak. Die PDK war auch betroffen. Außer Hamza Abdullah wurden die meisten aus dem Zentrum der PDK, darunter auch Ibrahim Ahmed, festgenommen oder waren gezwungen, das Land



Demonstration in Silêmanî für die Aufhebung der Blockade gegen Rojava. Foto: goinpeacenottopieces.blogspot.com

zu verlassen. Ibrahim Ahmed blieb zwei Jahre inhaftiert. Im Jahr 1950 wurde auch Hamza Abdullah festgenommen. Die zentrale Struktur der PDK wurde vollständig liquidiert.

Nach einer gewissen Zeit wurde Hamza Abdullah freigelassen und von der irakischen Regierung an die Türkei ausgeliefert. Er schaffte es jedoch, nach Südkurdistan zu fliehen und illegal in Mûsil zu leben. Während seines illegalen Aufenthalts dort schrieb er sein zu der Zeit berühmtestes Buch »Şoreşa Barzan«. Er war damals einer der kreativsten Schriftsteller in Südkurdistan.

Auf dem ersten Kongress der PDK in Bagdad am 16. August 1946 wurde Hamza Abdullah zum Parteisekretär gewählt, auf dem Kongress 1951 Ibrahim Ahmed. Der war zu der Zeit frisch aus dem Gefängnis entlassen. Hamza Abdullah akzeptierte diese Entscheidung nicht und gründete den »progressiven Flügel« der Partei. Auf dem dritten Kongress in Kerkûk 1953 wurde Ibrahim Ahmed als Generalsekretär gewählt. Doch die Konflikte zwischen dem »progressiven Flügel« Abdullahs und dem »nationalen Flügel« Ahmeds hielten weiter an. Trotz der Widersprüche waren beide miteinander verwandt. Die Tochter der Schwester Hamza Abdullahs namens Gelawej Han heiratete Ibrahim Ahmed und dessen Schwester war mit Hamza Abdullah verheiratet.

Mustafa Barzanî wurde trotz der Konflikte zwischen den beiden auf ihren Vorschlag hin zum Vorsitzenden der PDK berufen. Doch die Konflikte wurden nun von ihm weitergeführt. Ibrahim Ahmed und sein Schwiegersohn Celal Talabanî verließen aufgrund von Konflikten in der PDK die Partei und begannen die YNK zu gründen. Celal Talabanî, Ibrahim Ahmed und vier weitere Personen wurden unter dem Vorwurf, die PDK spalten zu wollen, von dieser festgesetzt und in der Nähe der Berge Karox und Boti bei Diyana in Silêmanî festgehalten. Sie schafften es zu fliehen und gründeten im Jahr 1975 die YNK. Sie hatten bereits im Jahr 1966 mit dem Gedanken gespielt gehabt, die Partei zu verlassen. Deshalb nennt die PDK heute die YNK »Cehşê 66«.

Diese Spaltung verstärkte sich im Jahr 1978 noch. Der Vorsitzende der Sozialisten Eli Eskeri und seine Freunde, die Teil der YNK waren, wurden durch die Mitschuld der PDK bei dem Versuch vernichtet, mit 700 Peşmerge über Şemzînan (Şemdinli) nach Rojava zu gelangen [vgl. Artikel über Qendîl S. 13]. Das hat die Widersprüche zwischen den beiden Parteien noch weiter vertieft. Dazu kam noch der Faktor Türkei und Iran. Denn die PDK hat immer eine Politik verfolgt, die sich an der Türkei orientierte, die YNK hingegen hat sich mehr an den Iran gehalten. Die Konflikte zwischen dem Iran und der Türkei wirkten sich auf die Beziehung der beiden Parteien aus. Deshalb verfolgt die YNK sogar heute noch eine Iran-nahe Politik, während sich die PDK schon fast der Türkei ergeben hat. Diese Konstellation wird auch ganz klar mit der Öffnung des Flughafens von Hewlêr (Erbil) durch die Türkei, aber der Schließung des Flughafens in Silêmanî demonstriert. Darüber hinaus ist Südkurdistan zweigeteilt. Im Sprachgebrauch der Parteien drückt sich dies als »gelbes Gebiet« der PDK und »grünes Gebiet« der YNK aus. Diese historisch sehr tief liegenden Widersprüche beeinflussen auch den Befreiungskampf in den vier Teilen Kurdistans und vor allem in Südkurdistan. Insbesondere der stark von Familien- und Stammeswerten geprägte Ansatz der PDK beeinträchtigt den Freiheitskampf.

> Die Gesellschaft hat in den Städten das moderne Leben kennengelernt und es begann eine Entfremdung von der gesellschaftlichen Kultur und dem Leben. Denn das Leben in den südkurdischen Städten ist vollständig von der europäischen Moderne geprägt. Damit einher geht eine gesellschaftliche und kulturelle Entfremdung und Landwirtschaft und Tierhaltung liegen brach.

Während des Regimes von Saddam Hussein wurde ein Genozid u. a. an der kurdischen Gesellschaft verübt. Die Anfal-Operationen sind das konkrete Beispiel. Wie leben die Menschen damit? Gibt es eine Aufarbeitung dieser historischen Ereignisse? Gibt es Bemühungen zur Verständigung mit der arabischen Gesellschaft?

Es gab hintereinander vier Anfal-Operationen *[Anfal = Beute]*. Einigen Quellen zufolge sollen dabei 185.000, nach anderen 210.000 Kurden ermordet worden sein. Die Leichen all dieser Menschen wurden nicht gefunden. Es gab nicht nur Massaker im Zuge der Anfal-Operationen. Tausende Kurden wurden in Kurdistan in Saddams Folterzentren gefoltert. Tausende wurden gehängt, hunderte exekutiert. Die Schmerzen der südkurdischen Gesellschaft sind immer noch frisch. Diese Massaker haben die Menschen niemals vergessen. In jedem Haus hängen Porträts von Anfal-Getöteten. In Südkurdistan wird dieser Massaker immer wieder gedacht. Bei Entscheidungen der Regionalregierung, die nicht zum Wohle der Gesellschaft sind, gibt es immer eine Reaktion: »Haben wir diese Schmerzen umsonst erlebt? Wir mussten die Opfer bringen.« Die südkurdische Gesellschaft lebt tagtäglich mit diesen

Schmerzen. Leider nutzt sie die südkurdische Regierung nur in ihrem eigenen Machtinteresse. Deshalb kommen von den Menschen Reaktionen gegen die südkurdische Regierung wie auch zu den Tätern der Massaker. Sie wissen, dass Saddam Hussein der Schuldige war. Deshalb sind die Wut und die Reaktionen mehr auf Saddam Hussein gerichtet als gegen die arabische Gesellschaft. Doch die Regionalregierung verfolgt eine Politik, die südkurdische Gesellschaft und die Araber zu entzweien. Natürlich nicht im ganzen in Hewlêr und Silêmanî geteilten Südkurdistan. Hewlêr zielt auf Reaktionen gegen die Araber ab. Beispielsweise illustriert die Frage bei Sicherheitskontrollen der PDK, ob es im Auto Araber gebe, den Umgang klar und deutlich. Wenn es einen Araber im Auto gibt, werden alle Insassen aufgefordert auszusteigen, und nach einer gründlichen Durchsuchung wird entweder die Erlaubnis für Hewlêr erteilt oder man wird zurückgewiesen. Damit will man Vorbehalte gegen Araber fördern. Die Menschen in Südkurdistan gehen nicht besonders auf diese Politik ein. Sie sind bereit, in Frieden geschwisterlich mit den Arabern zu leben. Sie wissen, dass eher der Diktator Saddam Hussein für die Massaker verantwortlich ist als die arabische Gesellschaft. Doch es herrscht eine große Wut auf die wirklichen Täter. Wenn sich auch die Politik der Regierenden nach dieser Haltung der Menschen richten würde, dann könnte in kürzester Zeit Frieden zwischen den Volksgruppen erreicht werden. Doch leider ist ein Teil der Regionalregierung dazu nicht bereit und das hemmt eine Aufarbeitung.

Es herrscht gegenwärtig eine ernsthafte Krise in der Autonomen Region Kurdistan. Welche wirtschaftliche Entwicklung hat die sich autonom von Bagdad organisierende Region gemacht? Was für eine wirtschaftliche Rolle spielen der Iran und die Türkei mit ihrem Ölgeschäft und ihrer Eigenproduktion?

Am 5. März 1991 begann in Kaladizê und Ranya bei Silêmanî ein Volksaufstand. Das Saddam-Regime wurde aus der Region vertrieben. Später hat die PDK die Armee Saddams nach Kurdistan gerufen, um an die Gebiete der YNK heranzukommen, und mit ihrer Unterstützung auch einige davon übernommen. Bereits im Jahr 1958 ist Südkurdistan mit der Ankunft von Abd al-Karim Qasim eine autonome Region. Nach der Schließung des Luftraums von Südkurdistan durch die USA 1991 wurde die Region offiziell anerkannt und seitdem wird sie autonom verwaltet. Mit der US-Intervention 2003 und der 2005 verabschiedeten irakischen Verfassung wurde die Region als föderales Gebiet anerkannt. Seit 1993 handelt die Regionalregierung mit der Türkei und dem Iran mit Erdöl. Da sich die Wirtschaft von Anfang an auf Öl stützt, hat es keine Industrialisierung in der Region gegeben. Deshalb kann man die Bedürfnisse der Menschen nicht eigenständig befriedigen. Jeder Bedarf, vor allem Lebensmittel, wird komplett aus der Türkei und dem Iran importiert. In der Region gibt es circa 6000 Firmen aus der Türkei für Bau, Lebensmittel, Kleidung und Industrie. Das zeigt uns in gewisser Weise den Grad wirtschaftlicher Kolonialisierung. Deshalb ist man als Autonome Region Kurdistan nun von der Türkei und dem Iran abhängig. Wenn die ihre Grenzen schließen würden, dann würde eine ernsthafte Krise in Südkurdistan ausbrechen. Darum hat der türkische Staatspräsident Erdoğan nach dem Referendum Drohungen ausgestoßen wie die, die Grenzen schließen und die Menschen hungern zu lassen.

Das Leben auf dem Land ist in der Autonomen Region Kurdistan fast zum Erliegen gekommen. Insbesondere seit 2003 ist ein unaufhörlicher Strom von Menschen in die Städte zu verzeichnen. Was für Auswirkungen hat das auf das soziale und kulturelle Leben der Gesellschaft?

Diese Entwicklung hängt mit der Wirtschafts- und Sozialpolitik der Regionalregierung zusammen. PDK und YNK haben eine Politik verfolgt, die Menschen aus dem ländlichen Raum in die Städte zu bringen. Vor 2003 lebte in Südkurdistan eine Mehrheit der Bevölkerung auf dem Land. Sie betrieb Landwirtschaft und Tierhaltung. Insbesondere nach 2003 wurde die Gesellschaft an einen knappen Lohn gebunden und Landwirtschaft und Tierhaltung wurden zum Erliegen gebracht. Darüber hinaus wurde ab 2003 in den unter US-Einfluss stehenden Gebieten eine Politik verfolgt, das städtische Leben attraktiv zu machen. Das ist im Grunde ein kultureller Genozid. Denn gesellschaftliches Leben findet vorwiegend auf dem Land statt. Dort konnte die eigene Kultur geschützt werden. Die Gesellschaft hat in den Städten das moderne Leben kennengelernt und es begann eine Entfremdung von der gesellschaftlichen Kultur und dem Leben. Denn das Leben in den südkurdischen Städten ist vollständig von der europäischen Moderne geprägt. Damit einher geht eine gesellschaftliche und kulturelle Entfremdung und Landwirtschaft und Tierhaltung liegen brach. Beispielsweise reichte der Reis aus Silêmanî und Umgebung früher für den ganzen Irak. Nun wird Reis komplett importiert. Das zeigt im Grunde den Schlag der Regionalregierung gegen die ländliche Gesellschaft und Landwirtschaft. ♦

Interview zur Lage in Rojava und dem Verhältnis zum syrischen Regime

Mit Drohungen wird man keine Lösung finden und den Krieg nicht beenden

Aldar Xelîl (TEV-DEM) im Gespräch mit dem Kurdistan Report

Aldar Xelîl von der »Bewegung für eine Demokratische Gesellschaft« (TEV-DEM) spricht über die aktuelle Lage in Syrien und Rojava, die Verhandlungen zwischen der Demokratischen Föderation Nordsyrien und dem Assad-Regime sowie die Situation in Efrîn. Das Interview fand kurz vor dem Treffen des Demokratischen Syrienrats (MSD) mit der syrischen Regierung am 26. Juli in Damaskus statt.

Die Syrien-Krise dauert unvermindert an. Die Besetzung Efrîns durch den türkischen Staat hat sie noch weiter in die Länge gezogen, ist aber auch ein ernsthafter Rückschlag für das Projekt der Demokratischen Föderation Nordsyrien. Wie bewerten Sie die aktuelle Lage in Syrien und Rojava?

Im Jahr 2011 begann in Syrien ein neuer Prozess. Die Bevölkerung hat Hoffnung geschöpft. Die Angst, die vorher durch das Regime in der Gesellschaft hervorgerufen worden war, konnte überwunden werden.

Die Menschen sind für die Freiheit auf die Straße gegangen. In ganz Syrien haben Massenaktionen stattgefunden. Am Anfang waren die Demonstrationen friedlich und die Bevölkerung hat ihren Wunsch nach Freiheit zum Ausdruck gebracht. Dann aber führten verschiedene Faktoren zu einer Veränderung im revolutionären Prozess in Syrien. Es kam dazu, dass das Volk Forderungen nach Freiheit stellte und vom despotischen Regime Demokratie forderte. Es forderte eine Reduzierung der Zentralität des Regimes und Demokratie statt Unterdrückung. Diese Faktoren haben dazu geführt, dass die Struktur des Protestes sich zu ändern begann. Anfangs wurde mit friedlichen Methoden für den Aufbau eines demokratischen Syriens gekämpft. Später dann begann die bewaffnete Phase des Protestes. Das Regime hat diese Änderung der Methode als Ausrede benutzt und konnte nun behaupten, dass es eben nicht gegen das Freiheit fordernde Volk kämpfe, sondern gegen terroristische Gruppierungen, gegen Kräfte von außen, die ein Komplott gegen das Land im Sinne hätten. So konnte es mit Einsatz von Waffengewalt eingreifen und niemand konnte mehr widersprechen, dass gegen die Bevölkerung Gewalt angewendet wurde. Das war sehr wichtig.

Wenn wir jetzt die gegenwärtige politische Lage beurteilen wollen, müssen wir uns an diese Phase erinnern. Es gab einige Faktoren, die es dem Regime erleichterten, diese Ausrede zu benutzen, weil Gruppen wie der Islamische Staat (IS) und die Al-Nusra-Front sich in Syrien ausgebreitet hatten. Außerdem gab es Gruppen wie Artêşa Azad, die zu Beginn der Revolution in Syrien unter diesen Namen aktiv waren. Die Türkei hat sie von Anfang an genährt, mit der angeblichen Intention der Unterstützung des Nachbarvolks. Alle, die unzufrieden waren mit dem syrischen Regime, alle, die etwas gegen dieses Regime unternehmen wollten, hatten ihre Hoffnung in Erdoğan gesetzt. Was hat der getan? Anfangs wetterte er sehr radikal gegen Assad. Er erklärte, das syrische Volk sei gegen Assad. Deswegen hat sich jeder, der gegen das Regime war, an Erdoğan gewandt. Er hat diese bewaffneten Gruppen auf seine Seite gezogen.

Das hat verschiedene Gründe. Erstens konnte er so das Geschehen in Syrien kontrollieren, so dass nichts geschehen konnte, was seinen Interessen zuwiderlief. Zweitens wurden auf diese Art und Weise andere Staaten, die sich in Syrien einmischen wollten, gezwungen, sich an die Türkei zu wenden. Wenn Staaten militärisch oder humanitär die Opposition von Syrien unterstützen wollten, wandten sie sich zuerst an die Türkei und diese vermittelte dann weiter. Erdoğan behielt sowieso die Hälfte der eingehenden Unterstützung für sich und leitete den Rest Stück für Stück an die Opposition weiter. Und an wen? An die Gruppen, die mit der Türkei verbunden waren. Die Teile der Opposition, die nicht ganz auf seiner Linie waren, haben von der internationalen Unterstützung nichts abbekommen. So konnte er auch politisch stärker werden, weil das Schicksal der Opposition in seine Hände geriet. Und er konnte den Kurs der Kräfte in Syrien und auch den Kurs der interna-

tionalen Kräfte lenken. Wenn die internationalen Kräfte eine politische Lösung suchten, blieb das an der Türkei hängen.

Außer der Einmischung der Türkei gab es auch noch andere Faktoren. Wie zum Beispiel die Ausbreitung der Al-Nusra-Front und des IS, die Unterstützung für das Regime von Iran, Hisbollah und Russland. Auch das sind Faktoren, die großen Einfluss auf das Geschehen in Syrien hatten. Was war das Resultat? In Syrien gibt es jetzt keine Opposition mehr. Das Regime hängt an Russland, der Dialog in Genf hat aufgehört, das Bündnis in Astana sich aufgelöst. Große Teile Syriens sind in den Händen der Türkei und regionale Gruppen sind von ihr abhängig. So hat Syrien einen Großteil seiner politischen und militärischen Souveränität an die Türkei verloren. Die hat deshalb sehr viel Gewicht auf die Einmischung in Syrien gelegt. Zunächst mischte sie sich über Al-Bab und Cerablus (Dscharabulus) ein und später mit den Angriffen auf Efrîn.

Nach Efrîn ist eine neue Situation entstanden. Wie sieht diese aus? Das Regime hat jetzt alle bewaffneten Gruppen, die gegen das Regime kämpften, vernichtet. Diejenigen, die ihre Waffen niederlegten, haben sich ergeben, die anderen sind geflüchtet. Wohin? Nach Idlib. Alle Gruppen werden dort versammelt, um es in einigen Monaten angreifen zu können und alle zu zerschlagen, so dass keine Regime-Gegner mehr übrig bleiben. Auf dieser Grundlage können sich die Beziehungen Türkei/Assad wieder normalisieren und keiner wird mehr das, was Erdoğan gegen Assad unternommen hat, zur Sprache bringen.

Erdoğan hat die Opposition auf seine Seite gezogen und in viele kleine Gruppen zersplittert. Er hat die Revolution, die mit friedlichen Mitteln begann, in einen bewaffneten Konflikt verwandelt. Die Türkei hat Aleppo und Ghouta dem Regime übergeben und jetzt wird ohne Zweifel eine neue Situation entstehen. Außerdem hat die Türkei unter verschiedenen Namen Efrîn besetzt. Damit werden Erdoğan und das Regime zusammenkommen und Erdoğan wird seine Absichten in diesen syrischen Regionen direkt mit dem Regime absprechen.

Derzeit gibt es in Syrien die Türkei, das Regime, es gibt uns und auch die internationalen Kräfte. Die internationalen Kräfte schließen untereinander Bündnisse. Die USA und Russland haben eines miteinander geschlossen. Wie sah das aus? Die USA bekommen in Syrien das Gebiet östlich des Euphrats, Russland ist im Süden, westlich des Euphrats und in anderen Regionen. Sie hatten die Regionen unter sich aufgeteilt und ausgemacht, dass keiner sich in die des anderen einmischt. Aber in der folgenden Phase wird das so nicht weitergehen. Es wird nötig werden, dass das Bündnis neue Formen annimmt und nicht nur auf gegenseitige Nichteinmischung ausgerichtet ist. Es werden gegenseitige Unterstützung und eine gemeinsame Planung zwischen Russland und den USA benötigt. Wie wird das aussehen?

Die USA behaupten, sie hätten dem IS mit Unterstützung der QSD (Demokratischen Kräfte Syriens) das Rückgrat gebrochen. Deshalb könne jetzt eine neue Phase beginnen. So wie der IS für die USA eine Ausrede war, um sich einmischen zu können, wird jetzt der Iran herhalten müssen und es wird behauptet werden, dass von ihm viel Terror ausgehe, der bekämpft werden müsse. Diese Situation wird für die USA zwei Vorteile mit sich bringen. Erstens können sie mit dieser Begründung in Syrien bleiben. Die Bevölkerung wird ihre Anwesenheit ablehnen, weil die USA ja gekommen waren, um gegen den IS zu kämpfen. Da der zerschlagen ist, haben die USA mit dem Iran nun jedoch einen neuen Grund gefunden. Der IS beeinflusst das Bewusstsein der Menschen und ihr Denken zwar immer noch, doch als militärische Kraft gibt es ihn nicht mehr. Deshalb kommen die USA in Bedrängnis, ihre Anwesenheit in Syrien zu legitimieren. Nun werden sie mit Russland ein Bündnis schließen. Sie werden sich gegen den Iran positionieren und es kann sein, dass Russland sich darauf einlässt.

In der vor uns liegenden Periode wird die Türkei einerseits mit ihrer Besetzung einiger Teile Nordsyriens, wie in Efrîn und um Cerablus und Al-Bab, eine Rolle spielen, andererseits auch mit ihren Plänen in Idlib. Der Iran kann wegen des Bündnisses zwischen Russland und den USA in Bedrängnis geraten. Wir werden zur Vorbereitung auf diese neue Phase einerseits die Befreiung von Efrîn weiter fortsetzen. Auf der anderen Seite werden wir unser System und das Projekt der Demokratisierung von Syrien weiterentwickeln. Die Arbeiten für eine Verfassung in Syrien gehen weiter. Für die Administration der Gebiete im Norden Syriens, nicht nur des kurdischen Teils, wird ein neues System entwickelt, so dass wir im Norden, also in den an Rojava angrenzenden syrischen Gebieten, von anderen Volksgruppen akzeptiert werden und auch diese ein Teil dieses Systems sein können. Daher ist auf dem dritten Kongress des Demokratischen Syrienrats (MSD) selbstverständlich auch darüber gesprochen worden und entsprechende Pläne und Programme waren Teil der Tagesordnung. Von jetzt an wird eine Administration für ganz Nordsyrien und Westkurdistan unter dem Dach des MSD, oder mit dessen Unterstützung, ihre Arbeit weiterführen.

Was für Mittel und Lösungsansätze können Syrien aus der Krise führen? Welche Rolle messen Sie dabei den demokratisch-autonomen Verwaltungen in Nordsyrien zu?

Das Regime ist sowieso schwach, ohne Souveränität und in den Händen Russlands und des Iran, aber es hält sich noch auf

den Beinen. Es konnte sich auf den Beinen halten, weil erstens Israel das Regime akzeptiert. Israel sieht in dessen Existenz keine Gefahr für sich. Die USA wollen auch, dass das Regime geschwächt in ihrem eigenen Interesse weiterbesteht. Russland hat Syrien mit Hilfe des Regimes in die Hände bekommen. Was die Türkei betrifft, besteht nach Aleppo, Ghouta und anderen Ereignissen ein Bündnis zwischen Assad und Erdoğan. Also ist es ein geschwächtes Regime.

Was versuchen wir voranzutreiben? Wir wollen in der kommenden Zeit eine demokratische Verfassung für Syrien entwickeln. Ein Projekt für ein neues Syrien. Wir werden im Norden und im Osten eine demokratische Verwaltung schaffen. Es gibt schon die demokratische Autonomie in Rojava. Nötig ist, dass die jetzt befreiten Regionen auch organisiert werden und sich eine Verwaltung entwickelt. Sie werden Teil des neuen Systems sein, alles Bausteine für eine allgemeine Föderation in Syrien. Ein föderales System im Norden Syriens wird aufgebaut werden, ein Baustein für ganz Syrien. Wie diese Angelegenheit auf die Tagesordnung kommen wird, mit welchem Namen und in welcher Form, hängt eng mit der gesamtpolitischen Entwicklung in Syrien zusammen. Aber Strategie wird ohne Zweifel ein föderales Syrien sein. In dieser Föderation werden die kurdische Gesellschaft und auch andere Ethnien im Westen von Kurdistan, im Norden und Osten von Syrien ein Teil der gesamten Föderation Syriens werden. Die Föderation Nordsyrien wird also ein Teil eines föderativen Syriens werden. Auf dieser Basis setzen wir unsere Arbeiten mit den Aktivitäten der demokratischen Teile der Opposition fort.

Außerdem wollen wir einen Prozess des Dialogs mit dem Regime beginnen. Bis jetzt ist noch nichts geschehen. Es hat sich bisher davor gedrückt. Es äußerte in den Medien, zu einem Dialog bereit zu sein. Aber bis jetzt gab es noch kein Gesprächsangebot. Doch wir haben vor, unsere Haltung in die Praxis umzusetzen. In welcher Form? Wir werden andere Staaten als Vermittler und Garanten nutzen, also nicht allein. Für die Organisierung des Systems im Norden Syriens und in Rojava hat es Wahlen gegeben. Damit sind die erste und die zweite Phase gelaufen. Jetzt stecken wir in der dritten Phase. Die bedeutet die Vervollständigung aller föderalen Systeme. Alles das wird in Zukunft umgesetzt werden, bis die Situation klarer ist. Wir beeilen uns nicht. Wir warten auf die Befreiung von Efrîn. Dann wollen wir politische Bündnisse mit der Opposition, mit Vertretern anderer Gruppen in Syrien schließen, und wenn es dazu kommen sollte, auch mit dem Regime. So werden wir unser Projekt für das gesamte Syrien geltend machen.

Sind die Drohungen Assads, später militärisch gegen die Selbstverwaltung in Nordsyrien vorzugehen, ernst gemeint?

In seinen Erklärungen äußert Assad einerseits, für einen Dialog bereit zu sein, andererseits stößt er Drohungen aus. Aber er soll wissen, dass mit Drohungen keine Arbeit geleistet werden kann. Wenn mit Drohungen Resultate erreicht werden könnten, würde Syrien sich jetzt nicht in dieser Lage befinden, und unsere Stärke und unser Organisierungsgrad sind nicht vergleichbar mit denen anderer Gruppen, die das Regime zerschlagen konnte. Diesen Fehler sollte Assad nicht machen. Mit Drohungen kann man keine Lösung finden und den Krieg nicht beenden. In den anderen Regionen Syriens wurden die anderen oppositionellen Gruppen geschlagen und aus den Städten verbannt. Ist auf diese Art und Weise eine Lösung für die Probleme in Syrien gefunden worden? Nein, so werden sie nicht gelöst. Daher wird es mit Bedrohung nicht funktionieren. Aber wenn Assad seine Drohung in die Praxis



Auf Einladung der syrischen Regierung hat am 26. Juli in Damaskus ein Treffen zwischen Vertreter*innen des Demokratischen Syrienrats und der syrischen Regierung stattgefunden. Ziel des Treffens war es, die Basis für einen breiten Dialog zur Lösung der Syrienkrise und einem Ende der Gewalt zu legen. Foto: ANHA

umsetzen will, müssen wir das Recht zur Selbstverteidigung wahrnehmen. Wir können sagen, dass ein Dialog noch nicht begonnen hat. Wenn er anfangen wird, dann mit der Garantiestellung in der Form der Teilnahme einiger anderer Kräfte, die als Vermittler auftreten werden. Wenn es so weit ist, werden wir die Geschehnisse mit der Öffentlichkeit teilen, wir werden sie nicht verstecken. Aber in der Zwischenzeit sind einige Dinge passiert und wir haben die Hoffnung, dass es keine Hindernisse für den kommenden Dialog geben wird. Was ist passiert? In der Vergangenheit war es nötig, für das Funktionieren der Elektrizität Reparaturen und Instandsetzungsarbeiten an den Dämmen am Euphrat durchzuführen. Für die Instandsetzungsarbeiten mussten wir mit Betrieben in Kontakt treten, die diese Arbeiten vorher durchgeführt hatten und Eigentum des syrischen Staates sind. Es war nötig, dass diese Betriebe aktiv wurden und eine Zusammenarbeit mit ihnen herzustellen. So hat sich die Verwaltung bzw. der Zivilrat in Tabqa mit dem Direktor der alten Wasserzentrale zusammengesetzt und eine Einigung gefunden. Der ehemalige Direktor konnte so die Arbeit in Form eines lokalen Bündnisses fortsetzen. Es gab keine Beziehungen oder Kontakte mit allgemeinpolitischen Bündnissen. Außer diesen Ereignissen hat kein Dialog stattgefunden.

Wie ist die Lage in Şêxmeqsûd nach dem Rückzug der Selbstverteidigungskräfte?

In Aleppo ist das Stadtviertel Şêxmeqsûd (Scheich Maksud) ein Teil unserer Verwaltung und Verteidigung. Es gibt eine autonome Administration und Arbeitsweise und ein entsprechendes Bildungssystem. Aber es ist auch ein Teil der gesamten Stadt Aleppo. Die Verteidigung des Stadtteils übernehmen die Verteidigungskräfte, die zu Rojava gehören. Die Selbstverteidigungskräfte haben das Viertel nicht verlassen. Şêxmeqsûd hat sich innerhalb Aleppos, in Hinsicht auf Verwaltung und Verteidigung, autonom organisiert.

Wie sind Meldungen der türkischen Regierung über den Rückzug schwerer Waffen aus der Provinz Efrîn zu bewerten?

Die Türkei ist eine Besatzungsmacht. Sie hat Cerablus, Al-Bab und Aleppo besetzt. Egal wie viele Erklärungen sie auch über den Rückzug schwerer Waffen abgeben mag: Diese Aussagen sind nicht richtig. So etwas gibt es nicht. Im Gegenteil, die Türkei bringt immer mehr schwere Waffen nach Efrîn. Es mag sein, dass es einen Unterschied gibt: Vorher hat die Türkei sehr offen gearbeitet, jetzt macht sie das Gleiche, verbirgt es aber mehr. Sie will keine Zielscheibe sein. Aber es gibt schwere Waffen und ihre Kraft ist stärker als zuvor, und die Türkei hat nicht vor, die besetzten Gebiete zu verlassen. In der Zeit vor den Wahlen hatte die Türkei zu Propagandazwecken einige bewaffnete Gruppen aus Efrîn abgezogen und nach Qendîl gebracht. Sie wollte mit ihnen zusammen Qendîl angreifen. Nur mit ihren eigenen Soldaten traute sie sich nicht, weil sie weiß, dass es bei einem Angriff auf Qendîl sehr große Verluste geben wird. Darum zog sie einige Banden aus Efrîn ab und brachte sie in Richtung Qendîl. So eine Art Bewegung hat es gegeben.

Ist bekannt, ob es Verhandlungen zwischen der türkischen und der syrischen Regierung über den Status von Efrîn gibt?

Die einzige Information, die wir zu diesem Thema geben können, ist die, dass einige Vertreter des Regimes, die aber keine Entscheidungsbefugnis hatten, als Zeugen bei den Verhandlungen zwischen der Türkei und Russland anwesend waren.

Gibt es Gespräche mit der syrischen Regierung über die Situation und Perspektiven der aus Efrîn vertriebenen Bevölkerung, speziell in der Region Şehba? Gibt es UN-Institutionen, die sich an deren Versorgung beteiligen?

Jetzt leben hunderttausend Menschen aus Efrîn in Şehba. Ihre Lebensbedingungen sind sehr schwer, hart und schwierig. Sie sind umzingelt. Auf der einen Seite die Türkei und die ihr angehörenden Gruppen, auf der anderen Seite das Regime. Wir haben uns dafür eingesetzt, dass die UN sich kümmern und einen Weg für humanitäre Hilfe freimachen. Aber die Vereinten Nationen machen nichts. Als Grund geben sie an, dass diese Region dem Regime gehöre und für ein Kommen und Gehen die Erlaubnis des Regimes notwendig sei. Es sieht so aus, als gebe es keine Einigung mit den UN und dem Regime. Tatsächlich ist die Situation der Menschen aus Efrîn sehr schwierig. Sie versuchen, den harten Bedingungen zu trotzen. Sie wollen derzeit nicht nach Efrîn zurückkehren, weil es besetzt ist und unter der Scharia beherrscht wird. Ein Großteil der Menschen hatte vorher die autonome Selbstverwaltung unterstützt. Würden sie zurückkehren, würden sich die Türkei und ihre Gruppen an ihnen rächen. Es kann sein, dass sie im Falle einer Rückkehr festgenommen, gefoltert oder umgebracht werden. Also, einerseits akzeptieren die Menschen, die jetzt in Şehba sind, die Besatzung nicht, andererseits wollen sie nicht unter der Scharia leben und eine Rückkehr wäre mit Gefahr für das eigene Leben verbunden. Diese Menschen haben versprochen, nicht nach Efrîn zurückzukehren, bis es befreit ist. Aber die Situation ist tragisch. Es gibt materielle Schwierigkeiten, in der Gesundheitsversorgung, der Bildung und bei der Unterbringung. ♦

Revolution ist nicht, wenn es knallt
– sondern wenn sich etwas in der Tiefe verändert und etwas Neues entsteht

»Freiheit ist ein Leben ohne Angst«

Andrea Benario

Wir leben in einer Zeit tiefer Krisen und Widersprüche, die sich in unserem gesellschaftlichen und persönlichen Leben widerspiegeln. Der paradoxe Gegensatz zwischen Reichtum und Armut verschärft sich nicht nur in den Besitzverhältnissen: Der Pflanzenreichtum der Natur wird durch Monokulturen dezimiert. Diversität an Lebensentwürfen und Ausdrucksformen von Frauen wird durch patriarchale Gewalt erstickt und eingeebnet. Kultureller Reichtum verschiedener Regionen verkümmert im Grau der globalen kapitalistischen Leitkultur. Eine Vielzahl politischer Handlungsmöglichkeiten wird auf die Teilnahme an Parlamentswahlen reduziert, die keine Veränderungen bewirken oder gegebenenfalls annulliert werden. Ideenreichtum zur Verwirklichung von ausbeutungsfreien, solidarischen Beziehungen und Gesellschaften verkümmert in der Einsamkeit von Individualismus und Konkurrenz. Eine Flut an Informationen und Wissen, die durch Massenkommunikationsmittel auf uns einströmen, berauben uns der Fähigkeit zwischen Wahrheit und Täuschung zu unterscheiden. Inmitten einer Vielzahl an potentiellen Möglichkeiten sollen wir in Ausweglosigkeit und Sinnlosigkeit, in geistige und menschliche Armut bis hin zum Selbstmord getrieben werden.

Auf diese Weise werden nicht nur Natur und Ressourcen ausgebeutet und zur Ware gemacht, sondern auch unsere menschliche Existenz, unsere Gedanken und Gefühle. Globale Think-Tanks und Medienkonzerne produzieren und vermarkten unentwegt Informationen und Wissen, um uns die Allmacht des kapitalistischen Systems zu suggerieren. Mit ihren Wissens- und Informationsstrategien bilden sie Meinungen und bestimmen Tagesordnungen. Um ihre »Wahrheit« in allen Kreisen der Gesellschaft glaubhaft zu machen, verbreiten sie ihren Profitinteressen dienende »objektive Fakten« in unterschiedlichen Aufmachungen: von wissenschaftlichen Publikationen bis hin zu Hollywood-Filmen, Facebook-Einträgen und Twitter-Meldungen. Zugleich werden gegenläufige Informationen, Wissen und Wahrheiten, die von den Möglichkeiten und der Existenz einer »anderen Welt« zeugen, konsequent unterschlagen, zensiert oder manipuliert.

Jineolojî – eine Wissenschaft für die Freiheit

Vor diesem Hintergrund stellt Jineolojî einen Ansatz dar, das patriarchale, kapitalistische Machtmonopol über Wissen und Wissensverbreitung zu brechen. Die Arbeiten zum Aufbau einer alternativen Wissenschaft von und für Frauen und die Gesellschaft verfolgen das Ziel, den Wissensschatz und Ideenreichtum von Frauen aus verschiedenen Teilen der Welt bewusst und füreinander zugänglich zu machen. Hierbei geht es insbesondere darum, das Leben selbst als Quelle des Wissens zu begreifen. Indem wir unsere Lebenserfahrungen reflektieren, gelingt es uns Widersprüche von Armut und Reichtum, von Unterdrückung und Herrschaft aufzudecken, die Ursachen der Krisen und des Unrechts zu erkennen und zu benennen. Durch die Arbeiten der Jineolojî wollen wir insbesondere den vielfältigen Erfahrungsschatz, den Frauen in ihren Widerständen gegen patriarchale Gewalt und Kriege in allen Teilen der Welt gewonnen haben, einander zugänglich machen. Denn diese Erfahrungen zeigen uns, dass wir nicht allein sind, und helfen uns, das Gefühl der Isolation und Ohnmacht zu überwinden.

Vor allem in den vergangenen drei Jahren haben Frauen an verschiedenen Orten Kurdistans, des Mittleren Ostens und Europas sowie in anderen Teilen der Welt begonnen, sich auf unterschiedliche Weise am Aufbauprozess von Jineolojî zu beteiligen. Wir haben gelernt, dass die Diskussionen, Workshops, Studien und Forschungsarbeiten, die sich im Kontext von Jineolojî Schritt für Schritt weiterentwickeln und an Kontinuität gewinnen, Mut zu neuen Taten und persönlichen Entwicklungsprozessen geben und zugleich eine Inspirationsquelle gesellschaftlicher Veränderungen darstellen können. Das konnten wir insbesondere in der Dialektik der Verteidigung und des Aufbaus der Revolution in Rojava erfahren.



In Rimelan im Kanton Qamişlo hat der 7. Kongress der Frauenbewegung Kongreya Star stattgefunden. 700 Delegierte und Gäste aus Nordsyrien, Südkurdistan, Damaskus, dem Libanon und Europa diskutierten zwei Tage lang über die aktuelle politische Situation, die bisherige Arbeit der Frauenbewegung und die weitere Perspektive. Foto: ANHA

Isolation und Angriffe auf allen Ebenen gegen Rojava

Um zu verhindern, dass diese Dynamiken und das Wissen über die Möglichkeiten des Aufbaus basisdemokratischer Gesellschaftsmodelle Verbreitung finden können, versuchten hegemoniale und regionale Staaten von Anfang an mit verschiedensten Strategien Rojava zu isolieren, anzugreifen und zu entvölkern. Hierzu gehören das ökonomische Embargo genauso wie militärische Angriffe, die seit dem Beginn der Revolution in Rojava andauern. Wurden für die militärische Aggression zunächst Handlager wie al-Nusra, der IS u. a. FSA-Gruppierungen benutzt, so trat die Türkei ab 2016 auch offen in den völkerrechtswidrigen Besatzungskrieg ein, der durch imperialistische Hegemonialstaaten wie Russland und die USA aktiv unterstützt wurde. Um ihre Profitinteressen im Mittleren Osten langfristig durchsetzen zu können, treiben sie die Spirale des Krieges und der Zerstörung in Syrien immer weiter an. Dies wird auch an der politischen Ignoranz deutlich, die sie gegenüber der politischen und institutionellen Vertretung der Demokratischen Autonomie und Föderation Nordsyrien zeigen. Indem sie auf dem Ausschluss von VertreterInnen Rojavas bei internationalen Konferenzen und UN-Gremien für einen Friedensprozess in Syrien sorgen, wollen sie verhindern, dass die legitimen Interessen der Bevölkerung Gehör und Anerkennung finden. Auch Deutschland leistet – nicht nur mit Waffenlieferungen an die Türkei – seinen Beitrag zur Kriegs- und Abschottungspolitik gegen Rojava. So wurden beispielsweise verschiedene zivilgesellschaftliche Projekte zur Förderung des kulturellen und wissenschaftlichen Austausches mit Einrichtungen der Demokratischen Selbstverwaltung in Rojava / Nordsyrien durch Beraterstäbe des deutschen Außenministeriums unterbunden. Hiermit verfolgt die deutsche Regierung das gleiche Ziel, das die Türkei mit Mauerbau und Militäraufgebot entlang der Grenze zu Rojava und die PDK in Südkurdistan mit der willkürlichen Schließung der Grenzübergänge verfolgten: die Isolation und Abschottung von Rojava, die Unterbindung von menschlichen Begegnungen, freiem Gedanken- und Informationsaustausch.

Was ist eine Revolution? Was bedeutet Freiheit?

Rojava wurde in der internationalen Öffentlichkeit vor allem mit dem Widerstand von Kobanê gegen den IS im Jahr 2014 und mit dem seit Januar 2018 andauernden Widerstand gegen den Besatzungskrieg der türkischen Armee im Kanton Efrîn bekannt. Insbesondere die starke Beteiligung von Frauen, die auf allen Ebenen des Kampfes sichtbar wurde, erregte Aufmerksamkeit. Viele Menschen haben sich seitdem gefragt, was die Hintergründe und Ziele des Widerstands sind, und die Entwicklungen in Rojava mit Interesse verfolgt. Auf allen Kontinenten bekundeten Hunderttausende insbesondere während der wochenlangen Angriffe auf Kobanê und Efrîn ihre Solidarität mit dem Widerstand der Bevölkerung von Rojava. Bei verschiedenen Diskussionsveranstaltungen wurden u. a. immer wieder die Fragen diskutiert, ob es sich hierbei »wirklich um eine Revolution« handele, wie das Modell der demokratischen Selbstverwaltung in die Praxis umgesetzt werde und ob sich Frauen in Rojava nun wirklich befreit hätten. Die meisten Fragen, die in diesem Kontext gestellt werden, drehen sich um den strukturellen Aufbau, um technische und quantitative Daten wie beispielsweise: Wie viele Kommunen und Kooperativen gibt es? Wo kommt das Geld dafür her? Wie viele KämpferInnen sind bei der YPJ-YPG? Wie viele Frauen arbeiten bei den Asayîş oder in den Organen der Demokratischen Selbstverwaltung?

Zweifelsohne sind in diesen Bereichen wichtige Arbeiten geleistet und Fortschritte errungen worden. An Orten, an denen es Frauen früher kaum möglich gewesen wäre, allein eine Nachbarin zu besuchen, sind sie nun überall im öffentlichen Leben präsent. Jedoch reicht dies aus, um von einer Frauenrevolution zu sprechen? Wie erleben Frauen in Rojava den gesellschaftlichen Wandel in ihrem persönlichen Leben und in ihrem Umfeld? Fühlen sie sich »frei«? Wie definieren sie Freiheit?

Bei den Diskussionen um diese Fragen in Rojava stoßen wir immer wieder auf die von Männern aufgestellte Behauptung: »Jinên me azadiyê şaş fehm kir.« *[Unsere Frauen haben die Freiheit falsch verstanden.]* Auf die Frage hin, was sie damit meinen würden, heißt es dann zumeist: »Freiheit ist, frei zu denken, nicht irgendwelche freizügigen Kleider anzuziehen oder durch die Gegend zu ziehen …« Mit diesem Argument bringen Männer – aber auch einige Frauen – ihren Argwohn darüber zum Ausdruck, dass viele Frauen sich nicht länger den traditionellen, patriarchalen Verhaltensmustern entsprechend verhalten. Einerseits suggeriert diese Feststellung, dass die intellektuelle Kapazität von Frauen nicht ausreichen würde zu wissen, was Freiheit sei. Andererseits spiegelt sich in der Bezeichnung »unsere Frauen« männliches Besitzdenken oder aber die Abgrenzung von Frauen gegenüber anderen Frauen wider. Jedoch sind die Diskussionen, die sich um diese Behauptung herum entfacht haben, auch ein Ausdruck von Veränderungen



Kinderfest im Frauendorf Jinwar in Rojava/Nordsyrien. Foto: jinwar.org

in den Geschlechterrollen und der Suche nach eigenen Freiheitskriterien.

Die Suche nach Freiheitskriterien findet unter den Bedingungen eines Krieges statt, durch den Frauen in Syrien vielfaches Leid, Vertreibung, sexuelle Gewalt, Armut, den Verlust von nahen Angehörigen, Ehemännern und ihren Sozialstrukturen erlebt haben. Unter dem Terrorregime des IS wurden Frauen explizit zur Zielscheibe ideologischer sexistischer Angriffe und physischer Feminizide. Unter dem IS mussten Frauen ihren gesamten Körper – einschließlich des Gesichts und der Hände – schwarz verhüllen. Andererseits preisen westliche Medienkonzerne Frauen die Schönheitsideale, Beziehungsmodelle und den individualistischen Lebensstil der kapitalistischen Moderne an, welche als angebliche Maßstäbe für Freiheit und Fortschritt propagiert werden. Einen Gegenpol zu diesen Konzepten, in denen Frauen jeweils zum Objekt gemacht werden, stellen die Ideen und Analysen Abdullah Öcalans zum Thema Frauenbefreiung als Grundlage der gesellschaftlichen Befreiung dar. Sie inspirieren viele Frauen allen Alters in Rojava, sich am Aufbau kommunaler Selbstverwaltungs- und Selbstverteidigungsstrukturen zu beteiligen. Sie geben ihnen Mut, patriarchale Sichtweisen und Traditionen zu hinterfragen, Männerherrschaft in Familie und Gesellschaft zurückzuweisen, ihren Willen zu artikulieren und neue Wege zu beschreiten. Es ist ein Prozess der Suche nach Freiheitskriterien, in dem gedankliche und praktische Entwicklungen ineinandergreifen und einander stärken.

Im Sommer 2018 führte das Jineolojî-Forschungszentrum des Kantons Cizîrê in Dêrik mit Frauen Umfragen und in den Kommunen Diskussionsrunden über ihr Freiheitsverständnis durch. Die Antworten und Meinungen spiegeln unterschiedliche Zugänge und Auffassungen wider, die alle ein Teil der gesellschaftlichen Realität sind, in der sich die Revolution in Rojava entwickelt.

Antworten auf die Frage »Was bedeutet Freiheit?« lauteten beispielsweise: »Freiheit bedeutet, unabhängig zu sein, sich frei bewegen und frei entscheiden zu können.« Dem fügte eine andere Frau hinzu, dass Freiheit nicht auf eigene persönliche Bedürfnisse reduziert werden könne: »Wer frei ist, denkt frei und respektiert zugleich die Gedankenfreiheit von anderen.« Viele stimmten darin überein, dass eine Voraussetzung für Freiheit sei, »die Ketten der Versklavung zu zerreißen«, dass dies allein jedoch nicht ausreichend sei: »Freiheit bedeutet, sich selbst zu kennen, eine Identität zu haben und sich selbst zu verwalten.« Eine alte Frau, die lange den Diskussionen schweigend zugehört hatte, brachte ihr Verständnis von Freiheit letztendlich in einem einzigen, aber sehr bedeutungsvollen Satz auf den Punkt: »Freiheit ist ein Leben ohne Angst.«

In den anschließenden Diskussionen über Kriterien der Frauenbefreiung und warum die Behauptung kursiere, Frauen hätten sich ein »falsches Verständnis von Freiheit« zu eigen gemacht, kamen insbesondere bezüglich des Umgangs mit gesellschaftlichen Traditionen und Sitten kontroverse Ansichten zur Sprache. Ein Teil der Frauen meinte, dass ein Kriterium der Frauenbefreiung sein müsse, »die Grenzen gesellschaftlicher Traditionen und Sitten nicht zu überschreiten«. Demgegenüber betonten andere Frauen die Notwendigkeit, sich aus Traditionen und Sitten zu befreien, die unter dem Einfluss von Religion und Männerherrschaft entstanden seien. »Die Versklavung, der Frauen bislang ausgesetzt waren, und mangelnde Bildungsmöglichkeiten« seien die Ursache dafür, dass Frauen bislang keine eigenen Lebensziele entwickeln konnten. Deshalb würden einige Frauen dazu neigen, das Nachahmen westlicher Schönheitsideale und egoistischer Umgangsformen als »Freiheit« zu begreifen. Demgegenüber müssten die Kriterien der Frauenbefreiung darauf beruhen, dass »Frauen in allen Lebensbereichen wirklich frei und eigenständig entscheiden können und sich selbst vertrauen«. Hierbei ginge es darum, ein »gemeinsames Verständnis zu entwickeln und gemeinschaftliche Verantwortung zu übernehmen« und ein Bewusstsein dafür zu schaffen, »dass Frauen und Männer die gleichen Rechte und Pflichten haben. Denn es müsse möglich sein, dass Frauen sich zugleich bilden, einen Beruf haben, heiraten und Kinder bekommen können«. Des Weiteren wiesen Frauen darauf hin, das ein wichtiges Kriterium der Frauenfreiheit sei, „die Versklavung des Menschen durch andere Menschen insgesamt zu beenden«.

»Die Freiheit ist sowohl im Hier und Jetzt als auch etwas, das sehr weit entfernt ist und was es zu erreichen gilt.«[1]

Daran schloss die Frage an: Was behindert die Verwirklichung der Frauenbefreiung momentan am meisten? Die meisten Frauen antworteten auf diese Frage mit Begriffen wie »gesellschaftliche Traditionen und Sitten, der Einfluss von Religion, ökonomische Abhängigkeit, Armut und der Mann«. Denn »noch immer leben Frauen unter der Mentalität des Mannes, die Frauen wie eine käufliche und verkäufliche Ware ansieht und als eine Dienerin für die Hausarbeit«. Diesem Frauenbild gegenüber hat sich im Zuge der Kämpfe zum Aufbau und der Verteidigung der Demokratischen Autonomie in Rojava ein weiteres Frauenbild durchgesetzt, das gesellschaftliche Anerkennung findet und als Vorbild gilt: »Eine willensstarke Revolutionärin, die ihr Leben für die Freiheit aufopfert und sich durchsetzt.« Hierbei ist es wichtig, nicht zu vergessen, dass all diese tausenden willensstarken Revolutionärinnen unter den gleichen Bedingungen aufgewachsen sind wie diejenigen, die

1 aus: Widerstand und gelebte Utopien: Frauenguerilla, Frauenbefreiung und Demokratischer Konföderalismus in Kurdistan

als »Ware« oder »Dienerinnen« behandelt werden. Ein Kriterium für Freiheit und Frauenrevolution muss auf jeden Fall sein, diese Kategorisierung von Frauen zu überwinden.

Stellenweise wurden auf diesem Weg, sich eine gemeinsame Identität als Frauen zu erkämpfen, auch schon wichtige Fortschritte errungen: Wurden vor der Revolution Frauen in der Umgangssprache als »pirik« *[Alte]* bezeichnet, so hat sich nun der Begriff »jin« *[Frau = Leben]* durchgesetzt. Junge Frauen verbitten es sich, als »keçik« *[unverheiratetes Mädchen]* angesprochen zu werden. Sie bezeichnen sich heute mit Stolz als »jinên ciwan«. Anstelle der Bezeichnungen »jina min« *[meine Ehefrau]* oder »zilamê min« *[mein Ehemann]* wird zunehmend der Begriff »hevjîn« *[Partner/in mit dem/der das Leben geteilt wird]* verwendet. Diese Veränderungen in der sprachlichen Ausdrucksweise stehen in Wechselwirkung mit Veränderungen im Denken und in der Wahrnehmung von Frauen. Mit der Selbstorganisierung von Frauen und ihrem Engagement beim Aufbau der kommunalen Selbstverwaltungsstrukturen sind sich viele Frauen über die Bedeutung ihres vorhandenen Wissens und Könnens bewusst geworden, das früher kaum wertgeschätzt wurde: von der Kompetenz zur Lösung von gesellschaftlichen Konflikten, die unter dem Baath-Regime jahrzehntelang ungelöst dahinschwelten, bis hin zu naturheilkundlichem Wissen und dem Talent, die gesamte Nachbarschaft zu organisieren. Durch Kommunen und gemeinsames Arbeiten in Kooperativen und gesellschaftlichen Einrichtungen haben Frauen einander kennengelernt. Frauen aus verschiedenen nationalen und religiösen Communities, Frauen mit unterschiedlichen Ansichten und Zugängen zu ihrer Arbeit bilden heute an vielen Orten solidarische Frauengemeinschaften. In diesen Verbindungen unterstützen sich Frauen im Alltag, gewinnen an Kraft, Selbstbewusstsein und Handlungsmöglichkeiten hinzu. Das neue Selbstwertgefühl, das Frauen hierbei erlangen, wirkt sich wiederum auch auf die Familienbeziehungen aus. Viele Frauen berichten davon, dass sich die Atmosphäre und der Umgang in ihren Familien verändert habe, seit sie selbst angefangen haben, in ihren Kommunen aktiv zu werden.

Die Frage, was denn ihrer Meinung nach eine Frauenrevolution sei, beantwortete eine Frau aus Kobanê anhand eines Beispiels aus ihrem eigenen Leben: »Früher waren wir zu Hause eingesperrt. Wir konnten noch nicht einmal allein zu Besuch zu unserer Nachbarin gehen. In die Stadt auf den Markt zu gehen war gänzlich tabu. Deshalb musste ich mir immer meine Kleider aus dem Stoff nähen, der meinem Mann gefiel und den er gekauft hatte. In diesen Kleidern habe ich mich nie wohlgefühlt. Heute gehe ich selbst mit anderen Frauen auf den Markt und kaufe mir meinen Stoff nach meinem eigenen Geschmack. Wir besuchen die Frauen in unserer Nachbarschaft, gehen gemeinsam zu Festen und Versammlungen. Dieses Jahr sind wir zum 8. März mit einem Bus voller Frauen bis nach Efrîn gefahren, um die Frauen dort zu unterstützen.« Dies ist eine von unzähligen Geschichten, in denen Frauen in Rojava von den qualitativen Veränderungen in ihrem Leben berichten, die in keinen statistischen Erhebungen verzeichnet werden. Wenn wir die Bedeutung von Revolution und einem freien Leben wirklich verstehen wollen, müssen wir die Freiheitsmomente in den Details des alltäglichen Lebens sehen und spüren können. Hierzu gehört auch, die Freiheitsmomente in der Geschichte im heutigen Leben und uns selbst als ein Teil der Geschichte zu begreifen. Es geht darum zu sehen, dass einige Elemente der Freiheit, die wir erreichen wollen, bereits in Teilen unseres Lebens schon existieren. Indem wir diese mit Veränderungsprozessen bei uns selbst und in unserem Umfeld in Beziehung setzen, können wir auch Dynamiken für umfassendere gesellschaftliche Veränderungsprozesse in Gang setzen. Genau dies sind die wichtigen Erfahrungen und Erkenntnisse, die wir in den Begegnungen mit Menschen in Rojava lernen können.

In den letzten Jahren unternahmen einige JournalistInnen, ÄrztInnen, Fach-Delegationen, AktivistInnen und InternationalistInnen den Versuch, in die Gebiete der Demokratischen Autonomie in Rojava und Nordsyrien zu reisen, um sich selbst einen Eindruck von der Situation und den Entwicklungen zu machen. Und immer wieder stießen sie hierbei auf vielerlei Hindernisse, die durch die internationale Abschottungs- und Isolationspolitik gegen Rojava verursacht werden.

Diese bittere Erfahrung musste im Juli 2018 auch eine Delegation von Akademikerinnen für ein Kooperationsprojekt zwischen der Universität in Emden und der Rojava-Universität machen, die von der südkurdischen PDK am Grenzübergang nach Rojava gehindert wurde. Das Ziel dieser Delegation, die u. a. Grußworte und Solidaritätsbotschaften von Akademikerinnen, der Studierendenvertretung, der Gleichstellungsbeauftragten und des Friedensforums mit im Gepäck hatte, war es insbesondere gewesen, über die Möglichkeiten der Zusammenarbeit mit der Jineolojîfakultät zu diskutieren.

Die Absicht, den akademischen und gedanklichen Austausch zu verhindern, ist Ausdruck der Angst der Herrschenden, dass Menschen wagen, außerhalb der Grenzen des patriarchalen, kapitalistischen Herrschaftssystems denken, lernen und leben zu wollen. Denn die Revolution und die Realität der Bevölkerung in Rojava zu erleben, zu spüren und zu verstehen, ist mit der Herausforderung verbunden, vorherrschende Dogmen, Kategorien und »Wahrheiten« infrage zu stellen. Sie eröffnet uns die Möglichkeit, neue Brücken zu bauen, um einer gemeinsamen Freiheitsdefinition näherzukommen, gemeinsam neue Perspektiven für die Frauenbefreiung als Grundlage progressiver gesellschaftlicher Veränderungen zu entwickeln und unsere Utopien zurückzuerobern. ♦

Wie all unsere Schwestern überall auf der Welt kämpfen auch wir in Mesopotamien und im Mittleren Osten seit langem für die Erlangung der Freiheit. Die sozialen, ökologischen und ökonomischen Probleme des patriarchalen Systems – die sich in diversen Formen und Ausprägungen über tausende von Jahren äußerten – sind zunehmend größer geworden. Dieses System hat nicht nur alle Frauen, Menschen, Völker, Arbeiterinnen und Bäuerinnen ihrer Freiheit beraubt. Darüber hinaus sind wir heute mit einem Feminizid, Genozid, der Zerstörung von Natur und Gesellschaft konfrontiert.

1. Konferenz, 6.–7. Oktober 2018, Frankfurt am Main, organisiert von: Network Women Weaving the Future

der Art und der Methoden, welche die staatliche Klassengesellschaft bei der Kolonialisierung von Frauen nutzt, auch eine Wiederbelebung der Geschichte des Widerstandes von Frauen

Frauenkonferenz: Revolution in the making

Der Kapitalismus ist in einer strukturellen Krise und obwohl er behauptet, dass es keine Alternative gäbe, hat er weltweit seine Legitimität verloren. Um diese Krise zu überwinden, verändert und reinstalliert er seine Grundsäulen Fundamentalismus, Szientismus, Sexismus, Feudalismus, Faschismus und Nationalismus und versucht so, sich selbst als die einzige Alternative zu präsentieren.

Wir, als diejenigen, die kämpfen, wissen, dass die fundamentale gemeinsame Basis all dieser Wege die weitere Kolonialisierung von Frauen darstellen wird. Ebenso bedeutet dies eine Vertiefung der ökonomischen, sozialen und ökologischen Probleme.

Wir wissen, dass es Möglichkeiten jenseits der uns als Alternativen propagierten Wege gibt. In Rojava/Nordsyrien, Bakur/Südosttürkei ebenso wie in den anderen Teilen dieser Welt, wie beispielsweise bei den Zapatistas, ist es möglich, den Kampf, die Erfahrung und den Aufbau eines neuen Weges zu sehen. Der Aufbau eines antipatriarchalen Systems und einer demokratischen Ökonomie ist in greifbarer Nähe und hat das Potential, sich dauerhaft zu etablieren. Das 21. Jahrhundert hat das Potential, zum Jahrhundert der Freiheit der Frauen und der Völker zu werden.

Aus diesem Grunde möchten wir auf der Konferenz »Revolution in the Making« in Frankfurt am 6. und 7. Oktober 2018 unser gesammeltes Wissen, die Kraft der Veränderung und unsere Erfahrungen zusammenbringen und vereinigen. Wir denken, dass ebenso sehr wie eine fundamentale Analyse nötig ist. Wir erachten es als wichtig, unsere Erfahrungen zu teilen, um somit auf die neuen Angriffe des patriarchalen Systems vorbereitet zu sein. Wir werden somit in der Lage sein, Wege, Methoden und Perspektiven zu schaffen, die zu den Konditionen, Eigenschaften und Bedürfnissen unseres Zeitalters passen. So werden wir uns selbst organisieren können, von lokalen bis hin zu weltweiten Bündnissen. Gegen die anhaltenden Angriffe des patriarchalen Systems werden wir ein beständiges Netzwerk des Widerstandes weben. Somit haben wir die Möglichkeit, zu aktiven Subjekten des fesselndsten Kampfes unserer Zeit zu werden.

Programm

TAG 1

Eröffnung

Session I: Die Krise des Patriarchats und sein systematischer Krieg gegen Frauen

1. Der Höhepunkt des Patriarchats: Die Frauenfeindlichkeit des Kapitalismus

Nie zuvor in der Geschichte waren Frauen einer so tiefen und vielschichtigen Ausbeutung ausgesetzt wie im Kapitalismus. Zusammen mit dem Nationalstaat bildet der Kapitalismus den institutionalisiertesten Ausdruck des Patriarchats. Darüber hinaus zerstörte der Kapitalismus, als er zum System

wurde, diejenigen Gesellschaften, die auf der Mutter-Frau-Kultur beruhten und als sein Gegenstück angesehen werden können. Wie sollen wir, davon ausgehend, die Verbindung zwischen dem patriarchalen System und dem Kapitalismus definieren? Warum und wie hat das hegemonial-männliche System im kapitalistischen Zeitalter seinen Höhepunkt erreicht? Und kann ein Befreiungskampf der Frauen, der keinen antikapitalistischen Charakter hat, erfolgreich sein?

2. Der Zusammenbruch des 21. Jahrhunderts: Frauen ergreifen Herausforderungen und Chancen

Das kapitalistische Weltsystem ist mit einer strukturellen Krise in das 21. Jahrhundert eingetreten. Entsprechend seinem Charakter versucht es, aus seiner systemischen Krise herauszukommen, indem es die Angriffe auf seine Feinde intensiviert. Insbesondere können wir von einem systematischen Krieg gegen Frauen sprechen. Aber Krisen enthalten immer auch die Möglichkeiten für starke Aufstände. Welche Risiken und Chancen birgt die patriarchale Systemkrise für die Frauenbefreiung? Wie können wir die aktuelle Krise aus weiblicher Perspektive einschätzen?

3. Sexismus und seine Verbindung mit der Heiligen Dreifaltigkeit des Kapitalismus

In der kapitalistischen Moderne reproduziert sich die Macht basierend auf den ideologischen Grundsäulen des Sexismus, Nationalismus, Fundamentalismus und Szientismus. Während diese Säulen alle nicht voneinander getrennt werden können, ist Sexismus die Grundlage aller Formen von Herrschaft. Was ist der Zusammenhang zwischen Sexismus und den drei anderen ideologischen Säulen der kapitalistischen Moderne? Und wie geht man mit Nationalismus, Fundamentalismus und Szientismus im Kampf gegen Sexismus um?

Session II: Workshops

1. Der Aufstieg faschistischer Regime und ihre Auswirkungen auf Frauen

2. Feminizid, sexuelle Gewalt und Selbstverteidigung

3. Ökologie

4. Matriarchale Gesellschaften und soziale Identitäten

5. Krieg, Vertreibung und Migrationspolitik

6. Kolonialismus, kapitalistische Moderne und ihre Auswirkungen auf Frauen

7. Die Feminisierung von Armut und kommunalistische Wirtschaft

8. Frauen und alternative Medien

9. Von der Theorie zur Praxis

10. Der Gegenwart widerstehen: Die Theorie der Frauenbefreiung in die Praxis umsetzen

Abend: Konzert

TAG 2

Session III: Frauenbefreiungskampf von Fis nach Kobanê und von Minbic nach Raqqa

1. Die Philosophie hinter dem Bruch mit dem patriarchalen System

Wie sind wir auf dem Weg von Fis *[Gründungsort der PKK 1978]* nach Raqqa zu dem Schluss gekommen, dass die Befreiung der Frau kostbarer ist als die Befreiung eines Landes? Wie grundlegend sind die Befreiung von Frauen und das Töten der dominanten Männlichkeit für das Erschüttern der Grundlagen des patriarchalen Systems? Wie ermöglichen uns die Demokratische Nation und die Freiheitssoziologie, unsere eigene Zukunft zu gestalten? Welche Rolle spielt dabei die Jineolojî?

2. Die Schaffung des konföderalen Systems der Frauen: Die Philosophie in der Praxis

Die Umwandlung unserer Errungenschaften in ein kontinuierliches und nachhaltiges System ist entscheidend. Dafür müssen wir die wichtigsten Säulen der patriarchalen Ordnung ersetzen. Bedeutend hierfür sind Organisierung, Vernetzung, Bildung, kommunale ökologische Ökonomie und der Aufbau außerstaatlicher Strukturen (einschließlich des Systems der Co-Vorsitzenden) sowie deren Erhalt.

3. Warum »Selbstverteidigung« und nicht »Schutz« von Frauen: Der Mythos, die Heuchelei und die Wahrheit

Sowohl das Gewaltmonopol der Nationalstaaten und anderer Staatsformen der Vergangenheit als auch die exzessive und uneingeschränkte Anwendung von Gewalt durch die revolutionären Bewegungen in der Vergangenheit und deren unzureichende Analyse haben unser Verständnis von Selbstverteidigung geprägt. Haben wir uns nie selbst verteidigt oder müssen uns andere verteidigen; wenn es so ist, stellt sich die Frage: warum? Und wer wendet Gewalt gegen uns an? Wie sollten wir unser Verständnis von Selbstverteidigung definieren und arti-



kulieren? Welche Vorkehrungen sind zu treffen, damit Selbstverteidigung nicht zur ungewollten – patriarchalen – Form der Gewalt wird?

Session IV: Verschiedene Orte, universelle Kämpfe: Frauenbewegungen und ihre Erfahrungen

1. Von *bandit queens* zu *pink gangs*: Postkolonialer Widerstand asiatischer Frauen gegen geschlechtsspezifische Gewalt und Vergewaltigung

Indien ist eines der Länder, in denen der Konflikt zwischen einer Kultur der Mutter-Frau und Sexismus am deutlichsten gesehen werden kann. Auf der einen Seite die Kultur der Muttergöttin, auf der anderen Seite Witwenverbrennungen, das Töten von weiblichen Föten, Gruppenvergewaltigungen. Wie ist es möglich, dass in einem Land, in dem Frauen noch vor kurzer Zeit geheiligt wurden, Frauenfeindlichkeit ein so hohes Niveau erreichen konnte? Welche Rolle spielte der Kolonialismus? Und wie widersetzen sich Frauen in Indien in Theorie und Praxis den verschiedenen Formen von Sexismus und Ausbeutung?

2. Das Nicht-Trauern um schwarze Leben und warum weiße Vorherrschaft sexistisch ist

Die außergerichtlichen Hinrichtungen, Polizeigewalt, systematische Ungleichheit und Diskriminierung gegen »black people« in den USA sind der lokale Ausdruck einer viel universelleren Realität: Jene, deren Leben von der biopolitischhegemonialen Ordnung abgewertet werden, deren Leben als entbehrlich erachtet wird, werden zu offenen Zielen von Tötungen. Sie sind diejenigen, die das System an seinen Wurzeln erschüttern würden, wenn sie frei wären. Könnte es in diesem Sinne ein Zufall sein, dass parallel zum Wachstum der *BlackLivesMatter*-Bewegung unter der Führung von Frauen eine Person, die für Sexismus und weiße Vorherrschaft steht, Präsident der USA wurde?

3. Das Erwachen der Kinder der Göttinnen: Die zweite Frauenrevolution im Nahen Osten

Atargatis in Nordsyrien, Ischtar in Mesopotamien, Anahita im Iran, Star in Kurdistan: Im Nahen Osten, wo die Kultur der Muttergöttinnen tief verwurzelt ist, weben Frauen eine zweite Frauenrevolution. Aber der Nahe Osten ist auch der Ort, an dem das Patriarchat institutionalisiert wurde und heute ein heftiger Kampf zwischen männlicher (Vor-)Herrschaft und Frauenbefreiung stattfindet. In Anbetracht der historischen Bedeutung der Region sollte der Frage nach einer universellen Bedeutung des Befreiungskampfes der Frauen im Nahen Osten nachgegangen werden. Welche Bedeutung hat die Frauenrevolution innerhalb der Revolution?

4. Gabrielas Nachfolgerinnen: Frauenbündnis in Theorie und Praxis

Ein effizienter Befreiungskampf der Frauen gegen das patriarchale System erfordert ein einheitliches und vernetztes Handeln. Aber wie können wir uns trotz unserer Unterschiede vereinen? Welche Prinzipien, welches Verständnis sind für einen gemeinsamen Kampf notwendig? Was sind die Schwierigkeiten und Erfolge von Allianzen? Wie entwickeln wir ein gemeinsames Organisationsmodell und schützen gleichzeitig die Autonomie der einzelnen Organisationen in der Praxis?

5. #NiUnaMenos: Wir werden keine Frau weniger werden

In Lateinamerika haben die Tötungen von Frauen das Ausmaß eines Feminizids erreicht. Frauen kämpfen seit Jahren darum, die Tötungen auf staatlicher Ebene sichtbar zu machen und sicherzustellen, dass die Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen werden. In Anbetracht der Komplizenschaft des Staates folgerten sie, dass ein Feminizid nur mit einer starken Organisierung gestoppt werden kann. Die Bewegung *Ni una menos* begann in Argentinien und verbreitete sich über ganz Lateinamerika. Wie können Feminizide gestoppt werden? Welche Art von Organisierung brauchen wir?

6. Wiedergeburt der revolutionären Kultur: Frauenorganisierung in Afghanistan

Afghanistan, Iran, Türkei – die späten und frühen 80er Jahre waren Jahre, in denen das große revolutionäre Potential der Gesellschaften des Nahen Ostens und insbesondere der Frauen sichtbar wurde. Die Hegemonialmächte reagierten darauf mit der Unterstützung von Militärputschen, islamistischen Gruppen und politischen Tötungen. Unter dem Deckmantel der Demokratisierung oder ab 2001 des »Kampfes gegen den Terror« waren sie aktiv an der Förderung blutiger »Bürgerkriege« beteiligt. Sie verfolgten damit insbesondere einen besonderen Krieg gegen das revolutionären Potential von Frauen. Die Versklavung von Frauen ist die Zerstörung der revolutionären Kultur. Aber afghanische Frauen kämpfen unter schwierigen Bedingungen gegen ihre Versklavung, indem sie ihre revolutionäre Kultur wiederbeleben.

Session V: Revolution im Aufbau: Wir weben unsere Zukunft gemeinsam

Die Umwälzungen und Umbrüche unserer Zeit führen nicht nur zu viel Schmerz, Gewalt und der Vertreibung von Millionen von Menschen aus ihrem Land, sondern bieten uns auch die Chance, unsere eigene Lebensweise zu weben. Was können die Maßstäbe dessen sein, was wir vorschlagen? Wir wissen viel mehr als je zuvor über unsere Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft. Inwieweit ist es möglich, sich innerhalb jedes dieser Maßstäbe zu vernetzen? Das Verständnis von Solidarität muss sich ändern, aber wie können wir eine Einheit von Anstrengungen, von Kämpfen, von Taten und von Schöpfung erreichen und sie zusammenweben?

1. Schwarze Frauenbefreiungsbewegung: Schwarze Frauen haben brutale rassistische Repression erlebt sowie deren Manifestation in archaischer Versklavung und Kolonisierung und die Aggression, die sie in verschiedenen Formen mit sich bringt. Doch von Beginn an haben sie um ihre Freiheit gekämpft und sind weiterhin eine Inspiration für kämpfende Frauen weltweit. Was ist der Weg vor uns und wie können wir Verbindungen knüpfen?

2. Die schönen Farben zeigen, wie die Frauen in Indien es wagen, die Angriffe der neoliberalen Politik des Kapitalismus und die allumfassenden Angriffe des Patriarchats zu bekämpfen und widerständig zu sein. Wie schaffen wir Raum für verschiedene Formen von Solidarität?

3. Die Frauen aus den arabischen Ländern haben den zweischichtigen Freiheitsverlust durch das sehr harte arabische hegemoniale Patriarchat erlitten, das seine regionale und weltweite Macht an die kapitalistische Hegemonie verloren hat. Wie können wir die Grenzen zwischen den Frauen der Region überwinden und gemeinsam handeln?

5. Aus den Trümmern von Fundamentalismus, Feudalismus, Nationalismus und den jüngsten Kriegen erheben sich die Frauen aus Kurdistan – die Versklavtesten der Versklavten –, um alle Formen des Patriarchats zurückzuweisen. Wie können Frauen (wieder) gemeinsam handeln, wenn es um gemeinsame Ziele geht?

6. Zapatistas: Die Frauen der Regenwälder singen uns dasselbe Lied in einer anderen Melodie; sie führen den Kampf und den Widerstand der Frauen in den Regenwäldern fort und darüber hinaus. Räumlich weit voneinander getrennt und doch so nah in der Vision.

Jetzt ist die Zeit der Frauen, jetzt ist es an der Zeit, gemeinsam unsere Zukunft zu weben, und es ist an der Zeit, das 21. Jahrhundert in das Jahrhundert der Freiheit der Frauen und Völker umzugestalten!

Praktische Informationen:

Datum: 6.–7. Oktober 2018

Beginn: 09:00 Uhr

Ort: Studierendenhaus an der Goethe-Universität, Mertonstraße 26, 60325 Frankfurt am Main

Simultanübersetzung in folgende Sprachen: Kurdisch, Englisch, Deutsch, Türkisch, Italienisch, Spanisch und Französisch

Teilnahmegebühr: 30 € inkl. Mittagessen, Tee und Kaffee; Soli-Beitrag 50 €. Wenn es schwierig ist, den Betrag zu bezahlen, lasst es uns wissen. Die Registrierung für die Konferenz ist ab dem 5.10.2018 um 17:00 Uhr möglich.

Unterkunft: Die Unterbringung erfolgt bei solidarischen kurdischen Familien und Freundinnen für maximal drei Nächte. Außerdem haben wir in günstigen Pensionen Zimmer vorreserviert.

Anmeldung: Bitte meldet euch bis zum 15. September unter der Mail-Adresse womenweavingfuture@riseup.net an. Teilt uns dabei mit, von wo ihr anreisen werdet, wann ihr ankommt, ob und für wie viele Nächte ihr Unterkunft und ob ihr Kinderbetreuung braucht.

Weitere und aktuelle Informationen zu Programm und Organisatorischem findet ihr auf der Homepage www.revolution-inthemaking.blogsport.eu ♦

Dohuk statt Rojava oder:

Das widerwärtige Spiel der Großmächte im Mittleren Osten

Ella Bremer

Ella Bremer von der feministischen Kampagne »Gemeinsam kämpfen – für Selbstverwaltung und demokratische Autonomie« war im Juli und August für 4 Wochen gemeinsam mit einigen Genoss_innen in Kurdistan unterwegs.



Geschlossener Grenzübergang nach Rojava. Foto: ANF

Am 13. Juli sind wir mit einer kleinen Gruppe in den Irak, nach Südkurdistan, Hewlêr (Erbil), geflogen, um von dort nach Rojava, in die Demokratische Föderation Nordsyrien zu gelangen. Dort wollten wir ein Waisenhaus in Kobanê besuchen, uns als Sozialarbeiter_innen und Lehrer_innen mit dem Bildungssektor in Rojava vertraut machen, neue Kontakte knüpfen und dringend benötigte Materialien vorbeibringen.

Vier Tage später sitzen wir in Dohuk – in Südkurdistan (bzw. Nordirak) –, einige kurieren den ersten Durchfall aus und alle von uns versuchen mit der Enttäuschung und Wut umzugehen, die das Verwehren der Einreise bei uns auslöst.

Zwei Tage hintereinander, am Sonntag und Montag, sind wir zur Grenze gefahren: Wir hatten offizielle Schreiben dabei, haben unseren Besuch und unsere Pläne angekündigt, sind Gäste von Einrichtungen und Verantwortlichen in Rojava – doch all das zählt nicht.

Was zählt, das sind die Machtspielchen derer, die die Grenze kontrollieren und die wirtschaftlichen und geostrategischen Interessen mit dem Grenzübergang in Semalka, mit der Aufteilung Syriens, der Neubildung einer irakischen Regierung, der Ordnung der Welt zu ihren Gunsten, verbinden.

Alles nur schlechte Ausreden

»Just NGOs and journalists« ist die erste offizielle Formulierung der Grenzbeamtin im Vorzimmer – nur wenige Meter trennen uns dort physisch von unserem Ziel und den Menschen, die dort auf uns warten. »Warum?«, fragen wir, und: »Was macht unser Anliegen anders als das einer registrierten NGO?«

»HE says no, that‘s it, you cannot pass.« Über Stunden versuchen wir am ersten Tag eine Erklärung für diese Neuregelung, die erst seit wenigen Tagen in Kraft scheint, zu bekommen. Und wir versuchen zu IHM vorzudringen, dem Mann, der hinter der Tür sitzt, hinter der sie, die Beamtin aus dem Vorzimmer, immer wieder verschwindet und dann mit den Pässen und entweder guten oder schlechten Nachrichten zurückkehrt.

Hartnäckig versuchen wir die Absage auszusitzen und fordern immer wieder eine Erklärung ein, gehen ordentlich auf die Nerven und machen unseren Unmut deutlich – ohne Wirkung.

Als wir gehen, lächeln wir noch einmal dem jungen Mann zu, der mit uns im Büro saß. Er steht trotz seiner Zurückweisung direkt am Grenzübergang mit seinen Taschen und viel zu warmen Klamotten. Er wollte offensichtlich als Kämpfer zu den YPG, den Volksverteidigungseinheiten. Erst versuchte er es mit »I want to teach English«, als die Absage kam, sagte er noch »YPG?«, erntete ein Kopfschütteln und verließ mit hängendem Kopf den Raum.

Nun also Dohuk, was uns dort wohl erwartet ...

Bestürzt und hungrig steigen wir also nach stundenlangem Verhandeln und Beratschlagen ins Taxi zurück nach Dohuk – von dort wollen wir es einen Tag später wieder versuchen.

Dohuk ist anderthalb Stunden von der Grenze entfernt und wir kommen in einem Hotel unter, in dem zeitgleich Peschmerga (Sicherheitskräfte) und Vertreter der Regionalregierung Kurdistans tagen. Nur Männer; überhaupt bewegen wir uns in einer Gesellschaft von Männern, auf den Straßen kommen uns nur wenige Frauen entgegen.

Südkurdistan ist eine autonome Region im Irak, regiert von der PDK, der »Demokratischen Partei Kurdistans«. Diese besteht aus undurchsichtigen Clanstrukturen, verfolgt die Idee eines klassischen Nationalstaates und erlaubt der türkischen Regierung Angriffe auf ihr »autonomes« Territorium, wenn es um Rückzugsräume der PKK geht.

Hier orientiert sich alles am Erdöl und an sonstigen Machtinteressen der Regionalmächte und der Einfluss nehmenden NATO-Staaten.

Ein bisschen gruselig ist es mit den Menschen, die in letzter Instanz dafür sorgen, dass wir hier festsitzen, in einem Hotel unterkommen. Nichtsdestotrotz, beim WM-Finale in der Lounge sind alle gleich, es scheint keine akute Bedrohung zu geben und so versuchen wir es am Montag ein zweites Mal.

So einfach gehen wir nicht ...

Diesmal werden wir schon am zweiten von drei Kontrollpunkten angehalten und gar nicht mehr in die heiligen Hallen des »International Office« vorgelassen. Wir versuchen dort also bei »Nummer vier von oben« erneut unsere Vorhaben und unsere Lage zu erläutern und die einzelnen Entscheidungsträger_innen durch dauerhafte Präsenz bei vierzig Grad im Schatten von unserer Ernsthaftigkeit zu überzeugen.

Mit uns ist auch eine zweite Gruppe aus Deutschland dort. Fünf ganz unterschiedliche Frauen; es ist spannend, mit ihnen ins Gespräch zu kommen. Sie versuchen ebenfalls bereits zum zweiten Mal eine Erlaubnis zu bekommen. Ihr Ziel ist der Aufbau einer Partnerschaft zwischen Universitäten in Rojava und Deutschland. Auch ihre offiziellen Schreiben interessieren hier keine_n.

Nun stehen wir alle gemeinsam da – Lehrer_innen, Sozialarbeiter_innen, Matriarchatsforscherin und Ärztin, Studentin und Übersetzerin – und lernen die Willkür der Regime um uns herum kennen.

Um die Mittagszeit flammt in unserer Delegation noch mal Hoffnung auf. Zwei von uns werden an die Grenze vorgelassen – und neben einem UN-Mitarbeiter, der sich für unseren »Fall« interessiert, kennt unser Taxifahrer einen Menschen im Büro des »Dritten von oben«, der uns zusichert, dass er noch einmal schauen wird, was möglich ist. Als wir wieder im Vorzimmer der Nummer drei auftauchen, kennt uns die Beamtin dort bereits mit Namen. Einige Minuten später sitzen wir bei çay (Tee) und Wasser zu zweit im Restaurant um die Ecke und warten auf weitere Informationen, während die anderen beiden Taxen ausharren und genau studieren, welche Produkte Rojava verlassen (z. B. viele lebende Tiere) und welche hineingebracht werden (z. B. Fertigprodukte). Außerdem verlassen leere Tanklaster Nordsyrien.

Um 14 Uhr fällt die Entscheidung, dass es nichts weiter zu besprechen gibt und wir die Grenze nicht überqueren werden. Uns bleibt nichts anderes übrig, als wieder nach Dohuk zurückzukehren und weitere Pläne zu schmieden. Den gesamten Abend sitzen wir in der Hotellounge und beratschlagen, wen wir noch einschalten könnten. Die andere Gruppe telefoniert mittlerweile mit dem Auswärtigen Amt und streitet über die Notwendigkeit von wissenschaftlichen Beziehungen zwischen deutschen Hochschulen und den Einrichtungen in Rojava.

Wir bitten auch noch mal einige Abgeordnete und NGOs um das Verfassen eines Solidaritätsschreibens an die »Nummer zwei«. Zwischendrin fällt der Strom aus, das Internet funktioniert nur begrenzt – doch Süßigkeiten vom Basar, çay und Kaffeesatzleserei (»morgen um 11.25 Uhr wird es einen freien Weg geben«) halten die Moral hoch.

Eine rein politische Entscheidung

Die Entscheidung, dass gerade nur wenige Menschen in Semalka die Grenze nach Rojava übertreten können, verdanken wir wohl Nêçîrvan Barzanî, dem Neffen des PDK-Chefs Mesud Barzanî und Cousin von Masrour Barzanî, dem die Verantwortung für den Grenzübergang obliegt. Die Neuregulierung scheint in Kraft, seit Nêçîrvan Barzanî zum Antrittsbesuch bei Erdoğan in der Türkei war.

Die Menschen hier – inklusive Kurd_innen, die aus dem Ausland nach Rojava reisen, weil sie humanitäre Hilfe leisten oder ihre Familienangehörigen sehen wollen – werden damit wie so oft zum Spielball der Machtpolitik Erdoğans, der regionalen Clanstrukturen und all der Staaten, die ihre kapitalistischen und menschenverachtenden Interessen in dieser Region sichern wollen. ♦

Die ökologische Komponente der Revolution in Rojava betonen

Ein gemeinsames Verständnis über die Welt, in der wir leben

Fragen an die Kampagne »Make Rojava Green Again« der Internationalistischen Kommune in Rojava

Im Februar dieses Jahres habt ihr als Internationalistische Kommune in Rojava eure Kampagne »Make Rojava Green Again« gestartet. Dies in Zusammenarbeit mit dem Ökologie-Komitee und dem Komitee für Naturschutz des Kantons Cizîrê. Könnt ihr uns einen Einblick in eure Arbeiten geben?

Im Frühjahr 2018 wollten wir mit dem Pflanzen von Bäumen auf dem Gelände unserer Akademie und dem Aufbau einer Baumschule beginnen. Mitte Januar, also zu Beginn unserer Kampagne, begann allerdings der Angriffskrieg der Türkei gegen Efrîn. In der Internationalistischen Kommune wurde deshalb der Schwerpunkt verlegt. Viele Menschen aus der Internationalistischen Kommune sind nach Efrîn gegangen, um von dort zu berichten[1], oder haben sich anderweitig an den Öffentlichkeitsarbeiten beteiligt. Das Pflanzen von 2000 Bäumen auf dem Gelände der Akademie, sowie die Vorbereitung von Tausenden von Setzlingen, mussten wir deshalb auf den Herbst bzw. Winter dieses Jahres verschieben. Gleichzeitig haben wir uns trotzdem dafür entschieden, die Kampagne öffentlich zu machen und die Arbeit an der Baumschule zu beginnen. Im Frühjahr wurden trotz der aktuellen Lage einige Hundert Setzlinge vorbereitet und ein großer Garten ist angelegt worden. Eine Basis für unsere Baumschule ist damit geschaffen.

Die heiße Sommerzeit in Rojava eignet sich nicht zum Pflanzen. Dennoch geht die Planung der Baumschule, insbesondere des Bewässerungssystems, weiter und wir bauen große Schattendächer, um dann Ende des Jahres dort unsere Setzlinge unterzubringen. Aufgrund des Klimas haben wir daher in den vergangenen Monaten die Zeit für andere Arbeiten genutzt. Aktuell arbeiten wir an Übersetzungen des Buchs »Make Rojava Green Again« in Englisch, Französisch, Spanisch, Italienisch, Deutsch, Griechisch, Türkisch, Kurdisch und Arabisch. Weitere Sprachen sind in Vorbereitung. Das Buch fasst die Ergebnisse unserer Arbeiten der vergangenen Monate zusammen. Wir haben uns mit Menschen zusammengesetzt, die in den Selbstverwaltungsstrukturen zum Thema Ökologie arbeiten, um einen Überblick über den aktuellen Stand der ökologischen Arbeiten in Rojava zu bekommen. Darüber hinaus haben wir uns ideologisch mit den Ideen von u. a. Silvia Federici, Murray Bookchin und Abdullah Öcalan beschäftigt. Auf dieser Basis haben wir mit Menschen Lösungsansätze für die ökologischen Herausforderungen entwickelt und skizziert.

Durch die Öffentlichkeitsarbeit und die Arbeit an dem Buch sind wertvolle Kontakte auf der ganzen Welt entstanden. Immer mehr Menschen haben uns angeschrieben und angeboten, das Buch für ihren Sprachraum zu übersetzen, oder ihr Wissen und ihre Ideen mit uns geteilt.

Arbeitet ihr noch an weiteren ökologischen Projekten?

Ein anderer Schwerpunkt unserer Arbeit ist es gerade, weitere Projekte neben der Baumschule vorzubereiten. Wir wollen in den Bereichen Energie, Müllrecycling und Wasser experimentieren und Modellprojekte entwickeln. Auch hier hat unsere Öffentlichkeitsarbeit außerhalb von Rojava Wirkung gezeigt. Expert*innen für all diese Arbeitsfelder haben sich bei uns gemeldet. Konkretere Planungen gibt es für den Bau der ersten Windturbine in Rojava, einer einfachen Biogasanlage und eines Grauwasserfilters. Erste Kontakte und Ideen sammeln wir zu Solarenergie und Recyclingprojekten. Dabei ist die Umsetzung der Projekte für uns als auch für die Expert*innen eine Herausforderung. Nach wie vor mangelt es in Rojava durch das Wirtschaftsembargo an Maschinen und speziellen Baumaterialien. Es geht uns aber nicht darum, Konzepte aus dem Westen zu importieren und eins zu eins umzusetzen. Außerdem fehlt es oft an ganz einfachen Dingen – und es muss daher improvisiert werden.

1 One week in Afrin, one week of resistance 27/02/18 – Defend Afrin, Resistance Diaries #07 (http://internationalistcommune.com/one-week-in-afrin-one-week-of-resistance-27-02-18-defend-afrin-resistance-diaries-07/)



Mit was für Problemen seid ihr auf anderen Ebenen konfrontiert?

Durch die Politik des syrischen Regimes und den Einfluss der kapitalistischen Moderne ist viel Wissen über autonome Organisierung und Lebensführung verloren gegangen. Noch vor vierzig Jahren war die Landwirtschaft vielseitig und das dörfliche Leben durch Selbstversorgung gekennzeichnet. Nach wie vor gibt es einige Menschen, gerade ältere, die das Wissen über Tiere und Pflanzen der Region bewahrt haben. Aber die starke Entfremdung der Gesellschaft von der Natur ist merkbar. So fehlt zum Beispiel in vielen Teilen der Gesellschaft ein Verständnis für unsere ökologischen Arbeiten. Wir sehen daher auch die Verantwortung, unsere Kampagne in Rojava selbst bekannter zu machen und damit die ökologische Komponente der Revolution zu betonen und zu stärken. Ein Ausgangspunkt unserer Kampagne nach Diskussionen mit den Strukturen hier war genau die Feststellung, dass von den drei Grundpfeilern des demokratischen Konföderalismus – Frauenbefreiung, radikale Demokratie und Ökologie – gerade die Ökologie oft zu wenig Aufmerksamkeit findet.

In der Öffentlichkeitsarbeit haben wir, wie das gesamte Projekt der demokratischen Selbstverwaltung in Nordsyrien, nach wie vor mit Antipropaganda und staatlicher Kriminalisierung der kurdischen Freiheitsbewegung im Westen zu kämpfen. Viele bürgerliche Organisationen wollen nach wie vor nicht mit uns zusammenarbeiten. Viele Menschen schrecken trotz einer grundsätzlichen Sympathie vor einer aktiven Unterstützung zurück.

Was ist das Ziel eurer Kampagne? Wie kann man euch konkret unterstützen?

Für uns ist die Kampagne »Make Rojava Green Again« in erster Linie Ausdruck eines neuen Internationalismus. Durch die Verbindung der ökologischen Kämpfe in Rojava und außerhalb wollen wir ein gemeinsames Verständnis über die Welt, in der wir leben, entwickeln. Ein gemeinsames Verständnis über die Zusammenhänge zwischen der Ausbeutung der Natur durch den Menschen und von Menschen untereinander – beides Formen patriarchaler Unterdrückung – ist unsere Basis. Ausgehend davon wollen wir uns gemeinsam über Alternativen austauschen und sie realisieren. Wir wollen damit zum Aufbau einer globalen ökologischen Gesellschaft beitragen.

In diesem Sinne gibt es unzählige Möglichkeiten, sich zu beteiligen. Die Kampagne ist sehr offen. Wir würden uns freuen, wenn Menschen die Kampagne, ihre Ideen aufgreifen und mit ihren lokalen Kämpfen verbinden. Wir laden alle Menschen ein, mit uns in Kontakt zu treten und sich gemeinsam zu organisieren.

Konkret auf die Projekte in Rojava bezogen ist die größte Unterstützung, wenn Menschen für einen längeren Zeitraum nach Rojava kommen und uns bei den ökologischen Arbeiten unterstützen. Dabei geht es nicht darum, dass jede Person etwas »Besonderes« können muss. In Rojava gibt es die Möglichkeit, eigene Fähigkeiten, die im kapitalistischen System eher unbedeutend blieben, zu entwickeln.

Für die Umsetzung der Projekte braucht es natürlich auch Expert*innen. Wir freuen uns über Kontakte und das Weitertragen unseres Aufrufs. Wir suchen Menschen mit Erfahrungen mit regenerativen Energien, Aufbereitung von Wasser, ökologischer Landwirtschaft und Recycling. Wir freuen uns über Unterstützung sowohl aus der Ferne als auch vor Ort.

Für die Umsetzung der Projekte, insbesondere aber das Aufforstungsprojekt im Naturschutzgebiet Hayaka, wird Geld benötigt. Wir sind auf Spenden angewiesen und freuen uns daher auch über finanzielle Beteiligung an der Kampagne.

Wir rufen alle solidarischen Menschen auf, sich an der Kampagne »Make Rojava Green Again« zu beteiligen und in einen Austausch darüber zu treten, wie ökologische und andere Probleme angegangen werden können und letztendlich die kapitalistische Moderne zu überwinden ist.

Weitere und aktuelle Informationen über »Make Rojava Green Again« gibt es auf der Homepage makerojavagreenagain.org und auf Twitter und Facebook. ♦

Spendenkonto: Rote Hilfe
IBAN: CH82 0900 0000 8555 9939 2
BIC: POFICHBEXXX
PostFinance Bern
Stichwort: Internationalist Commune of Rojava

Crowdfunding-Kampagne für die Kosten des Buches der Kampagne »Make Rojava Green Again«
https://www.ecocrowd.de/projekte/make-rojava-green-again-book/



Ronahî – Andrea Wolf

Wie schön für uns, dich unter den Freund*innen in den Bergen begrüßen zu dürfen ...

Sipan

Ich weiß noch, wie es mich gefreut hat: Wir sprachen über unsere Politisierung. Mich hatte 1981 das Manifest »Freizeit 81« fasziniert. Endlich mal ein stimmiger und wahrhaftiger Begriff von NO FUTURE: Keine Zukunft in diesem System! Und du gabst dich zu erkennen als jemand, die an diesem Manifest beteiligt war. Wie schön! Schade, dass wir uns nicht damals schon getroffen hatten.

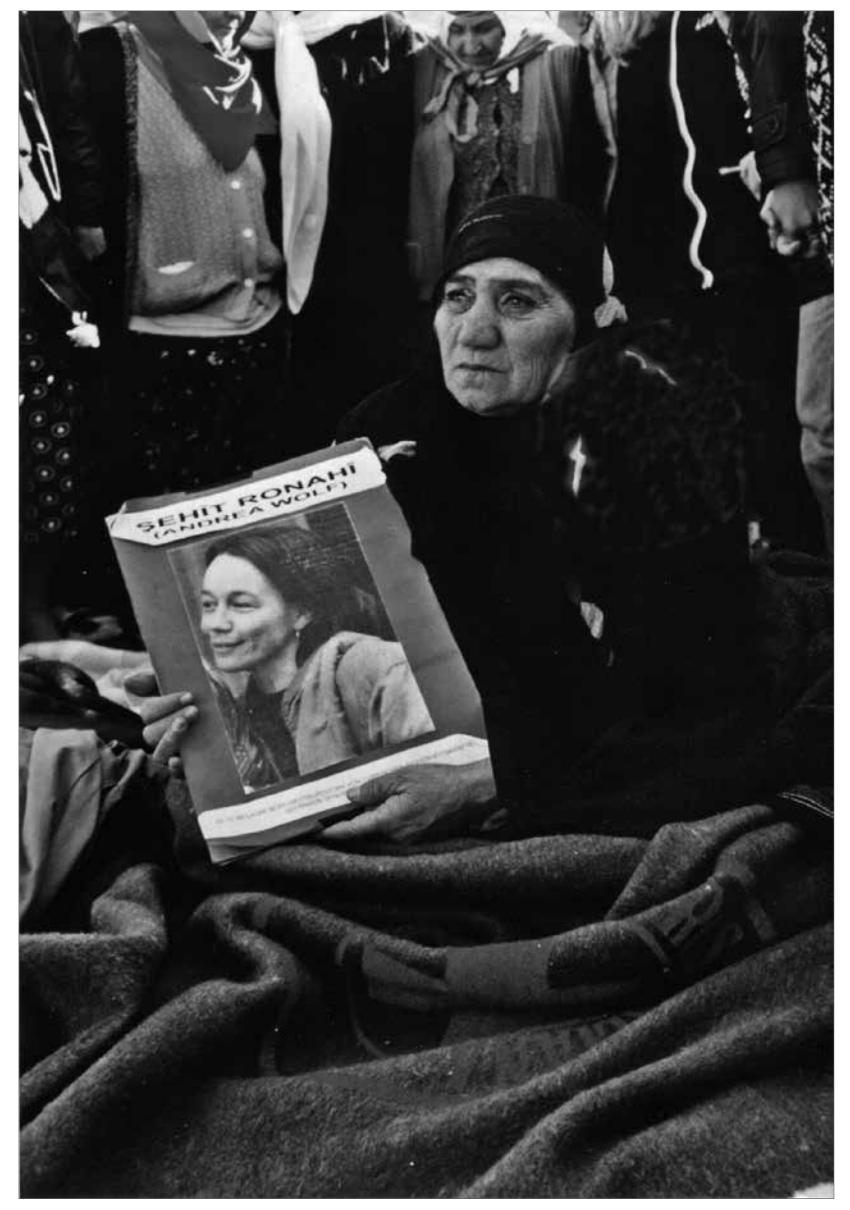
Dieses Gefühl hatte ich oft in Situationen mit dir: Da ist jemand, sehr präsent, immer unglaublich viele Möglichkeiten im Kopf.

Und die leuchtenden Augen, wenn du von gelungenen Aktionen sprachst. Oder von deinen Begegnungen mit Abdullah Öcalan in der Partei-Akademie: endlich ein Mann, dem du Vertrauen schenken konntest, der nicht dein Cowboy sein wollte und sollte, dein Chef, sondern der an der Seite der Menschen und vor allem der Frauen steht, der jeder und jedem helfen will, Perspektiven zu erkennen und zu entwickeln.

Aber jetzt bin ich voller Freude und frohen Herzens …

sagtest du nach deiner Entscheidung, dich auf den Weg in die Berge Kurdistans zu machen, dich in der PKK mit den vielen Internationalist*innen auseinanderzusetzen, auszutauschen und Pläne zu schmieden. Was für eine gute und schöne Entscheidung.

Zuvor hattest du uns kritisiert, dass wir hier, im Herzen der Bestie, wo so vieles, fast alles, zusammengebrochen schien, niemand so wirklich wusste, wie es weitergehen könnte … also dass wir hier fehlen würden, um mit allen zur Verfügung stehenden Menschen Neues-Lebendiges-Kämpferisches-Zu-



Rom im November 1998

versichtliches aufzubauen. Und dann die Gespräche, wo soll das Neue herkommen? Aus uns heraus? Woraus sonst? Und was haben wir alles ausprobiert und was ist draus geworden und woran lag das und überhaupt? Und warum kriegen wir die Fragen nicht richtig zu fassen? Oder gar Antworten? Wir sind so verfangen in diesem System, so sehr Teil dieser Scheiße, verseucht von Konkurrenz, patriarchalen Verstrickungen, Unsicherheit … Ja, aber wir brauchen hier jede und jeden! Dein Strahlen in den Gesprächen, deine Offenherzigkeit und fühlbare innere Teilnahme an jeder und jedem Einzelnen, die Ernsthaftigkeit und Wärme, das Ringen um mehr Klarheit. Und das war das Schöne: Es ging in den Gesprächen nie darum, Positionen durchzusetzen, sondern immer darum, die Spur der Möglichkeiten aufzunehmen, auf der wir vielleicht Neues erreichen können: Du hattest die Fähigkeit, andere dazu zu bringen, wieder mehr auf die Funken Hoffnung zu schauen als auf die Schmerzen der Niederlagen.

Und die Zeiten waren schwer: Verrat, Verfolgung, Verhaftungen, Mord, Verzagtheit, Engstirnigkeit, Rückzug, Ratlosigkeit … Wer wollte denn unter diesen Bedingungen vorwärtsgehen, wer hatte sich das zugetraut? Du. Weil: Was sonst?! Egal wie die Schwierigkeiten aussehen. Dann müssen wir eben beim Gehen gehen lernen. Mit all deinen Selbstzweifeln, und dem häufigen Gefühl, allein dem Ganzen gegenüberzustehen: Nicht verzweifeln – Genossinnen suchen, und Genossen.

Wenn wir aber InternationalistInnen sind …

Als wir dich dann endlich wiedersahen, nach dem Sport- und Schwimmunterricht, den du den Freundinnen gegeben hast: Was für eine Freude.

Nun, wir mussten erfahren, dass du kurz nach unserer Abreise in die Berge dazu gezwungen wurdest, dich dem Zugriff des Staates zu entziehen. Wieder Verrat, Verfolgung, du wurdest weitgehend abgeschnitten von den Genoss*innen. Wie schwer für dich.

Und wie schön für uns, dich unter den Freund*innen in den Bergen begrüßen zu dürfen, ausgerüstet mit Neugier, Zeit und Raum für Diskussionen.

Du hattest in deinem Schreiben an die Bewegung u. a. geschrieben: »Mein Begriff von Internationalismus hat sich neu gestaltet. Bisher ist er von einer schematischen Reihenfolge ausgegangen: erst hier eine Bewegung aufbauen, und dann mit anderen. Wenn wir aber InternationalistInnen sind, können und müssen wir beides gleichzeitig machen. Und wir können an einem Kampf auf einem anderen Teil der Erde teilnehmen, um zu lernen, weil unser Horizont nicht an unseren eigenen nationalen Grenzen aufhört. Zumal wir als Metropolenmen-

schen unsere Situation nur wirklich verstehen können, wenn wir uns mit Augen von außerhalb betrachten.«[1]

… was wird uns die Zukunft bringen

Wir haben uns dann auch viel Zeit nehmen können, uns genau darüber auszutauschen und auseinanderzusetzen: Was sind unsere Erfahrungen, was waren unsere Erwartungen, was wollen wir damit machen, zurück in Europa, was können wir damit machen, im Herzen der Bestie …

Wie kann Bewegung in den Metropolen aussehen, wie kann »gemeinsam kämpfen« aussehen und gestaltet werden, was können wir, was brauchen wir noch alles … Die sich aus den Fragen ergebenden Fragen schienen ins Unermessliche zu gehen und immer größer zu werden. Aber du warst ja da, mit deinem Elan, deinem Optimismus und deiner Zuversicht. Deiner Lebensfreude. Und der Neugier: Was wird die Zukunft uns bringen, jetzt, wo wir den Schlüssel schmieden, um ihn zu benutzen? Deine Begeisterung darüber, die PKK kennenzulernen, in der Frauenarmee organisiert zu sein, endlich eine Bewegung und Menschen getroffen zu haben, die ernsthaft an der Frage gesellschaftlicher Veränderung – und damit der eigenen – arbeiten. Eine Bewegung, die die älteste und stärkste Unterdrückung besiegen und überwinden will, die die Frage der Befreiung der Frau, der Befreiung der Menschen von ihren patriarchal bestimmten Rollen angeht und organisiert. Was für Freiräume dadurch geschaffen werden, welche Energien bei den Einzelnen dadurch freigesetzt werden, wie sehr Selbstbewusstsein dadurch gestärkt bzw. zum Teil erstmal entwickelt wird. Und wie wichtig es ist, diesen Prozess zu organisieren, Strukturen zu schaffen, die dafür sorgen, dass die Prinzipien eingehalten und geschützt werden. Damit Befreiungsprozesse nicht doch wieder nur eine weitere Variante des Alten werden. Du sahst dich als Teil des Versuchs, diese jahrtausendealte Erfahrung zu durchbrechen. Der Weg zur Freiheit.

> »Freizeit `81 ist gewaltlos oder militant, legal oder illegal, ängstlich oder stark, auf jeden Fall: GEFÜHL UND HÄRTE! Freizeit `81 ist Widerstand aus dem Bauch, eine unkontrollierte Reflexbewegung. Niemand kann mit jeder Aktion einverstanden sein, aber jeder sollte seine eigenen Sachen machen. Nur Mut, aber PASST BLOSS AUF! Bildet kleine Gruppen (nur mit bekannten Leuten) oder bleibt Einzelkämpfer« heisst es in einem auf der Rückseite der »radikal« abgedruckten Manifest von »Freizeit ‘81«.

Du warst noch nicht lange da, hattest noch sehr mit den schwierigen Bedingungen zu kämpfen (allein das Sprachproblem!) und wolltest noch so viel sehen, und dennoch warst du schwankend, ob du vielleicht doch mit uns wieder zurückkehrst, jetzt schon, in die Metropole, nach Deutschland und Europa. Denn es ist ja immer noch klar und wahr: Solange die imperialistischen Zentren nicht mit starken wirklich emanzipatorischen Bewegungen konfrontiert sind und weitgehend schalten und walten können, wie sie wollen, so lange werden die Wege zur Befreiung sehr verletzbar bleiben.

Wir hatten dann gemeinsam entschieden, und du wolltest zunächst in den Bergen bleiben, um die Prozesse dort besser kennenzulernen, tiefer einzutauchen.

Und dann, etwas mehr als ein Jahr später, dieser schreckliche Anruf: Andrea ist ermordet worden, die Freundin ist tot.

Was wäre alles gewesen, hätten wir dich bei uns gehabt. Ich weiß es nicht. Aber ich weiß: Unser Leben wäre reicher gewesen mit dir. ♦

1 Zitiert nach: Leben und Kampf von Andrea Wolf, 1999, bestellbar bei isku, isku@nadir.org

Wahlen in Mexiko

Krieg, Herrschaft und Kampf gegen die Staatsgewalt

Marcelo Sandoval Vargas, Universität Guadalajara/Mexiko

¿Qué gana el proletario con el hecho de depositar en la urna una boleta electoral en la que ha puesto el nombre de la persona que ha de formar parte del gobierno? […] el gobierno es fuente de la injusticia, del odio, de la guerra entre los seres humanos.
El trabajador que empuña una boleta electoral es digno de lástima, porque él mismo se nombra a sus verdugos, él mismo fabrica el látigo que ha de cruzarle el rostro, él mismo permite que perdure este sistema infame.
Ricardo Flores Magón

Was gewinnt der Proletarier damit, dass er seinen Stimmzettel abgibt, auf dem er den Namen einer Person aufgeschrieben hat, die wohl an der Regierung mitwirken wird? Die Regierung ist Quelle der Ungerechtigkeit, des Hasses, des Krieges unter den Menschen.
Der Arbeiter, der zum Stimmzettel greift, ist erbärmlich, denn er selbst ernennt seine Henker, er stellt selbst die Peitsche her, die sein Gesicht verletzt, er selbst erlaubt, dass dieses infame System fortwährt.
Übersetzung: Daniel Bencomo

Am 1. Juli 2018 wurden wir im Rahmen der Wahlen in Mexiko Zeugen eines Schauspiels – eines Spektakels, das dazu dient, das alltägliche Schauspiel der Klassengesellschaft in Gang zu halten. Die Gesellschaft in Mexiko ist eine Klassengesellschaft, eine Kolonialgesellschaft, eine Gesellschaft der Staatsherrschaft und des Patriarchats. Es wird ein gesellschaftliches Schauspiel aufgeführt, oder besser gesagt eine Ansammlung von Schauspielen. Für die Mächtigen ist das Schauspiel die einzige Möglichkeit, sich einzubringen, eine scheinbare und passive Beteiligung, bei der die Vorstellungs- und Schaffenskraft der Welt der Institutionen untergeordnet wird. Im politischen Schauspiel sind die Bürger die Schauspieler, Bürger einer konformistischen Gesellschaft, in der das vereinzelte Subjekt die Verantwortung über sein Leben abgibt und damit der Verpflichtung, die Weichen für seine eigene Existenz zu stellen, nicht mehr nachkommt.

Die Wahlen in Mexiko wurden inmitten eines Krieges abgehalten, zwischen verscharrten Toten, Verschwundenen, ermordeten Frauen und versklavten Kindern. In dem Krieg, den der Kapitalismus gegen das Leben führt, befinden wir uns aktuell in einer Etappe, die 2006 begonnen hat, als die Gewalt des Staates gegen die verschiedenen Volksgruppen merklich zunahm. Der neue Politikstil dieser Etappe seit 2006 ist von Gewalt und Repression geprägt. Zwei Vorfälle markieren den Beginn dieser neuen Etappe und zeigen die Verschärfung der Akkumulationsprozesse auf, die das Leben, die Territorien und Körper der Menschen zerstören.

2006 setzte die staatliche Unterdrückung des Dorfes San Salvador Atenco im Bundesstaat Estado de México ein. Die Dorfgemeinschaft hatte schon seit 2001 ihr Land gegen die Bestrebungen verteidigt, dort einen Flughafen zu errichten. Im Mai desselben Jahres entschied sich die Front der Völker zur Verteidigung der Erde (Frente de Pueblos en Defensa de la Tierra, FPDT), in der sich die Bauern organisieren, die in Atenco das Gemeindeland bestellen, eine Gruppe von Blumenverkäufern zu begleiten, die sich einer Räumung durch die Polizei widersetzte. Auf diesen Akt der Solidarität antwortete die Polizei mit Gewalt und Unterdrückung. Dadurch waren einige der Blumenverkäufer und der Führungskräfte der FPDT dazu gezwungen, sich zum Schutz für mehrere Stunden in ein Haus zu flüchten. Die Mitglieder der FPDT sahen sich durch die Repression gezwungen, eine Straßensperre auf einer Landstraße zu errichten, die den Bundesstaat Estado de México mit der Hauptstadt Mexiko-Stadt verbindet. Mit dieser Straßensperrung verbanden sie die Forderung nach Freilassung der Blumenhändler von Atenco. Die Regierung antwortete mit dem Einsatz von Polizei und Militär. Der Einsatztrupp sollte die Anführer festnehmen. Polizeikräfte fielen in das Dorf ein, um alle Sympathisanten zu ergreifen. Menschen wurden ge-

schlagen und festgenommen. Das Ergebnis waren zwei Ermordete, Dutzende Frauen wurden misshandelt und vergewaltigt, Dutzende Menschen geschlagen und gefoltert. Alle vermeintlichen Sympathisanten kamen für mehrere Jahre ins Gefängnis, für Verbrechen, die sie nicht begangen hatten. Die Repression sollte die Organisierung und den Volksaufstand brechen und die Gesamtheit der Kämpfe, Bewegungen und Organisationen des Landes bedrohen.

Der zweite Vorfall aus dem Jahr 2006 war ebenfalls ein Einsatz von Polizei und Militär, und zwar im November. Dieses Mal richtete er sich gegen die Bewohner von Oaxaca-Stadt, gegen die indigene Bevölkerung und gegen eine aufständische Bewegung, die sich seit Juni 2006 mit einer jahrzehntelang nicht dagewesenen Entschlossenheit dem Kampf und der Selbstregierung widmete. Sie war das Werk der Volksversammlung der Völker Oaxacas (Asamblea Popular de los Pueblos de Oaxaca, APPO) und wurde unter dem Namen Gemeinde von Oaxaca (Comuna de Oaxaca) bekannt. Die Gründung der Bewegung ist als eine Antwort auf den Versuch der Regierung zu verstehen, ein Demonstrations-Camp von Grundschullehrern auf dem Hauptplatz der Stadt zu räumen. Diese hatten im Mai angefangen, für Lohnerhöhungen und mehr Arbeitsrechte zu demonstrieren. Als die Polizisten begannen, die Lehrer anzugreifen, kamen die Menschen aus ihren Häusern, um sie zu verteidigen. Sie richteten das Camp erneut ein, aber dabei blieb es nicht. Es wurde spontan entschieden, die Kontrolle über die Stadt zu übernehmen. Für diese Erhebung wurden Barrikaden in allen Stadtteilen errichtet. Einige kommerzielle Radiosender und der staatliche Fernsehsender wurden besetzt. Man nutzte die Medien, um den Kampf und die Aggressionen der Regierung bekannt zu machen, und – noch viel wichtiger – man nutzte sie, um die Bewegung zu organisieren. Während der Monate des Aufstandes versteckte sich die Regierung, es waren keine uniformierten Polizisten zu sehen und die Menschen organisierten in Eigenverwaltung das Leben in der Stadt. So ging das fünf Monate lang. Während der ganzen Zeit übte der Staat weiterhin Gewalt aus. Die Polizisten trugen nun Zivilkleidung und wurden zu Paramilitärs umfunktioniert. Des Nachts griffen sie mit Schusswaffen die Barrikaden an. Täglich kam es an verschiedenen Punkten der Stadt zu Zusammenstößen mit den Ordnungskräften. Die von den Aufständischen kontrollierten Gebiete wurden permanent angegriffen. Im November setzte die Regierung schließlich auch das Militär ein, das Straße für Straße mit Panzern und Soldaten vorrückte, um die Barrikaden zu zerstören und alle Menschen, die am Widerstand festhielten, zu schlagen, festzunehmen und umzubringen. Bis heute weiß man nicht genau, wie viele Menschen dabei ihr Leben verloren, verschleppt und eingesperrt wurden. Man geht von Hunderten aus.

»Der Staat war´s!«

Diese beiden Akte der Unterdrückung stehen sinnbildlich für die neue Staatspolitik. Diese versetzt die Bevölkerung in einen permanenten Ausnahmezustand. Sie muss damit rechnen, dass die erste Antwort des Staates Gewalt ist, die das Ziel verfolgt, die Akkumulationsprozesse und die Gewinne der Kapitalisten zu schützen. Hier findet eine Intensivierung und Wiederaufnahme des kapitalistischen Krieges statt. Der Krieg zwischen denen, die den Besitz haben, und den Enteigneten hat einen langen Atem. Zu dieser neuen Politik des Staates kam dann auch noch der Wahlbetrug im selben Jahr gegen den Präsidentschaftskandidaten Andrés Manuel López Obrador (mit sozialdemokratischer Ausrichtung). Mit dem Wahlbetrug wurde der Kandidat der Rechten an die Macht befördert. Er hatte sich mit den Mächtigen eingelassen, um für sie – unter der Rhetorik eines Kriegs gegen den Drogenhandel – die neue Etappe des kapitalistischen Krieges gegen das Leben zu führen. Damit wurde ein Kapitel in der mexikanischen Geschichte aufgeschlagen, in dem nach offiziellen Angaben 118.000 Menschen ermordet worden und Zehntausende verschwunden sind.

Wir blicken jetzt auf zwölf Jahre Krieg zurück. Der Präsident, der Felipe Calderón nachfolgte, Enrique Peña Nieto der Rechten, führte dessen terroristische Politik fort, mit der er Gebiete und Leben kontrolliert, und dessen Krieg gegen die Völker, gegen die Frauen und gegen die Natur. In den Medien und in den Reden der Politiker überwiegt die Rhetorik, diesen Krieg als Krieg gegen den Drogenhandel darzustellen. Aber im Laufe der Zeit wurde augenscheinlich, dass der Hauptattentäter der Staat selbst ist. Ein Beispiel hierfür ist die direkte Beteiligung der Polizei, der Armee und der Regierenden an der Ermordung von 3 und dem Verschwinden von 43 Studierenden des ländlichen Lehrerkollegs in Ayotzinapa (Normal Rural de Ayotzinapa) am 26. September 2014. Auch bewiesen ist das Massaker, das die Armee in Tlatlaya verübt hat – ebenfalls 2014. Dort ertönte der Schlachtruf in den Straßen und fand Widerhall: »Der Staat war´s!«

Wut und Schmerz wandeln sich in lähmende Angst

Als Antwort auf den kapitalistischen Krieg haben sich Dorf- und Volksgemeinschaften für den Widerstand und die Verteidigung organisiert. Einige der Bewegungen sind zu dem Schluss gekommen, dass vom Staat nichts zu erhoffen ist, dass der Staat selbst das Problem ist. Aus dieser Erfahrung sind Autonomiebewegungen und Erfahrungen der Selbstverwaltung, sowie die Selbstverteidigung von Dorfgemeinschaften, erwachsen. Die Eltern der Verschwundenen haben sich auf die Suche nach ihren Töchtern und Söhnen gemacht. Ihre Suche

führt sie von Stadt zu Stadt, von Massengrab zu Massengrab – in dem Wissen, dass die Regierung ihre Angehörigen nicht aufspüren wird, da sie dem gleichen System angehört, das ihre Angehörigen verschwinden ließ. Trotz allem ist es in diesen zwölf Jahren des Terrors und des Chaos nicht gelungen, ein Revolutionsprojekt zu formen, das die Unzufriedenheit aller zum Ausdruck bringt, das eine wirkliche Alternative wäre, von der aus die Bewegungen und Volksgemeinschaften ihren Kampf führen könnten. Dennoch sind die Wut und der Schmerz der Menschen spürbar. Die Widerstandsprozesse sind verstreut und agieren isoliert. Die Verzweiflung frustriert und hemmt Organisierungsbestrebungen. Wut und Schmerz wandeln sich in lähmende Angst.

Vor dem Hintergrund dieser Vorkommnisse stand es Ende 2017 um die Legitimität des Staates und der politischen Parteien so schlecht wie seit Jahrzehnten nicht mehr: Fast einstimmig war die Verachtung für die regierende politische Klasse. Dem Militär, der Marine und der Polizei begegnete man wegen ihrer Beteiligung am Verschwinden von Personen, an den ungerechtfertigten Massakern und Festnahmen mit Angst und Wut. Es war nicht möglich, einen revolutionären Ausweg aus der kapitalistischen Barbarei zu finden. Dieses Unvermögen wurde von den politischen Parteien bei der Eröffnung des Wahlkampfes ausgenutzt. Der sozialdemokratische Kandidat Andrés Manuel López Obrador lag wie schon 2006 in den Umfragen vorn, und zwar weit vor seinen beiden Hauptmitbewerbern, den Kandidaten der Rechten, Ricardo Anaya und José Antonio Meade. Diese beiden wollten die Politik des Terrors fortsetzen, während López Obrador einen Diskurs der Suche nach Frieden und Entwicklung für das Land pflegte.

In wirtschaftlicher Hinsicht stehen die drei großen Kandidaten für die Fortsetzung des Neoliberalismus, für die Suche nach Gewinn und kapitalistischer Akkumulation. Anaya und Meade auf der einen Seite sprachen ganz offen davon, die Dynamik der Gewalt fortzuführen, die Dynamik eines nicht erklärten Bürgerkrieges. López Obrador auf der anderen Seite erklärte, das Streben nach Gewinn und Akkumulation könne besser verfolgt werden, wenn Frieden und eine gewisse Sorglosigkeit bei den Menschen herrschen. Diese Rhetorik hielt ihn bei einer Wählerschaft, die zwölf Jahre Verzweiflung hinter sich hatte, den ganzen Wahlkampf über weit oben in den Umfragen. Und schließlich gewann er die Wahlen am 1. Juli 2018.

Ohne Hoffnung auf tiefgreifende Veränderungen

Dem Wahlkampf aller Parteien standen weite Teile der Bevölkerung mit Verachtung gegenüber. Die Wahlbeteiligung lag bei circa sechzig Prozent, was eine durchschnittliche Beteiligung für eine Präsidentschaftswahl ist. Enttäuschung und



Demonstration von Altenco – Wir kämpfen für das Leben und wir werden gewinnen. Foto: itsgoingdown.org

Ernüchterung lagen in der Luft. Obwohl der sozialdemokratische Kandidat López Obrador mit einer großen Mehrheit von mehr als fünfzig Prozent gewann, erfüllt das die ärmeren Bevölkerungsteile nicht mit Hoffnung auf tiefgreifende Veränderungen. Das Einzige, worauf sie hoffen, ist, mit weniger Gewalt, mit weniger Ermordungen leben zu müssen und dass weniger Menschen verschwinden. Man hofft auf mehr Arbeitsplätze, um mehr konsumieren zu können. Man hofft auf Ruhe, um mehr produzieren zu können.

Es ist zu beobachten, dass mit dem Wahlsieg von López Obrador der Staat Legitimität zurückgewinnt, da er einen Diskurs der Linken pflegt. Es ist damit zu rechnen, dass die neue Regierung Repressionsformen der Kooptation anwenden und einen Krieg niederer Intensität führen wird. Die Mittelschicht ist zu ihrer stärksten Verbündeten und ersten Verteidigungslinie geworden. Was diese aber vergisst, ist, dass in einem Land wie Mexiko, wo Wahlbetrug die Regel und nicht die Ausnahme ist, der Wahlsieg von López Obrador bedeutet, dass die Eliten den Wahlsieg abgesegnet haben, dass es eine Absprache zwischen beiden Seiten gibt und mit Sicherheit eine ganze Reihe von Kompromissen, die die neue Regierung zu erfüllen hat, wenn sie am 1. Dezember 2018 das Amt antritt.

Es ist zu beobachten, dass mit dem Wahlsieg von López Obrador der Staat Legitimität zurückgewinnt, da er einen Diskurs der Linken pflegt. Es ist damit zu rechnen, dass die neue Regierung Repressionsformen der Kooptation anwenden und einen Krieg niederer Intensität führen wird.

Medien und Mittelschicht stärken neue Regierung

Wenn wir nun versuchen, uns von einem radikalen und revolutionären Blickwinkel aus zu positionieren, ist die Gegenposition zur neuen Regierung eine andere als die zu den beiden vorherigen Regierungen. Diese antworteten auf unsere Verteidigung von Land und Leben mit purer Gewalt. Dieses Mal stehen wir einem Konsens zwischen den Medien und der Mittelschicht gegenüber, der die neue Regierung stärkt. Die übrigen Parteien unterschiedlicher politischer Couleur haben ihre Wahlniederlage gleich akzeptiert und sich hinter den neuen Präsidenten gestellt. Das nötigt zu einer radikalen, antistaatlichen und antikapitalistischen Kritik.

Die vordergründige Rhetorik wird sein, einer erstmals sozialdemokratisch-linken Regierung eine Chance zu geben, und dahinter wird sich Passivität verbergen. Wie bei allen progressiven Regierungen in Lateinamerika wird jede Kritik als reaktionär und proimperialistisch zurückgewiesen werden. Das engt die revolutionären Möglichkeiten ein, die derzeit eh schon verstreut, isoliert und schwach sind. Die Bewegungen und Volksgruppen, die ihr Land verteidigen, stehen repressiven Mechanismen gegenüber, die auf Kooptation und Hilfsleistungen beruhen. Und nicht zu vergessen – Gewalt scheint stets ein probates Mittel, wenn kapitalistische Interessen bedroht sind.

Der Staat ist der gleiche geblieben ...

Hier ist es wichtig, die antistaatliche und antikapitalistische Kritik nicht verstummen zu lassen. Es ist erforderlich, ein reales Projekt auf die Beine zu stellen, von dem aus ein effektiver Widerstand gegen die kapitalistische Dominanz ausgehen kann, der die Kraft hat, das Leben auf eine andere Weise zu organisieren. Der Staat ist der gleiche geblieben, nur dass er nun an Stärke und Legitimität dazugewonnen hat. Er ist also ein noch gefährlicherer Feind als zuvor. Sicher wird er weiter Gewalt anwenden und Menschen verschwinden lassen. Nur gewinnt er zu diesen Unterdrückungsmechanismen neue Kontrollmechanismen hinzu. Die Wahlen vom 1. Juli und ihr Ausgang zeigen nur, dass das kapitalistische System dabei ist, sich zu erneuern, um Ausbeutung und Dominanz fortzusetzen. Die Wahlen haben diese Dominanz restauriert und lassen den Krieg andauern.

Für die indigenen Volksgruppen und die Unterdrückten, für die Enterbten und Enteigneten bleibt nur der Widerstand. Die kapitalistische Welt zerstört das Leben und ist gegen alle, die sich widersetzen, die kämpfen, die aufbegehren. Daher kann unsere Antwort nur die soziale Revolution sein, damit ist eine Ansammlung von Kräften gemeint, die bereit sind, ständigen Kampf zu leben, auf eine andere Weise, auf der Grundlage anderer sozialer Beziehungen. In diesem Sinne werden wir unseren Weg finden, indem wir uns der alltäglichen Probleme annehmen, und zwar gemeinschaftlich und mit ganz konkreten Maßnahmen, ohne Repräsentanten und Vorsitzende. Die Selbstorganisation der Unterdrückten kann die Entkolonialisierung bewirken und zur vollständigen Selbstverwaltung unserer Existenz führen. Hier liegt unsere einzige Chance auf Emanzipation. ♦

Der Autor Marcelo Sandoval Vargas hat einen Master-Abschluss in Sozialwissenschaften und einen Abschluss in Geschichte der Universität von Guadalajara/Mexiko, ist dort als Dozent/Professor an der Fakultät für Anthropologie tätig und nimmt am Centro Social Ruptura und am Centro de Estudios y Documentación Anarquista - Francisco Zalacosta teil. Übersetzung ins Deutsche: Sina Schmelter

»Marx Matinée« zur »marxistischen Moderne«

Die Bedeutung von Karl Marx im kurdischen Befreiungskampf

Reimar Heider, Internationale Initiative »Freiheit für Abdullah Öcalan – Frieden in Kurdistan«

Auf einer Tagung »Marx Matinée« der Rosa-Luxemburg-Stiftungen Rheinland-Pfalz und Saarland am 6. Mai 2018 in Trier sollte anlässlich des 200. Geburtstages von Marx die unterschiedliche Marx-Rezeption in neuerer Zeit beleuchtet werden. Aus der Einladung: »Was denken Marxist_innen heute? Welchen ›Gebrauchswert‹ haben seine Analysen in den täglichen Kämpfen und Auseinandersetzunge? In welchen Projekten lebt Marx fort?« Wir dokumentieren den Beitrag Reimar Heiders für die Talkrunde »Marx'sche Kapitalismuskritik als Religionskritik«

Wenn es um Marx' Bedeutung für den kurdischen Befreiungskampf gehen soll, so muss ich zunächst einmal ganz kurz die verschiedenen Phasen der Geschichte des kurdischen Befreiungskampfs umreißen. Und es wird um Abdullah Öcalan gehen, der es als Vordenker der kurdischen Freiheitsbewegung auf (nach einer aktuellen Zählung) einundachtzig veröffentlichte Bücher bringt und der seit fast zwanzig Jahren im Gefängnis sitzt, die letzten drei davon in totaler Isolation ohne den geringsten Kontakt zur Außenwelt.

Kurzer geschichtlicher Abriss

Aufbaujahre (1973–1983)

Die Aufbaujahre umfassen rund zehn Jahre zwischen der Bildung der ersten Gruppe um Abdullah Öcalan 1973 und der Aufnahme des bewaffneten Kampfes gegen das türkische Regime im Jahre 1984. In dieser Zeit entstand eine ganze Reihe von theoretischen und programmatischen Texten, die heutzutage alle online – wenn auch oft nur in türkischer Sprache – verfügbar sind, darunter das Gründungsprogramm der PKK von 1978.

Wenn wir uns diese Texte, die zumeist nach kollektiver Diskussion von Abdullah Öcalan verfasst wurden, betrachten, so finden wir darin die Spuren einer ausgiebigen Marxlektüre der frühen Protagonist_innen. Die Partei definiert sich als proletarische Partei, die politische Situationsanalyse geht von den unterschiedlichen Interessen der verschiedenen Klassen aus.

Kampfjahre

In den Jahren, als die Guerilla von rund 30 Kämpfer_innen auf bis zu 30.000 anwuchs, spielten praktische Probleme eine Hauptrolle. Fragen von Macht und Bürokratie gerieten in den Vordergrund, da die Volksbefreiungsarmee (ARGK) ganze Gebiete zumindest zeitweise kontrollierte. Gleichzeitig wurde eine Auseinandersetzung mit der Rolle der Religion wichtiger, da weite Teile der Bevölkerung religiös waren und sind, gleichzeitig aber viele verschiedene religiöse Gruppen sich das Land teilen.

Eine der erstaunlichsten Leistungen der kurdischen Freiheitsbewegung ist, als nichtreligiöse Bewegung in einer religiösen Gesellschaft zur Massenbewegung zu werden. Ein Schlüssel liegt in einer genauen Kenntnis der verschiedenen Glaubensrichtungen und dem Verzicht auf direkte Konfrontation. Religion wird dialektisch in ihren verschiedenen Funktionen betrachtet: Einerseits spendet sie Gemeinschaft, bietet Menschen eine moralische Leitlinie und eine Erzählung über Vergangenheit und Zukunft. Andererseits wird die Religion zum Spielball der Interessen der Herrschenden und dient dazu, Gemeinschaften gegeneinander aufzuhetzen – bis hin zum Völkermord. So wird es möglich, dass überall, wo die Bewegung einflussreich ist, die verschiedenen Gemeinschaften kooperieren und sich nicht bekämpfen.

Neues Paradigma (1999–heute)

Nach der Verschleppung Abdullah Öcalans aus Nairobi im Jahre 1999 und dem folgenden, rund fünf Jahre anhaltenden Waffenstillstand unterzog die Bewegung ihre theoretischen

Grundlagen einer umfassenden Neubewertung. Dabei spielten die Gefängnisschriften des Vordenkers Öcalan eine entscheidende Rolle, in denen er sowohl die eigene politisch-praktische Erfahrung als auch die Lektüre von marxistischen und anderen Autor_innen von Hegel bis Murray Bookchin verarbeitete. Die auf dieser Grundlage erfolgte Neuausrichtung der Bewegung bildet den Hintergrund für die Revolution in Rojava/Nordsyrien, aber auch für die Politik der HDP (Demokratische Partei der Völker) in der Türkei.

Bedeutung Marx‘

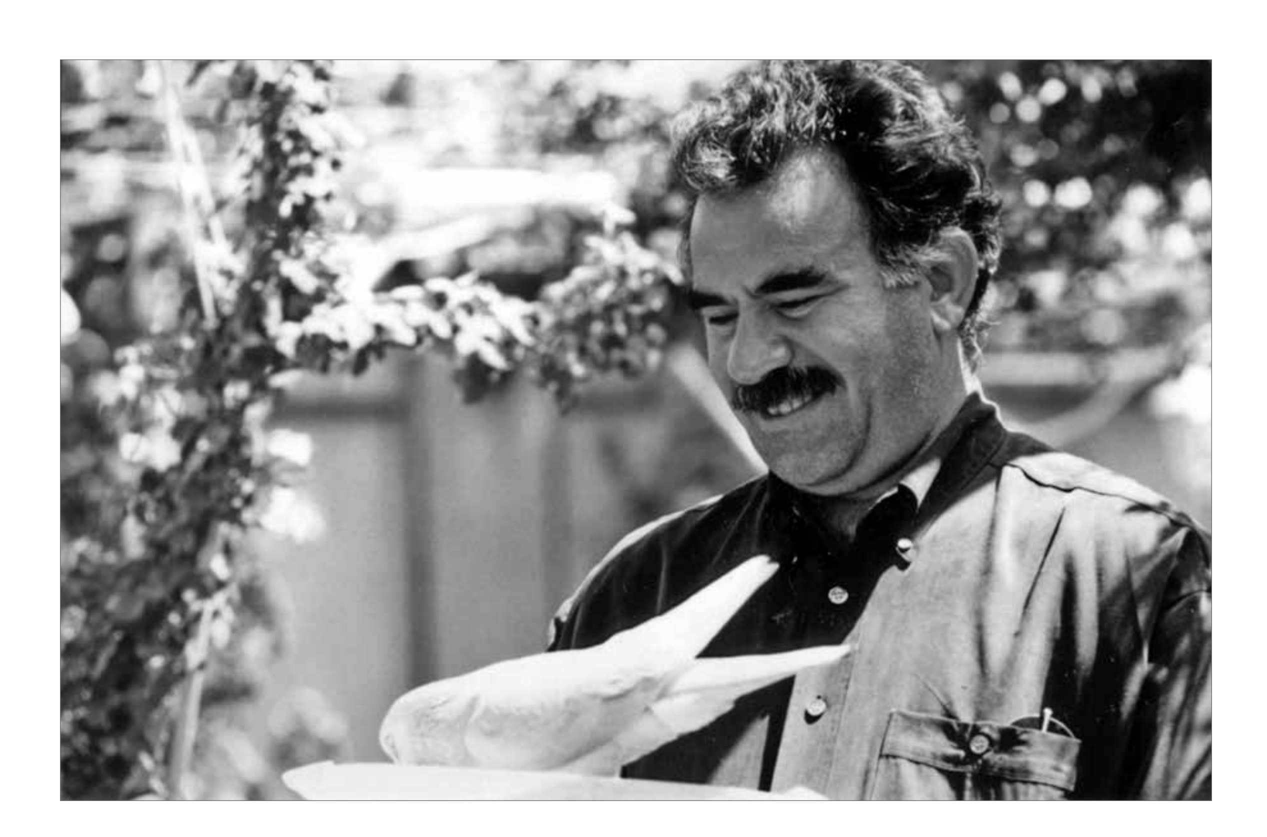
Worin liegt nun also die Bedeutung Marx‘ für die Bewegung über die Jahre? Ich möchte eine Reihe von theoretischen und praktischen Bezugspunkten vorstellen, die verdeutlichen, wie die kurdische Freiheitsbewegung im Wesentlichen der Philosophie und der Methode von Marx folgt – und wo sie es nicht tut.

Den Anfang bildet eine Episode aus der Zeit der 1968er-Bewegung in der Türkei. Öcalan, der in seiner Jugend durchaus religiös gewesen war, fiel ein Exemplar von Leo Hubermans »Das ABC des Sozialismus« in die Hände, einer populären Einführung in den Marxismus. Er verschlang es und kam zu dem Schluss: »Mohammed hat verloren, Marx hat gewonnen.«

Die türkischen Übersetzungen jener Zeit von Marx‘ Werken genießen einen zweifelhaften Ruf und wurden später vielfach kritisiert und revidiert. Außerdem war die neue Bewegung nicht in erster Linie an ökonomischen Details interessiert, sondern an der Theorie und Praxis der von Marx und Lenin inspirierten Befreiungskämpfe in Kuba, Angola und vor allem Vietnam. Und dennoch bilden einige Kernelemente der Philosophie von Karl Marx seit fünfundvierzig Jahren die ideologischen Herzstücke der kurdischen Befreiungsbewegung. Viele davon sind der Bewegung dermaßen in Fleisch und Blut übergegangen, dass sie gar nicht mehr als von Marx stammend wahrgenommen werden.

Geschichte

Da wäre zunächst die Geschichtsphilosophie. Alle Verhältnisse sind von Menschen gemacht und können von Menschen verändert werden. Dazu kommt die Zuversicht, dass sich die Geschichte mit einer gewissen Zwangsläufigkeit auf den Sozialismus zubewegt, wobei es aber noch das Eingreifen bewusster Revolutionär_innen benötigt. Wenn derartiger Determinismus auch in letzter Zeit ausführlich innerhalb der Bewegung kritisiert wird, so ist doch das Bewusstsein, auf der richtigen Seite der Geschichte zu stehen, ziemlich hilfreich, wenn man es gleichzeitig oder nacheinander mit dem NATO-Staat Türkei



und seinen Folterknechten, den arabischen Despoten in Syrien und dem Irak sowie der Theokratie der Mullahs im Iran aufnehmen will.

Darüber hinaus erweist sich Öcalan aber als Schüler jener Methode, die Engels in »Der Ursprung der Familie, des Privateigenthums und des Staats« vorexerziert. Anhand der aktuellsten Erkenntnisse aus der wissenschaftlichen Forschung versucht er, die Historizität der Grundlagen der heutigen Gesellschaft aufzudecken und zu kritisieren. Wie Engels geht es ihm dabei um den Ursprung des Staates, allerdings befasst er sich ausführlich mit den tatsächlich allerersten Staaten, den sumerischen Stadtstaaten wie Uruk und Nippur, von deren Existenz Marx und Engels noch nichts wissen konnten. Heraus kommt dabei eine faszinierende Analyse der theologischen Grundlagen des staatlichen Denkens von der sumerischen Mythologie bis zur säkularen Religion des Nationalismus.

Größtes Augenmerk gilt aber den vor den Staaten existierenden nichtstaatlichen Strukturen, zu denen der Staat die Antithese bildet. Diesen Strukturen und ihrer Fortexistenz in oppositionellen religiösen und philosophischen Bewegungen widmet Öcalan größte Aufmerksamkeit. Langsam hat er sich dabei von Marx‘ Postulat, alle Geschichte sei die Geschichte von Klassenkämpfen, wegbewegt. Heute begreift die Bewegung die Geschichte als Geschichte der Konflikte zwischen der staatlichen, urbanen, patriarchalen Zivilisation und den kommunalen Widerständen dagegen. Diese können von Frauen geführt werden oder von heterodoxen religiösen Gruppen, von unterdrückten Völkern und ethnischen Gruppen oder von Gemeinschaften mit oppositionellen Philosophien einschließlich des wissenschaftlichen Sozialismus.

In vielerlei Hinsicht, so meine These, unternimmt Öcalan für den Mittleren Osten das, was Marx und Engels für die westliche Geschichte getan haben: eine Geschichtsschreibung aus der Sicht der Unterdrückten, mit dem Ziel der Befreiung, mit den Methoden des historischen Materialismus.

Damit wären wir beim zweiten Punkt: dem dialektischen Denken.

Dialektik

Wie Marx denkt Öcalan alles in Beziehungen, in Bewegung, in Widersprüchen. Die gesamte Geschichte der Zivilisation, die er in vielen Bänden untersucht, besitzt demnach eine Antithese, eben die von der staatlichen Zivilisation unterdrückten Frauen, Völker und heterodoxen Glaubensgemeinschaften und Bewegungen.

Eine der Methoden der politischen Arbeit der Bewegungen ist, Menschen mit verschiedenen soziokulturellen Hintergründen zusammenarbeiten zu lassen, also zum Beispiel eine kleinbürgerliche Studentin aus Istanbul mit einem analphabetischen Hirten aus einer Bergregion Kurdistans. Die entstehenden Konflikte werden dann analysiert und diskutiert und dienen als Bildungsmaterial für die gesamte Bewegung. So werden Widersprüche produktiv nutzbar gemacht.

Internationalismus

In bester Tradition von Marx denkt die PKK die Befreiung im Mittleren Osten als eine Befreiung aller Unterdrückten, nicht nur der Kurdinnen und Kurden.

Die kurdische Freiheitsbewegung war von vornherein als eine internationalistische konzipiert. Die erste Dreiergruppe der Bewegung bestand aus zwei Türken und einem Kurden. Die Befreiung Kurdistans wurde in den 1970ern im Kontext einer sozialistischen Revolution im Mittleren Osten gedacht. Die Ausbildung der ersten Guerillakämpferinnen und -kämpfer erfolgte in den Lagern der palästinensischen PFLP (Volksfront zur Befreiung Palästinas).

Der kurdische Nationalismus, der zumeist in Form von Kollaboration mit den staatlichen Mächten daherkommt, wurde von Anfang an kritisiert und bekämpft. Dieser Hintergrund ist wichtig zu kennen, wenn heutzutage nicht nur die bürgerliche Presse von einem »kurdischen Staat« in Nordsyrien schwadroniert. Auf einer Reise durch Nordsyrien habe ich kürzlich den riesigen Friedhof von Kobanê gesehen, wo die meisten der Freiwilligen begraben liegen, die dem Islamischen Staat seine wichtigste Niederlage zugefügt haben. Mehr kurdische Freiwillige sind jedoch bei der Befreiung der sogenannten »arabischen« Städte gefallen, wo die syrisch-demokratischen Kräfte ein multiethnisches und multireligiöses Rätesystem aufbauen.

Frauenbefreiung

In der Betonung der Frauenbefreiung geht die Bewegung über Marx und fast alle anderen revolutionären Bewegungen weit hinaus. Marx lieferte zwar mit seiner Mehrwerttheorie die Grundlage auch der Analyse der Reproduktion, jedoch geht es ihm im Wesentlichen um die Produktion. Ausgehend von der Analyse der Geschlechterfrage als dem wesentlichen sozialen Widerspruch im Mittleren Osten interpretiert Öcalan hingegen das Verhältnis von »Reproduktion« und »Produktion« andersherum: Die wesentlich von Frauen getragene Ökonomie der Versorgung mit Nahrungsmitteln und Kleidung und der Aufzucht von Kindern ist die eigentliche, die gebrauchswertorientierte Ökonomie, während die mal tauschwertorientierte, mal auf gewaltsamer Plünderung basierende »Ökonomie« eine

Entwicklung der Männer ist. Belege für den mehrere Jahrhunderte – wenn nicht Jahrtausende – währenden Übergang von einer matriarchalen Ökonomie zu patriarchalen Gewaltverhältnissen in den sumerischen Stadtstaaten findet Öcalan in altmesopotamischen Texten.

Sichtbaren Ausdruck findet die Haltung zur Frauenbefreiung nicht nur in der großen Zahl autonom organisierter Kämpferinnen in der Guerilla und den Selbstverteidigungsstrukturen in Nordsyrien, sondern auch in der gemischtgeschlechtlichen Doppelspitze in sämtlichen Gremien auf allen Ebenen der politischen Arbeit, einschließlich eines Vetorechts der Frauenstrukturen.

»Philosophie der Praxis«

Der vielleicht wichtigste Punkt aber, an dem die Bewegung von Marx inspiriert ist und der in der Beschreibung als »kämpfende Bewegung« schon mitschwingt, ist die Auffassung von marx'schem Denken als einer »Philosophie der Praxis«. Die theoretische Auseinandersetzung dient nicht der Rechthaberei oder dem Füllen von Zeitschriftenseiten, sondern dem Erkenntnisgewinn für die politische Praxis. Die Praxis wiederum ist der Ausgangspunkt für die Weiterentwicklung der Theorie. Dies ist in der kurdischen Bewegung in so großem Maße erfolgt, dass sie sich gutschreiben kann, dem Korpus der sozialistischen Literatur mehr hinzugefügt zu haben als nur ein paar Fußnoten.

So entwickelt die Bewegung immer neue Methoden, bestehende Machtverhältnisse abzubauen und durch egalitäre Strukturen zu ersetzen.

Fazit

Mit ihrer kreativen Marx-Rezeption und einer ständigen, lebendigen Auseinandersetzung mit vielen Fragen der sozialistischen Theorie und Praxis stellt die kurdische Freiheitsbewegung die heute vielleicht bedeutendste revolutionäre Bewegung in der Tradition von Karl Marx dar. Dass viele Marxist_innen davon kaum etwas wissen, ist ein trauriger Zustand, an dessen Beseitigung wir aktiv arbeiten.

Die Revolution in Nordsyrien ist bedroht, nicht nur durch die Türkei und ihre islamistischen Söldnertruppen. Auch die deutsche Bundesregierung bekämpft die Bewegung aufs Heftigste. Öcalan, auf dessen Ideen die Revolution in Nordsyrien wesentlich aufbaut, ist in der Türkei seit drei Jahren vollständig von der Außenwelt isoliert, seit fast sieben Jahren hat er keinen Kontakt mehr zu seinen Anwält_innen gehabt. Der Protest gegen diese Zustände fällt hierzulande – außer bei Kurd_innen – leider sehr bescheiden aus. Ich rufe alle auf, die Revolution und die sie tragende Bewegung besser kennenzulernen und sich vor Ort mit ihr zu solidarisieren. ♦







KONFERENZ:

25 Jahre PKK-Verbot – 25 Jahre Repression und Demokratieabbau im Dienste der deutschen Außenpolitik

am 20. Oktober 2018 im Karl-Liebknecht-Haus

Im November dieses Jahres jährt sich zum 25. Mal das vom damaligen Bundesinnenminister Dr. Manfred Kanther 1993 ausgesprochene Betätigungsverbot gegen die Arbeiter*innenpartei Kurdistans (PKK). Seitdem gehen die Strafverfahren gegen kurdische Aktivist*innen und auch solidarische Linke wegen des öffentlichen Zeigens angeblich verbotener Symbole der PKK und der ihr zugeordneten Organisationen in die Tausende. Aufgrund der sogenannten Vereinigungsdelikte nach den Strafrechtsparagrafen 129, 129a und 129b (Mitgliedschaft in einer kriminellen bzw. terroristischen Vereinigung) kam es zu Hunderten von Anklagen, Verhaftungen und Verurteilungen von Personen, denen in den meisten Fällen nichts vorzuwerfen war als ihr politisches Engagement für die kurdische Befreiungsbewegung.

Beachtlich ist die Kontinuität der Repression über 25 Jahre ungeachtet der jeweiligen bundesdeutschen Regierungskoalition, der politischen Entwicklung in der Türkei und Kurdistan sowie auch der kurdischen Befreiungsbewegung selbst in diesem Zeitraum. Aufgrund der wirtschafts- und außenpolitischen Bedeutung der deutsch-türkischen Beziehungen ist das repressive Vorgehen gegen die kurdische Opposition und Teile der türkischen und deutschen Linken in Deutschland der politischen Willensbildung im weiteren Sinne entzogen. Federführend sind das Bundeskriminalamt, die Bundesanwaltschaft, die Geheimdienste und engere Kreise in den Innenministerien von Bund und Ländern sowie des Außenministeriums. Entsprechend lassen die Antworten der Bundesregierung auf parlamentarische Anfragen erkennen, dass in den oben genannten Institutionen das Feindbild PKK unverrückbar festgeschrieben ist, auch wenn die vertretenen Ansichten und Beurteilungen mit der Realität sowohl im Mittleren Osten als auch in der BRD im Jahre 2018 wenig zu tun haben.

Als Rechtshilfefonds AZADÎ e.V. unterstützen wir seit 1996 Menschen in Deutschland, die wegen dieses Verbotes und anderer strafrechtlicher Bestimmungen aufgrund ihrer politischen Aktivitäten kriminalisiert werden. 25 Jahre Verbot sind für uns und MAF-DAD (Verein für internationales Recht und Demokratie) Grund genug, auf der angekündigten Konferenz »25 Jahre PKK-Verbot – 25 Jahre Repression und Demokratieabbau im Dienste der deutschen Außenpolitik« in Berlin einen bewertenden Rückblick auf diesen Zeitraum zu halten, um vor allem auch jüngeren Teilnehmer*innen die Kontinuität in den deutsch-türkischen Beziehungen zu vermitteln, in denen der Umgang mit der kurdischen Befreiungsbewegung immer den schmutzigen Schmierstoff für die Überbrückung sporadisch auftretender Gegensätze geliefert hat und nach wie vor liefert.

Im Vordergrund sollen aber die aktuelle Situation und Entwicklung stehen. Nach der Vorgabe des Bundesgerichtshofes von 2010, politisch aktive Kurd*innen auch nach §129b als Mitglieder in einer ausländischen terroristischen Organisation zu verfolgen, betreuen wir als AZADÎ e.V. so viele kurdische politische Gefangene wie noch nie seit dem Verbot von 1993. Diese Praxis wird auch auf andere revolutionäre Organisationen aus der Türkei ausgeweitet, wie der aktuelle Münchener Prozess gegen angebliche Mitglieder der TKP/ML zeigt. Die

sich in Richtung Faschismus entwickelnde Türkei hat den Krieg gegen die kurdische Bewegung über die Landesgrenzen hinausgetragen und interveniert militärisch völkerrechtswidrig in den Nachbarländern Syrien und Irak. Diese völkerrechtswidrigen Interventionen bleiben seitens der Bundesregierung nicht nur unwidersprochen und ohne Konsequenzen. Mit dem Verbot der Symbole der syrisch-kurdischen Organisationen YPG, YPJ und PYD durch das Bundesinnenministerium vom 2. März 2017 stellt sich Deutschland direkt an die Seite der Türkei. Seit Beginn dieses Jahres sind aufgrund dieser Verordnung Razzien bei kurdischen und deutschen linken Einrichtungen beinahe wöchentlich auf der Tagesordnung.

Auch die europäische Dimension soll auf der Konferenz Berücksichtigung finden. Im Jahr 2017 erfolgte in Belgien ein Urteil, das die PKK nicht als terroristische Vereinigung darstellt, sondern sie als eine bewaffnete Konfliktpartei gemäß dem internationalen Völkerrecht einstuft. Vor dem Europäischen Gerichtshof in Luxemburg ist ein Verfahren anhängig gegen die politische Stigmatisierung der PKK im Rahmen der EU-Terrorliste. Dieses Verfahren wird seit Mai 2014 von Menschenrechtsanwält*innen aus Amsterdam geführt.

Genug Gelegenheiten also für spannende Analysen und Diskussionen, vor allem aber auch, um Perspektiven zu entwickeln, dem Anachronismus des PKK-Verbots in Deutschland endlich ein Ende zu setzen.

Wir freuen uns auf Ihre/Eure Teilnahme am 20. Oktober in Berlin!

PROGRAMM:

EINFÜHRUNGSREFERAT:

10.15–11.15: 25 Jahre PKK-Verbot – Historie des Betätigungsverbots, politische und praktische Folgen
Edith Lunnebach, Rechtsanwältin (sie war seinerzeit involviert in den großen »Düsseldorfer Prozess« von Ende der 1980er Jahre)
Mehmet Demir, kurdischer Politiker, **Monika Morres,** Mitarbeiterin von Azadî

Die europäische Dimension der PKK-Verfolgung

11.20–11.50: Berufungsgericht in Brüssel: PKK keine terroristische Organisation, sondern Konfliktpartei im Sinne des Völkerrechts | **Jan Fermon,** Rechtsanwalt aus Brüssel/Belgien
11.50–12.15: Aktuelles Verfahren zur Streichung der PKK von der EU-Terrorliste vor dem Europäischen Gerichtshof (EuGH) in Luxemburg | **Tamara Buruma,** Rechtsanwältin aus Amsterdam/Niederlande

Repression gegen die kurdische Bewegung in Deutschland

12.20–12.50: Aktuelle Situation und Hintergründe zu den §§129a/b-Strafverfahren | **Lukas Theune,** Rechtsanwalt
12.50–13.15: Ausweitung der Strafverfolgung auf syrisch-kurdische Organisationen (Symbolverbote) | **Dr. Peer Stolle**, Rechtsanwalt, Vorstandsvorsitzender des Republikanischen Anwältinnen- und Anwältevereins e.V, RAV
13.15–14.30: Mittagspause
14.35–15.05: Deutsche und türkische Geheimdienste – in Vergangenheit und Gegenwart | **Jürgen Hoppe,** ehemaliger Redakteur des Westdeutschen Rundfunks (WDR)
15.05 –15.25: Aktivitäten des türkischen Geheimdienstes MIT in Deutschland | **Cansu Özdemir,** Abgeordnete der Linkspartei in der Bürgerschaft Hamburg
15.30–16.00: Abbau der demokratischen Grundrechte in der BRD – Umbau der Sicherheitsarchitektur hin zur präventiven Strafverfolgung | **Heiner Busch,** Vorstandsmitglied beim Komitee für Demokratie und Grundrechte e.V.
16.00–18.00: Abschlussdiskussion

Veranstaltet wird die Konferenz vom Rechtshilfefonds für Kurdinnen und Kurden in Deutschland, AZADÎ e.V. und dem Verein für Demokratie und Internationales Recht (MAF-DAD e.V.). Mitveranstalter*innen sind die Europäische Vereinigung von Juristinnen und Juristen für Demokratie und Menschenrechte in der Welt e.V. (EJDM/ELDH), die Vereinigung Demokratischer Juristinnen und Juristen e.V. (VDJ) sowie der Bundesvorstand der Roten Hilfe e.V.

Adresse: RECHTSHILFEFONDS AZADI e.V. / MAF-DAD, Hansaring 82, 50670 Köln
Tel: 0221-16 79 39 45; fax: 0221-16 79 39 48; Mobil: 0163-043 6269; e-mail: azadi@t-online.de; internet: http://www.nadir.org/azadi/ Bankverbindung: IBAN: DE80 4306 0967 8035 7826 00; BIC: GENODEM1GLS

Einladung zum Langen Marsch »Für Frieden und Demokratie – Freiheit für Abdullah Öcalan« nach Straßburg vom 11. bis 16. Februar 2019



Liebe Freundinnen und Freunde,

seit dem Langen Marsch im vergangenen Jahr sind wir in unserem Kampf für eine freie Gesellschaft jenseits von Staat, Macht und Gewalt weitere Schritte gegangen. Die kurdische Freiheitsbewegung mit ihrer gesellschaftlichen Perspektive von Frauenbefreiung, basisdemokratischen Strukturen und ökologischer Verantwortlichkeit gewinnt zunehmend an Anziehungskraft. Der Widerstand gegen die zunehmende Repression und den Krieg wächst und internationalisiert sich.

Nicht nur in Kurdistan und dem Mittleren Osten bringt die kurdische Freiheitsbewegung die verschiedensten freiheitsliebenden Menschen gegen die Teile-und-herrsche-Politik zusammen. Die Umsetzung des demokratischen Konföderalismus in Nordsyrien über Rojava hinaus zeigt den Menschen überall auf der Welt, dass eine andere Welt möglich ist! Die Hoffnung ist zurückgekehrt.

Deshalb wollen wir uns gegen die reaktionären Kräfte der kapitalistischen Moderne zusammenschließen und überall sichtbare Zeichen setzen gegen zunehmende patriarchale und kapitalistische Verrohung und Repression.

Aus diesem Grund wollen wir euch zum Langen Marsch vom 11. bis zum 16. Februar 2019 nach Straßburg einladen. Am Ende wird auch dieses Jahr eine lebendige und lautstarke Großdemonstration in Straßburg stattfinden.

Wir wollen mit unserem Marsch die Aufmerksamkeit auf die Situation in Kurdistan und auf die Lage Abdullah Öcalans lenken. 2019 wird Abdullah Öcalan seit 20 Jahren in Totalisolation festgehalten. Die Absicht dahinter ist, seine Persönlichkeit zu diskreditieren und gleichzeitig seine Ideen der Öffentlichkeit vorzuenthalten. Seit April 2015 verhindert die Türkei jeglichen Kontakt zu ihm. In Deutschland dürfen Bilder von Abdullah Öcalan nur noch gezeigt werden, wenn es ausdrücklich nur um seine gesundheitliche Situation geht. Das ist eine anmaßende Entpolitisierung von Abdullah Öcalans Lebenswerk, das die Grundlage geschaffen hat für das Voranschreiten der Befreiungsbewegung, die überall auf der Welt auf immer mehr Interesse stößt. Wir wollen auf diesem Langen Marsch und auf der großen Demonstration zeigen, dass wir das nicht hinnehmen!

»Für Frieden und Demokratie – Freiheit für Abdullah Öcalan«

Während unseres Marsches werden wir Kundgebungen und verschiedene Begegnungen organisieren. Der Marsch soll auch die Europäische Kommission und das Antifolterkomitee (CPT) des Europarats dazu aufrufen, ihrer Verantwortung gerecht zu werden. Alle Gruppen, die sich für Demokratie, Freiheit, Gerechtigkeit, Frieden und Menschenrechte einsetzen, sind aufgerufen, am Marsch teilzunehmen oder Solidaritätsbotschaften zu schicken. Letztes Jahr haben sich Menschen aus den verschiedensten Regionen der Welt beteiligt und kennengelernt: aus Südamerika, aus den europäischen Ländern von Skandinavien bis Spanien/Katalonien/Euskadi, aus dem sog. Mittleren Osten … ein internationalistischer Freiheitsmarsch.

Interessierte können sich beim kurdischen Zentrum für Öffentlichkeitsarbeit Civaka Azad (info@civaka-azad.org) melden. Wir freuen uns auf Informationen über eure Möglichkeiten zur Teilnahme am Marsch. Sobald wir eure Antwort bekommen, senden wir euch mehr Informationen, exakte Daten und ein vorläufiges Programm zu.

Kurzinfos:

- Langer Marsch vom 11. bis 16. Februar 2018 nach Straßburg
- Sammeln am 11. Februar – Ort wird bekannt gegeben
- 16. Februar Großdemonstration in Straßburg
- Sportschuhe sind für den Marsch geeignet. Schlafsäcke sollten mitgebracht werden. ♦

Impressum
Der Kurdistan Report erscheint regelmäßig alle zwei Monate.

Redaktion:
W. Struwe (V.i.S.d.P.),
S. Karabulut, D. Çimen,
B. Ruprecht, E. Millich

Kontaktadresse:
Kurdistan Report
c/o ISKU – Informationsstelle Kurdistan e.V.
Spaldingstr. 130-136
20097 Hamburg
www.kurdistanreport.de
kr@nadir.org

Bankverbindung:
Dr. H. J. Schneider
IBAN: DE41 2005 0550 1020 2121 20
BIC: HASPDEHHXXX
Hamburger Sparkasse

Preise:
Einzelexemplar: 3,– Euro
Jahresabonnement
6 Exemplare: 15,– Euro plus Portokosten

Titelbild:
Protest in Silêmanî/Südkurdistan gegen die Ermordung von Zekî Şengali. Foto: ANF

Rückseite:
Mobilisierungsplakat für die Demonstration »ERDOĞAN NOT WELCOME« in Berlin

Namentlich gezeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Nachdruck – auch auszugsweise – nur mit Genehmigung der Redaktion.
Wir bedanken uns für die Unterstützung zahlreicher Freundinnen und Freunde.

Periodika



civaka-azad.com



ceni-kurdistan.com



isku.org



nadir.org/azadi/



yxkonline.com



für Kurdinnen und Kurden in Deutschland

SPENDEN ERBETEN
GLS-Bank Bochum
BIC GENODEM1GLS
IBAN DE80 4306 0967 8035 7826 00

- Solidarität
- Öffentlichkeitsarbeit
- Unterstützung
- Mitglied werden

Informationen:
AZADI e.V.
Hansaring 82
50670 Köln
Tel: 0221/16 79 39 45
Fax: 0221/16 79 39 48
mail: azadi@t-online.de
web: www.nadir.org/azadi

ist nicht willkommen!–Erdoğan ist nicht willkommen!–Erdoğan ist nicht

Ein Diktator kommt nach Berlin – und wird mit allen Ehren empfangen. Der türkische Staatspräsident Recep Tayyip Erdoğan wird Ende September erneut um deutsche Unterstützung für seine Kriegspolitik bitten. Es ist abzusehen, dass auch dieses Mal Waffenverkäufe abgesegnet, Kredite zugesagt und Investitionen in der Türkei vereinbart werden. Der Besuch des deutschen Wirtschaftsministers samt 80-köpfiger Entourage Ende Oktober in der Türkei passt da ins Bild. Der Besuch Erdoğans in Berlin wird Anlass zum Protest für all diejenigen sein, die sich in Deutschland und der Türkei für Demokratie, Freiheit und Frieden einsetzen.

Die Liste der Verbrechen des Erdoğan-Regimes ist lang. Heute sitzen Tausende HDP-Mitglieder in der Türkei in Haft, gemeinsam mit Hunderten Journalistinnen und Journalisten sowie Zehntausenden anderen politischen Aktivistinnen und Aktivisten. Im Südosten der Türkei werden tagtäglich Ausgangssperren verhängt, Kundgebungen oder Demonstrationen verboten und Militäroperationen durchgeführt. Hunderttausende Menschen befinden sich vor den andauernden Militäroperationen auf der Flucht. Städte wie Nisêbîn oder Cizîr sind größtenteils zerstört. Auch die Bevölkerung Nordsyriens und des Nordiraks leidet unter der diktatorischen Politik Erdoğans. In beiden Nachbarländern führt die türkische Armee Besatzungsoperationen durch. Der Krieg in Efrîn, aber auch die tagtäglichen Angriffe der türkischen Armee auf den Nordirak sind die jüngsten Beispiele dafür.

Auch hier in Deutschland leiden wir unter der diktatorischen Politik Erdoğans. Der türkische Geheimdienst MIT bedroht hierzulande politische Aktivistinnen und Aktivisten mit dem Tod. Die DITIB verbreitet in ihren knapp 1000 Moscheen nationalistische Kriegspropaganda und schreckt dabei selbst vor der Indoktrinierung von Kindern nicht zurück. Der Lobbyverband UETD stellt Kontakte zwischen der AKP-Regierung und kriminellen Banden wie der Osmanen Germania her, die offen mit Gewalt gegen Kritikerinnen und Kritiker des Erdoğan-Regimes in Deutschland drohen. All dies ist ein weiteres Indiz dafür, dass die deutsche Bundesregierung die repressive Politik des türkischen Regimes billigt bzw. unterstützt. Sie beteiligt sich damit direkt am Angriff auf Menschen, die sich für die Demokratie einsetzen. Ob in der Türkei oder hier in Deutschland. Unseren Protest gegen den patriarchalen Herrscher Erdoğan verstehen wir damit auch als Protest gegen den zunehmenden Rechtsruck hier in Deutschland.

Am 28. und 29. September werden wir als Demokratinnen und Demokraten unserem Protest gegen den Staatsbesuch des Diktators Erdoğan Ausdruck verleihen. Wir akzeptieren nicht, dass die deutsche Bundesregierung in unserem Namen einen Diktator willkommen heißt und seine Politik damit legitimiert. Das wollen und können wir nicht mit unserem Gewissen vereinbaren. Wir werden Erdoğan und der deutschen Bundesregierung Ende September zeigen, dass Diktatoren ihren Tee nicht in Berlin, sondern vor dem Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag trinken. Wir laden alle Demokratinnen und Demokraten in Deutschland ein, mit uns auf die Straße zu gehen. Der Diktator Erdoğan und seine Freunde in der deutschen Bundesregierung werden von uns allen klar und deutlich zu hören bekommen: Ticket nach Den Haag statt Tee in Berlin!

https://erdogannotwelcome.wordpress.com/

ERDOGAN NOT WELCOME

BUNDESWEITE GROSSDEMONSTRATION



29.09.2018 | 12:00 UHR | NEPTUNBRUNNNEN, BERLIN

ERDOGANNOTWELCOME.WORDPRESS.COM

ISSN 0935-5375